

HEIDRUN KÄMPER

Demokratisches Wissen in der frühen Weimarer Republik

Historizität – Agonalität – Institutionalisierung

1 Konzepte – Wissensarten – Wissensrahmen

Wir setzen voraus, dass ‚Demokratisierung‘ eine politisch-gesellschaftliche Grundidee des 20. Jahrhunderts ist, die sich nicht nur als ereignisgeschichtliches, sondern auch als sprach- und diskursgeschichtliches Leitphänomen manifestiert. Der Zusammenhang von gesellschaftlich-politischen Wechsels und sprachlichen Umbrüchen ist insofern als Zusammenhang zwischen Demokratisierungs- bzw. Entdemokratisierungsvorgängen der Gesellschaften des 20. Jahrhunderts und deren sprachliche Manifestationen nachweisbar. Unter dieser Voraussetzung einer sprachbezogenen Geschichtsschreibung beschreiben wir damit gleichzeitig ihr Erkenntnisziel, das in der diskurs- und sprachgeschichtlichen Sicherung von Daten sprachlicher Sachverhalte besteht. In diesem Sinn werden im Folgenden Elemente des politischen Diskurses der frühen Weimarer Jahre sprach-, diskurs- und konzeptgeschichtlich im Zeichen einer sprachlichen Demokratiegeschichte analysiert.

Die als sprachliche Repräsentationen extrahierten Daten verstehen wir als Manifestationen von Wissensbeständen. Der folgende Beitrag stellt damit Kodierungen von Wissensbeständen zur Etablierung von Demokratie-Konzepten dar – unter der Voraussetzung, dass Wissensbestände eine Geschichte haben, ständiger agonal-diskursiver Bearbeitung und damit geschichtlichen Veränderungen unterworfen sind.

Aus der Perspektive der Linguistik ist, ihrem Verständnis von Konzept als eine Bedeutung organisierende Instanz entsprechend, die Analyse sprachlich repräsentierten Wissens eine Angelegenheit der Semantik.¹ Wissen im Sinn von „organisierte Information“ (Solso

¹ Busse definiert Semantik als „eine methodisch reflektierte Analyse der Wissens Elemente und -voraussetzungen, welche für die sich auf Sprachelemente, auf Zeichen und Texte stützende Bedeutungskonstitution seitens der sprachverstehenden Individuen und ihrer Gruppierungen notwendig aktiviert, aktualisiert werden müssen.“ (Busse 2004: 43). Unter dieser Voraussetzung ist „Aufgabe der Semantik [...] die Analyse und Explikation des verstehensrelevanten Wissens. Eine solche Analyse schließt eo ipso die Explikation von Strukturen des Wissens ein. Indem in der Semantik sprachlicher Zeichen und Zeichenketten das gesellschaftliche Wissen zum Ausdruck und zur Wirkung kommt, ist Semantik besonders gut geeignet, zur Analyse der Strukturen des gesellschaftlichen Wissens beizutragen.“ (Busse 2004: 55)

2005: 242) ist in Wissensrahmen² strukturiert, die wir als Konzepte, als komplexe semantische Einheiten höherer Ordnung, beschreiben können. Diese Konzepte werden von Elementen (Sinneinheiten) gebildet, die zueinander in Bedeutungsbeziehungen stehen und kollektives Wissen organisieren. Sie bringen menschliche Erfahrung, also Wissen, in semantischen Netzstrukturen zueinander in Beziehung.³ *Demokratie* verstehen wir als Bezeichnung solch eines Konzepts, das aus einem komplexen Inventar von Wissensselementen gebildet wird. Die Summe dieser Wissensselemente macht die „Wissensgeschichte“ der jeweiligen Wissensseinheit aus. Sie lassen sich klassifizieren, je nach den Dimensionen, nach denen die Wissensseinheit dargestellt werden soll.

Wir sprechen von *Demokratie* als Name eines Konzepts, von ‚Demokratie‘ als Konzept, und stellen dessen Elemente als Repräsentationen von im Zuge der Demokratisierungsprozesse in der frühen Weimarer Zeit aktiviertem, z.T. tradiertem, z.T. neu konstituiertem Wissen dar. Dieses demokratiebezogene Wissen unterscheiden wir nach den Dimensionen institutionelles Wissen, ethisches Wissen, ideologisches Wissen im Sinn von drei voneinander abgrenzbaren Wissensarten. Deren sprachliche Repräsentationen sind Konstituenten des Demokratiekonzepts.⁴

Wir verstehen ‚institutionelles Wissen‘ mit Hoffmann (2010) als solche Wissensart, die „sich auf gesellschaftlich organisierte, Zweckprogrammen folgende Handlungszusammenhänge bezieht.“ Im Sinn von Alltagswissen inventarisiert institutionelles Wissen „den Zweck einer Institution [...], wesentliche Abläufe, Akteure, Programme [...] etc.“ (Hoffmann 2010: 254). Die das institutionelle Konzept ‚Demokratie‘ repräsentierenden Elemente sind als Organisationsvokabeln verwendete sprachliche Einheiten, mit denen auf Demokratie als normiertes Regelsystem Bezug genommen wird.

Ethisches Wissen verstehen wir als die gesellschaftliches Handeln, Denken, Wollen und Sollen bestimmende und leitende Basis, auf die sich eine Gesellschaft verpflichtet. Ethisches Wissen ist Wissen über die Deontik einer Gesellschaft, über eine Norm und ein für alle verbindliches Wertesystem, über die „gemeinsame[n] Grundelemente einer Sinnwelt [...], die als solche Gewißheitscharakter haben“ (Berger/Luckmann 1999: 133f.). Die Repräsentationen des „sprachlich gebundene[n] System[s]“ ethisch-normativer „Wertvorstellungen und Werthierarchien“ (Dieckmann 1981: 32f.) nennen wir Ethizismen. Sie haben mit den Konzeptelementen zur Etablierung der Institution gemeinsam, dass sie von hoher Konstanz und Universalität sind.

Während die Repräsentationen institutionellen Wissens die Funktion haben, die Institution als strukturiertes Ordnungssystem zu konzipieren, dient die Manifestation ethischen Wissens dazu, die Institution und ihre Etablierung (oder die Verhinderung ihrer

² Nach Busse bezeichnet ‚Wissensrahmen‘ „ein Strukturgefüge [...], in dem einzelne für das Verstehen eines Wortes oder einer in einem Satz ausgedrückten Prädikation notwendige Wissensaktivierungen zu einer sich nach Inhaltsaspekten ergebenden mehr oder weniger stabilen Ganzheit zusammenkommen.“ (Busse 2004: 46f.)

³ „Konzepte sind eingebettet in ein Beziehungsgeflecht, also einen Rahmen und repräsentieren demnach Wissen über Sachverhalte und konstituieren Fachwissen.“ (Felder 2008: 59)

⁴ Vgl. zu den in der Politolinguistik seit ihren Anfängen beschriebenen Kategorien ‚Institution‘, ‚Ethik‘, ‚Ideologie‘ u.a. Dieckmann (1972), Klein (1989), Grünert (1974), Girth (2002).

Etablierung) zu legitimieren: Die „institutionale Welt [bedarf] der Legitimation, das heißt, sie braucht Weisen ihrer ‚Erklärung‘ und Rechtfertigung“. Der Sinn der Institution muss „mit Hilfe verschiedener, ihn rechtfertigender Formeln verständlich gemacht werden“ und ein „ihr entsprechendes Dach aus Legitimationen erhalten [...], das sich in Form kognitiver und normativer Interpretationen schützend über sie breitet.“ (Berger/Luckmann 1999: 66)

Die Berechtigung von Handlungszielen muss also als begründet nachgewiesen werden. Die Etablierung und die Ausgestaltung der Institution ‚Demokratie‘, die versuchte Verhinderung durch die versuchte Etablierung eines Alternativkonzepts – also der Gegenstand des politischen Diskurses der frühen Weimarer Republik – verstehen wir als solch ein Handlungsziel. Dessen Legitimation geschieht mit Elementen der allgemeingültigen Moral, die als Werterepräsentationen nicht Gegenstand agonaler Aushandlungen sind. Funktional also sind die Repräsentierungen ethischen sprachlich gebundenen Wissens legitimatorische Akte. Mit der Aktualisierung von Elementen ethischen Wissens weisen die Akteure die Berechtigung ihres jeweiligen politischen Handlungsziels nach. Die Frage nach der ethischen Dimension von gesellschaftspolitischen Konzepten ist die Frage danach, mit welchen Repräsentationen des allgemeingültigen Werte bezeichnenden Registers die politische Mitte, Rechte und Linke ihre jeweiligen Konzepte legitimiert.

In dem Moment, wo Kodierungen ethischen Wissens Gegenstand agonaler parteilicher Diskurse sind und nicht mehr die Funktion der Legitimierung, sondern die des parteilichen Bekenntnisses haben, gehen sie über in den Status ideologisch gebundener Repräsentationen. Insofern ist insbesondere die Unterscheidung zwischen ethisch gebundenem und ideologisch gebundenem Wissen zu verstehen als eine heuristische Unterscheidung, die im jeweiligen Text kaum in dieser Eindeutigkeit gemacht werden kann. Sie ist zudem eine Unterscheidung, die nicht einen spezifischen Wortschatzbereich meint, sondern nach dem pragmatischen Kriterium des Gebrauchs, der Gebrauchssituation gemacht wird. Ethisch gebundene Wissens Elemente verdichten und repräsentieren nicht nur im ideologisierenden Kontext (etwa dem der Parteiprogrammatik) den Diskurs, sondern auch im institutionellen – etwa dem der Verfassung. Der Unterscheidungsgrund zwischen Ethik und Ideologie im Kommunikationsbereich der Politik ist also ein Unterschied der Funktionen: Während mit Ethizismen versehenes Reden im parteilichen Kontext ideologisches Reden des parteilichen Bekenntnisses ist (und dann legitimierende Funktion hat), ist der Bestand an ethischem Inventar in der Verfassung als institutionell gebunden (mit normierender Funktion) zu beschreiben.⁵

Die Klassifizierung der Wissensarten in institutionell, ethisch und ideologisch bedeutet demnach nicht, dass sich die entsprechenden lexikalischen Repräsentationen im Sinn von je spezifischen Wortschatzbereichen voneinander abgrenzen lassen. Vielmehr müssen wir sie als vom jeweiligen Kontext bestimmte Funktionsmarker verstehen. Im institutionellen Kontext werden auch solche lexikalische Einheiten verwendet, die dem

⁵ Insofern ist die Kategorie ‚Ideologievokabular‘ deshalb problematisch, weil sie die Existenz eines eigenen Teilwortschatzes suggeriert.

Bereich der Ethik oder der Ideologie zugehören, im ethischen Kontext entsprechend institutionelle oder ideologiegebundene Elemente, im ideologiegebundenen Kontext auch institutionelle und ethische Elemente. Es ist der textuelle oder kommunikative Kontext, der die Funktionen der lexikalischen Einheiten desambiguiert.

Wir beschreiben die drei Dimensionen in Bezug auf den, die jeweilige Wissensart je spezifisch repräsentierenden semantischen Bestand, den wir in Beziehung setzen zu je spezifischen Kontextdeterminanten.⁶ Diese Kontextdeterminanten sind die Textsorte⁷, die Nominationen⁸ und Prädikationen, die das Wissenselement sprachlich kodieren, repräsentieren und konstituieren, sowie die Funktion der denotatorientierten Sachverhaltsorganisation (institutionell), der parteilich orientierten Sachverhaltsbewertung (ideologisch) und der Sachverhaltslegitimation (ethisch).

Institutionenwissen bestimmen wir danach als vor allem in Normtexten (insbesondere in der Verfassung, in die Verfassung erklärenden Texten, in der parlamentarischen Geschäftsordnung u.ä.) vorkommend, wertneutral und damit denotatorientiert und sachverhaltsbezogen. Die sprachlichen Repräsentationen von Institutionenwissen konstituieren den Wissensrahmen ‚Demokratie‘ hinsichtlich seiner organisatorisch-strukturellen Dimension zum Zweck der Deskription des Sachverhalts.

Ethisches Wissen bestimmen wir als zum einen in Normtexten (Verfassung, die Verfassung erklärende Texte u.ä.), zum andern in politischen Bekenntnisschriften (insbesondere Parteiprogrammen, Reichstagsreden u.ä.) vorkommend, allgemeingültig wertend und denotatorientiert überparteilich. Die sprachlichen Repräsentationen von ethischem Wissen konstituieren den Wissensrahmen hinsichtlich seiner universal-gültigen Dimension zum Zweck der Legitimierung des Sachverhalts.

Ideologiegebundenes Wissen bestimmen wir als vor allem in parteiprogrammatischen bzw. -agitorischen Texten (Parteiprogramme, Flugblätter, Aufrufe, Partei-, Reichstagsreden) vorkommend, wertend und denotatabgewandt-parteilich. Die sprachlichen Repräsentationen von ideologiegebundenem Wissen konstituieren den Wissensrahmen hinsichtlich seiner gesinnungsabhängigen Dimension zum Zweck der politischen Bewertung des Sachverhalts aus der jeweiligen Perspektive einer politischen Orientierung.⁹

⁶ Über den mutuellen bedeutungskonstitutiven Einfluss des Kontextes auf den Diskurs und des Diskurses auf den Kontext vgl. z.B. van Dijk (2009), der kontextbezogene Analysen jenseits sprachlicher Grenzen im engeren Sinn verortet: „contextual‘ analysis of discourse goes beyond grammatical, ‚textual‘ and interactional analysis or understanding“ (3). Van Dijk ist überzeugt, dass „text and talk not only are constituents of (or even produced by) their contexts, but also appear to be constitutive of their contexts“ (4).

⁷ Zu den politischen Textsorten vgl. Klein 2000.

⁸ Mit Nomination bezeichnet Girth eine „stellungsbeziehende, wertende Form der Referenz [...] Die Nomination weist über die kommunikative Bestimmtheit von Referenzobjekten hinaus, indem sie die Einstellung des Politikers [wir sagen neutraler: Sprechers] zum bezeichneten Referenzobjekt zum Ausdruck bringt.“ (Girth 2002: 56)

⁹ Diese Einordnung macht auch deutlich: Wir folgen in unserem Zusammenhang nicht dem erweiterten, wertneutralen Ideologiekonzept (etwa Karl Mannheims), sondern bezeichnen mit ideologiegebundenem Wissen im politischen Kontext jegliches parteigebundene, diese Parteigebundenheit explizit repräsentierende Wissen, das einem bestimmten Interesse verbunden ist. Explizit reprä-

In der Perspektive der Wissensanalyse sind Kodierungen von Konzepten Repräsentationen von Wissensbeständen. Sie sind klassifikatorische Ordnungsinstanzen eines Wissensinventars, die als komplexe Wissens Elemente sprachlich repräsentiert werden. Diese Repräsentierung ist, solange sie das (sprachliche) Muster befolgt, unproblematisch.¹⁰ Insofern jedoch „Wissen so dynamisch und wandelbar oder so stabil und tradiert [ist] wie die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst“ (Busse 2004: 52), und insofern Versprachlichungen von Wissens Elementen in der politischen Domäne immer im Kontext von Ideologie und Macht stehen, heißt das in unserem Fall eines tief gehenden gesellschaftlichen Umbruchs: Wir beziehen uns auf diejenigen Momente, an denen Tradierung, Neu etablierung oder Veränderung von Wissensbeständen stattfinden in Form von agonalen Deutungsakten. Erkenntnisziel der Untersuchung ist es damit, die Voraussetzung für die sprachgeschichtliche Bewertung der repräsentierten Elemente von Demokratie-Konzepten der frühen Weimarer Zeit zu schaffen: entweder als kultur- bzw. politikgeschichtlich vor allem im 19. Jahrhundert geprägt und fortgeführt, oder als temporär, oder als einen Konzept-Wandel anzeigenden Beginn einer Traditionsbildung.¹¹

Zur Beantwortung dieser Frage rekonstruieren wir zunächst einen Wissensrahmen ‚Demokratie‘ im Hinblick auf den Bestand historischen, zur Weimarer Zeit vorhandenen Wissens. Die Bewertung von im politischen Diskurs von Weimar 1918ff manifesten Gebrauchsp hänomenen als Umbruchindikatoren erfordert die Vergegenwärtigung eines demokratiebezogenen Wissensbestands, von dem wir voraussetzen können, dass er 1918ff, als im kollektiven Gedächtnis befindlich, abrufbar war. (Kapitel 2: Historisches Wissen)

Anschließend deuten wir die Diskursstruktur und -beschaffenheit an in Bezug auf die Konzeptionalisierung seines Gegenstands ‚Demokratie‘, der an dieser Konzeptionalisierung parteigebundenen Beteiligten und ihrer Leitkategorien, um die die Weimarer Zeit kennzeichnende Diskursagonalität als Modus, in dem die beteiligten politischen Akteure ihre jeweiligen Demokratiekonzepte im Diskurs zu etablieren versuchen, erkennbar zu machen. (Kapitel 3: Diskurstopografie)

Schließlich beziehen wir uns auf die die politisch-gesellschaftliche Ethik dieser Umbruchzeit repräsentierenden Kodierungen der Grundrechte und fragen danach, wie diese einerseits in dem zentralen, demokratiegeschichtlich in höchstem Maß bedeutenden Um-

sentierend meint: Es geht um solche Wissensrepräsentationen, die indizierenden Charakter, Indikatorfunktion haben. Damit geht es um solche Äußerungen, aus denen die politische Weltsicht des Sprechers unmittelbar ableitbar ist. Sprachlich handelt es sich mit Berger/Luckmann um „eine Wirklichkeitsbestimmung“, mit der „sich ein konkretes Machtinteresse [...] verbindet“ (Berger/Luckmann 1999: 132f.). Dieses Interesse gilt entweder dem Erhalt einer eigenen Macht, oder der Unterstützung derjenigen Gruppierung, deren Weltsicht der des Redners entspricht, oder es gilt der Verhinderung einer Machtübernahme durch den politischen Gegner.

¹⁰ „Die Aktualisierung von Elementen des Wissensvorrates erfolgt meist als pragmatisch-fragloser Routineprozeß, der nur in Situationen der Irritation und Störung, wenn es Probleme gibt, eine besondere Zuwendung und Reflexionsarbeit notwendig macht. Die intersubjektiv beständig justierte Wirklichkeitsordnung gilt als Faktum.“ (Keller 2001: 120)

¹¹ „Will man die Entstehungsbedingungen diskursiven Wissens beschreiben, [...] muß [man] angeben, was als positiv Gewußtes, als Erkenntnisstand einer Epoche und was als wissensstrukturierende Modalität fungiert.“ (Busse 1987: 252) Vgl. weiterhin Kämper 2008, Kämper 2011.

bruchtext der frühen Weimarer Zeit, der Reichsverfassung, repräsentiert sind, und wie sie im ideologisierenden Parteiendiskurs andererseits aktualisiert werden. Wir grenzen damit den Fokus ein auf denjenigen demokratiegeschichtlich relevanten Diskursausschnitt, der obligatorisches Element jeder modernen demokratischen Verfassung ist, der außerdem denjenigen Wissensbereich betrifft, der mehr als alle anderen in hohem Maß Gegenstand agonal-ideologischer Diskursbearbeitungen ist, und der aus sprachgeschichtlichen Gründen besonders interessiert. Es geht also um die Grund- und Menschenrechte und damit um einen Aspekt des Demokratiekonzepts, der in der frühen Weimarer Zeit als ein zentrales umbruchmarkierendes Diskurssegment zu gelten hat: als Implemente der Weimarer Reichsverfassung¹², sowie als Manifeste im Parteiendiskurs.¹³ (Kapitel 4: Die Weimarer Reichsverfassung im Kontext)

2 Historisches Wissen: Voraussetzung der Demokratiegeschichte

Die soziale, politische und kulturelle Ausprägung von ‚Demokratie‘-Konzepten hat eine lange (Vor-)Geschichte. Abgesehen von den antiken Demokratie-Modellen gehören mittelalterliche Emanzipations- und Befreiungskämpfe ebenso dazu, wie die politischen Praktiken in den republikanischen Stadtstaaten der Renaissance, die Menschenrechts-idee, deren Ursprünge auf die alttestamentarische Idee des Menschen als Ebenbild Gottes sowie die Frühaufklärung des späten 16. und des 17. Jahrhunderts zurückgehen. Die Modernezäsur 1789 ist ohnehin entscheidend. Diese lange Geschichte ist in der Bedeutungsgeschichte von *Demokratie* aufgehoben.¹⁴

Demokratie, als Entlehnung der griechischen Zusammensetzung *demos* ‚Volk‘ und *kratein* ‚herrschen, regieren‘, ist seit dem früheren 16. Jahrhundert lexikographisch repräsentiert. „De-

¹² Die Verfassung ist eine „grundgesetzliche Rahmenbedingungen setzende Satzung“, deren Bestimmungen „normativ den Rahmen des Systems abstecken.“ In unserem Kontext der Normierung der Grundwerte und ihrer lexikalischen Repräsentation wesentlich ist, dass zur „Institutionalisierung der Verfassung [...] auch die Setzung der zentralen Begriffe [gehört], die aus den ‚Leitideen‘ des zu konstituierenden Gemeinwesens hervorgehen und damit den Status symbolischer Eckpfeiler des Systems erhalten.“ (Burkhardt 2003: 168) Zur Entstehung und zur Rezeption der Weimarer Reichsverfassung aus der Perspektive insbesondere der Textsortengeschichte vgl. Haß-Zumkehr 1998. Für die Verfassungsgeschichte bemerkenswert ist, dass die Weimarer Republik „nicht nur das Institutionengefüge und die Entscheidungsprozesse der Politik [regelte], sondern [...] diese formellen Bestimmungen in einem zweiten Hauptteil [ergänzte], der weit über die Bekräftigung der traditionellen Grundrechte hinausging. Vielmehr bekannten insgesamt 56 Artikel im einzelnen die ‚Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen‘. Damit ging die Verfassung das Wagnis ein, den Inhalt des demokratischen und sozialen Rechtsstaats in seinen Grundzügen zu detaillieren.“ (Peukert 1987: 50f.)

¹³ Die Sprache-und-Politik-Forschung beschreibt die entsprechenden lexikalischen Einheiten als *Miranda*. Sie „repräsentieren die in einer Gesellschaft gemeinsamen Überzeugungen und Werthaltungen“ (Girnth 2002: 53). Als solche sind sie Ziel parteilicher Ausdeutungen bzw. Beanspruchungen.

¹⁴ Vgl. zum Folgenden auch DFWB s.v. *Demokratie*, Paul 2002 s.v. *Demokratie*, GG I s.v. *Demokratie*.

„democratia, Herschung des gemeynen volcks“ gibt zuerst Dasypodius (Dasypodius 1536) in wörtlicher Übersetzung an. Diese wörtliche Übersetzung, die sich zunächst auf die klassische Antike bezieht und, beruhend auf der Erkenntnis, dass die Demokratie der antiken Polis mit der modernen Gesellschaften nicht vereinbar ist, Mitte des 19. Jahrhunderts erweitert wurde, prägt als ein Element das Wissen bis heute. „Democratie, ist eine ordentliche Regiments-Form, in welcher die Majestät bey dem gesammten Volck ist“ bucht Zedler (Zedler 1734 s.v. *Democratie*). Adeling erklärt *Demokratie* als „diejenige Verfassung des gemeinen Wesens, wo sich die höchste Gewalt bey dem Volke, oder allen einzelnen Gliedern ohne Unterschied befindet“ (Adeling 1793 s.v. *Demokratie*), und Campe paraphrasiert *Demokrat* als „Volksfreund, Volksgesinnter“ (Campe 1813 s.v. *Demokrat*). Der Bezug auf die moderne Instanz ist seit dem 18. Jahrhundert dominant und wird zur Zeit der Französischen Revolution gefestigt. Entsprechend veränderte sich der Sprachgebrauch: Zum einen wurde aus dem Wort der Gelehrtensprache endgültig ein allgemein verwendeter (obgleich weiterhin heftig umkämpfter) politischer Begriff, der ebenso der Selbstdarstellung bestimmter Parteirichtungen wie der Kennzeichnung von Verfassungsinstitutionen diene und vereinzelt auch schon in Staatsurkunden auftauchte. Mit dieser Verbreitung des Sprachgebrauchs einher ging zum andern eine Erweiterung des Inhalts derart, dass ‚Demokratie‘ immer mehr über seinen ursprünglichen verfassungspolitischen Sinn, die Kennzeichnung der Staatsform, hinauswuchs und allgemeinere soziale und geschichtsphilosophische Bedeutungsinstanzen in sich aufnahm – ein Vorgang, der auch mit dem Entstehen neuer Wortverbindungen (*christliche Demokratie*, *Sozial-Demokratie*) deutlich wird (vgl. GG I: 847f.). Mitte des 19. Jahrhunderts setzt sich die Ausdifferenzierung des Wissenskomplexes im Sinn einer Ethisierung fort und entsprechend seine enzyklopädische Repräsentation. Der Brockhaus von 1840 unterscheidet einen materiell-konkreten Handlungsbereich¹⁵ von einem ethisch-sittlichen.¹⁶ Die Festigung des materiell-konkreten Handlungsbereichs dokumentiert sich in der Einführung der Formel *soziale Demokratie* (1838), die dann in „den sechziger Jahren [des 19. Jahrhunderts] [...] als Selbstbezeichnung endgültig zum gängigen Begriff im Sinne einer Verbindung von Arbeiterbewegung und Demokratie in Abhebung von einer bloß ‚politischen‘ oder ‚bürgerlichen‘ Demokratie [wurde]“ (GG I: 888), eine Ausdeutung, die sich dann auch in der Parteibezeichnung *Sozialdemokratische Arbeiterpartei* (Eisenach 1869) manifestiert.

Aus dieser Geschichte gehen zwei Phänomene hervor, die für die demokratierelevante Wissenskonstituierung in Bezug auf den Weimarer Umbruch entscheidend sind. 1848 ist die erste demokratiegeschichtliche Zäsur, in der das Wissen dieser Geschichte aufgehoben ist. Die entscheidende Referenzebene ist die Nationalversammlung der Paulskirche und die von ihr erarbeitete Verfassung, was institutionalisierende Normierung bedeutet. Und: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickeln und profilieren sich die Parteien mit je spezifischen Programmen, was Ausdifferenzierung und Bewertung, also Ideologisierung demokratischer Instanzen bedeutet.

Das erste Parteiprogramm, in dem nicht nur Elemente einer demokratischen Konzeption, sondern das politische Leitwort der Moderne selbst, eben *Demokratie*, verwendet

¹⁵ „Demokratie als Macht der materiellen Interessen [...] der Volksmasse [...], welche sich überall, unter jeder Verfassung geltend macht, weil das Volk überall Nahrung und [...] einen angemessenen [...] Lohn verlangt, womit Gewerbefreiheit, Möglichkeit des Erwerbens und Rechtssicherheit, welche ohne Rechtsgleichheit gar nicht gedacht werden kann, zusammenhängen“ (zit. nach GG I: 868).

¹⁶ Demokratie „als Macht der höhern geistigen oder moralischen Interessen, welche in sittlicher Erhebung der Völker, Gerechtigkeit, Wahrheit und uneigennützigem Wirken zum Wohl des Ganzen bestehen und sie als höchste Aufgabe des Staatslebens betrachten lassen“ (zit. nach GG I: 868).

wird, ist das der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vom 8. August 1869. Es ist nicht nur Namensselement der Partei, sondern auch Bezeichnungselement einer Bedingung in einer programmatischen Argumentationsfigur.¹⁷ Vor 1918 kommt dieses Leitwort dann parteiprogrammatisch wohl nur noch einmal vor, und zwar in dem Programm der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ vom Mai 1875.¹⁸

Vorausgesetzt, dass die Institution Demokratie insbesondere von den Instanzen ‚Vertretung‘ und ‚Wahl‘ bestimmt wird, halten wir fest: Die institutionelle Vorgeschichte stellt die Reichsverfassung von 1848 dar.

Artikel III berücksichtigt in § 93 das Vertretungsprinzip¹⁹ – „Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes“ –, in § 94 das Wahlprinzip: „Die Mitglieder des Volkshauses werden für das erste Mal auf vier Jahre, demnächst immer auf drei Jahre gewählt. Die Wahl geschieht nach den in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften“. Dieses erwähnte Reichswahlgesetz („Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause“) vom 12. April 1848 bestimmt in § 13 das Öffentlichkeitsprinzip – „Die Wahlhandlung ist öffentlich“ –, in § 14 das Direktheitsprinzip der Wahlen: „Die Wahl ist direct. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen“. Dieser Normierungsprozess erfährt mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 16. April 1867 eine Fortentwicklung hinsichtlich des Wahlrechts der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes. Es verdient, demokratie- und wortgeschichtlich hervorgehoben zu werden. Dieses konstituierende Parlament des Norddeutschen Bundes war das erste, das aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Das von König Wilhelm I. von Preußen am 15. Oktober 1866 erlassene Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes bestimmt in § 2:

Wähler ist jeder unbescholtene Staatsbürger eines der zum Bunde zusammentretenden Deutschen Staaten, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

Das grammatische Maskulinum „Jeder unbescholtene Staatsbürger“ ist hier auch geschlechtliches, und auch aufgrund alters- und sozialbedingter Einschränkungen konnten dennoch nur 20% der Bevölkerung wählen. Das Konzeptelement ‚allgemeine Wahlen‘ als eine obligatorische Komponente des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ ist hier zwar angelegt, aber erst 53 Jahre später sind die Wahlen zu einem deutschen Parlament tatsächlich gleich im heutigen umfassenden Sinn.

Wissen hinsichtlich der ethischen Dimension von ‚Demokratie‘ ist 1918ff insofern ab-rufbar, als es in Form der Grundrechte seit 1848 sowohl konstitutionell als auch partei-

¹⁷ „Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat“ (SDAP 1869: 69).

¹⁸ Es wird darin die „Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes“ (SDAP 1875: 76) gefordert.

¹⁹ Das Prinzip der Vertretung bzw. Abordnung, der repräsentativen Regierungsform m.a.W., entfaltet 1795 Immanuel Kant in seiner einflussreichen Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘: „Alle andere Regierungsform nämlich, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Uniform.“ (Kant 1795: 353/Anm.) Diese zentrale Demokratie-Konstituente der Vertretung bzw. Abordnung ist über die großen Bedeutungswörterbücher seit Ende des 18. Jahrhunderts ins allgemeine Bewusstsein gerückt. 1823 ist dann die feste Formel *repräsentative Demokratie* belegt. Das Vertretungsprinzip bedingt die Existenz von Interessenvertretungen und die Möglichkeit, diese durch Wahl zu entsenden.

politisch diskursiv manifest ist. Der entscheidende demokratiegeschichtliche Faktor der Paulskirchenverfassung ist daher die erstmalige Kodifizierung der Grundrechte.²⁰

Abschnitt VI ist mit „Die Grundrechte des deutschen Volkes“ überschrieben und umfasst die Paragraphen 133 bis 161. Freizügigkeit, Freiheit der Person, Briefgeheimnis, Meinungs-, Presse-, Glaubens-, Gewissens- sowie Versammlungsfreiheit zählen dazu.²¹

Parteiprogrammatisch ideologisch schließlich werden die Ausdeutungen der Grundrechtebezeichnungen, *Gleichheit*, *Gleichberechtigung*, *Gerechtigkeit* und insbesondere *Freiheit*, seit Mitte des 19. Jahrhunderts repräsentiert.

Freiheit ist als Kollokator u.a. in den Formeln *wahre*, *individuelle*, *bürgerliche*, *wirtschaftliche Freiheit*, *Freiheit des Individuums* belegt.²² Die spezifischen freiheitlichen Grundrechte der Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit sowie die Freiheit von Wissenschaft und Kunst formuliert parteiprogrammatisch erstmals die Sozialdemokratische Arbeiterpartei im Mai 1875.²³ Den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit stellt parteiprogrammtisch erstmals die Sozialdemokratische Arbeiterpartei am 8. August 1869 her.²⁴ Bereits für den Diskurs der Nationalversammlung von 1848 ist belegbar, dass „das Zeichen Freiheit [...] auf der linken Seite eine

²⁰ Die Nationalversammlung „beschäftigte [...] sich anfangs insbesondere mit den künftigen Grundrechten [...] Nach teilweise kontroversen Diskussionen wurde der überaus fortschrittliche und gut gesicherte (§ 130) Grundrechtskatalog noch vor Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1848 von der Nationalversammlung gebilligt und als Gesetz verkündet.“ (Hübner 2003: 41)

²¹ Vgl. zur Diskussion der ethischen Dimensionen von *Demokratie* im Sinn der Menschenrechte in der verfassungsgebenden Nationalversammlung von 1848 Grünert 1974, insbes. 80–97.

²² Die Freikonservative Partei fordert in ihrem Programm vom 27. Oktober 1867: „Bürgerschaft für das Dasein wahrer Freiheit“, welches sie jedoch nicht deutet als „daß möglichst viele berufen sind, mitzuregieren“, sondern „daß gegenüber einer starken Regierung überall ein Bereich selbständigen Wollens und Handelns [...] sich geltend machen darf“ (Freikonservative Partei 1867: 68). In ihrem Programmentwurf vom Februar 1871 referiert die Zentrumsparität auf freiheitliche Grundformen: „Ein deutsches Reich fordert [...] deutsches Recht und deutsche Freiheit im Sinne eines gesicherten Rechtsgebietes für die individuelle und genossenschaftliche Freiheit und im Gegensatz zu der lügenhaften Freiheit des Absolutismus und Liberalismus, welche die Freiheiten des Individuums und der Genossenschaft vernichten“ (Zentrum 1871: 71). Im Programm der Monarchisch-Nationalen Reichstagsparität vom 14. Mai 1872 hingegen werden Forderungen gestellt „unter dem Gesichtspunkte, die Staatsidee und das öffentliche Wohl gegenüber der individuellen Freiheit und dem egoistischen Interesse entschiedener zur Geltung zu bringen“ (Monarchisch-Nationale Reichstagsparität 1872: 74). In ihrem Gründungsauftrag vom 7. Juni 1876 fordert die Deutsch-Konservative Partei indessen „ein volles, gesetzlich gesichertes Maß bürgerlicher Freiheit für alle“, einschränkend jedoch „gegenüber der schrankenlosen Freiheit nach liberaler Theorie [...] im Erwerbs- und Verkehrsleben eine geordnete wirtschaftliche Freiheit“ (Deutsch-Konservative Partei 1876: 75).

²³ „Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken“ (SDAP 1875: 77).

²⁴ „Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat“ (SDAP 1875: 69).

wesentliche soziale Komponente“ (Grünert 1974: 298) erhält und in dieser Ausdeutung – als ideologisiertes Element – mit dem Wahrheitsanspruch versehen wird.²⁵

Die Diskussion der Gleichheitsidee nimmt Mitte des 18. Jahrhunderts ihren Ausgang bei der Idee der natürlichen Gleichheit der Menschen, die damit u.a. die Berechtigung sozialer Ungleichheit und die benachteiligende Rechtsstellung der Juden in Frage stellte (vgl. GG II: 1012f.), woraus „die allgemeine Forderung nach einer Gleichstellung aller Staatsbürger gegenüber dem Gesetz und im Rahmen der Rechtsprechung resultierte (GG II: 1014). Formuliert wurde diese Idee 1793 von Immanuel Kant: „Dem Rechte nach [...] sind sie [...] als Untertanen alle einander gleich, weil keiner irgend jemanden anders zwingen kann als durch das öffentliche Gesetz“ (Kant 1793: 292). Diese Vorstellung rechtlicher Gleichheit erweitert Kant, indem er sich auf „autonome[n] Vernunftwillen, [...] sittliche Würde und [...] gemeinsame[n] Endzweck“ (GG II: 1021) als Gleichheit schaffende Momente beruft: „Und so war der Mensch in eine Gleichheit mit allen vernünftigen Wesen, von welchem Range sie auch sein mögen, getreten“ (Kant 1786: 114). Damit konnten natürliche Ungleichheit und vernünftige Gleichheit miteinander vereinbart werden, Gleichheit war Vernunftrecht und sittliche Aufgabe. Die „Forderung nach ‚formaler‘ Rechtsgleichheit, d.h. nach der Aufhebung der ständisch begründeten Rechtsungleichheiten, hatte sich im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts allgemein durchgesetzt.“ (GG II: 1023)²⁶ Im Kontext der „sozialen Frage“ fordert dann parteiprogrammatisch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei am 8. August 1869 gleiche Rechte ein.²⁷ Das Erfurter Programm vom 21. Oktober 1891 bezieht die Gleichheitsidee erstmals auf die Geschlechter.²⁸

Gleichberechtigung ist als parteiprogrammatische Vokabel zwar im Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei vom 9. Juni 1861 nachweisbar, allerdings nicht als Bezeichnung eines Menschenrechts, sondern eines Verwaltungsakts.²⁹ Im Sinn eines Menschenrechts scheint die Instanz parteiprogrammatisch erstmals im Programm der Deutschen Freisinnigen Partei vom 5. März 1884 verwendet zu werden.³⁰ Gleichsam zur Bezeichnung konfessioneller Ausgewogenheit macht die Nationalliberale Partei im Janu-

²⁵ „Der Freiheitsbegriff, wie ihn die linke Seite gebraucht, wird determiniert als *die wahre Freiheit* oder auch als *die wirkliche Freiheit* [...] Es ergibt sich somit die Äquation von *Freiheit* = (soziale) *Gerechtigkeit* = *Wahrheit*“ (Grünert 1974: 298).

²⁶ So formuliert das Programm der Freisinnigen Volkspartei vom 24. September 1894: „Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Ansehen des Standes, der Partei und des Glaubens. Keine Bevorzugung des Adels im öffentlichen Dienst [etc.]“ (Freisinnige Volkspartei 1894: 92).

²⁷ „Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung der Klassenherrschaft“ (SDAP 1869: 69). Pointiert im Programm vom Mai 1875: „Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ (SDAP 1875: 76).

²⁸ „Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung“ (SPD 1891: 86).

²⁹ „Herstellung einer auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und der Selbstverwaltung gestützten Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung“ (Deutsche Fortschrittspartei 1861: 62).

³⁰ „Bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbsttätigkeit und des freien Vereinigungswesens der arbeitenden Klassen“ (Deutsche Freisinnige Partei 1884: 85).

ar 1907 „Gleichberechtigungen für alle Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche“ geltend (Nationalliberale Partei 1907: 96).

Seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts referiert das Abstraktum *Gerechtigkeit* auf denjenigen rechtlichen konzeptuellen Gehalt, der von Beginn an die Vorstellung der Gleichheit geprägt hat. Parteiprogrammatisch nimmt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei am 8. August 1869 die Kategorie im Sinne eines Menschenrechts auf.³¹

Halten wir fest:

- *Demokratie* zur Bezeichnung der Staats- und Regierungsform verweist auf den ursprünglich rein institutionengeprägten Kontext als die von Monarchie, Aristokratie/Oligarchie oder Diktatur unterscheidbare Staatsform.
- Mit der Französischen Revolution und der Ausdifferenzierung und Intensivierung der Partizipanten am politischen Diskurs sowie mit der Entstehung des Parteienstaats setzt die Ideologisierung (einerseits als Gegensatz zu Despotie, Monarchie, Tyrannei, andererseits als gleichbedeutend mit Terrorismus, Radikalismus, Despotismus, Anarchie, Chaos) und die Ethisierung (mit der Erweiterung des Konzepts mit Elementen wie *Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte, sozial*) ein.
- Der Wissensrahmen ‚Demokratie‘, auf den also die Akteure im politischen Diskurs von 1918ff referieren können, gibt ein historisch entwickeltes und hinsichtlich seiner Elemente festes Grundkonzept ‚Demokratie‘ wider, das 1918ff zum einen bestätigt, zum andern modifiziert wird.

3 Diskurstopografie: Demokratiepolemik und -kodierung in der frühen Weimarer Zeit

Sobald ein politischer Gegenstand diskursiv konstituiert wird, ist er Gegenstand eines im weitesten Sinn parteiichen politischen Diskurses dann, wenn diese Thematisierung in den Fokus perspektiven-, und also bekenntnisdeterminierter Gegenstandskonstituierung gerät. Die Instanz ‚Demokratie‘ und der Prozess der Demokratisierung sind – und bezogen auf die Jahre 1918/19 müssen wir sagen: vor allem – Gegenstand des kontroversen, von hoher Agonalität geprägten politischen Diskurses. Insofern ist in der frühen Weimarer Zeit jegliches Reden über ‚Demokratie‘ ein interesse-, wenn nicht machtgeleitetes

³¹ „Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit größter Energie zu bekämpfen“ (SDAP 1869: 69); im Programm vom Mai 1875: „gerechte[...] Verteilung des Arbeitsertrages“ (SDAP 1875: 76). Der Sozialpolitische Programmentwurf für das Zentrum vom Juni 1894 sieht vor „gerechte[...] Entlohnung [...] der Arbeiter“ (Zentrum 1894: 90). Im umgekehrten Sinn und ideologisch polysem verlangt die Deutsch-Konservative Partei in ihrem Gründungsaufwurf vom 7. Juni 1876 „von der wirtschaftlichen Gesetzgebung gleichmäßige Berücksichtigung aller Erwerbstätigkeiten und gerechte Würdigung der zur Zeit nicht ausreichend berücksichtigten Interessen von Grundbesitz, Industrie und Handwerk“ (Deutsch-Konservative Partei 1876: 75).

Reden, das ihre Etablierung bzw. die Verhinderung dieser Etablierung zum Gegenstand hat.³²

Vorauszusetzen ist also, dass die Weimarer Diskurse dadurch gekennzeichnet sind, dass die hochideologisierten Diskursbeteiligten der politischen Richtungen in den Wissensrahmen eingreifen und versuchen, ihn zu stabilisieren, zu zerstören bzw. zu modifizieren.

3.1 „Demokratie gegen Demokratie“

Dass die Weltsicht der Linken³³ aus der einfachen Opposition von Proletariat und Bourgeoisie besteht, daraus abgeleitet der von Sozialismus/Kommunismus und Kapitalismus, ist bereits Mitte des 19. Jahrhunderts festgeschrieben, z.B. im Kommunistischen Manifest von 1848, und hat spätestens seither Gültigkeit für die Protagonisten des Sozialismus. Insofern muss auch die sprachlich-diskursive Analyse des linken Demokratiediskurses in Bezug auf die Umbruchzeit von 1918ff die Struktur einer binären Weltsicht beschreiben, die sich durch einfache Oppositionsbeziehungen ausdrückt. Alternativlosigkeit ist politisches Programm überhaupt, im sozialistischen Kontext lexikalisch instrumentiert mit den Kategorien des Historischen Materialismus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts: „Kapitalismus oder Kommunismus? Militärdiktatur oder Proletariertdiktatur? So ist jetzt die Frage unausweichlich gestellt.“ (KPD 1920c: 212) Entsprechend einfach lautet die Lösung: „Das Proletariat hat entweder die ganze politische Macht, um sie an die Verwirklichung seines Endziels zu setzen: Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus – oder es hat keine Macht dazu“ (Zetkin 1918c: 57f.). In diesem Sinn ruft Clara Zetkin bei ihrer ersten Reichstagsrede ihrem Publikum zu: „Gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie die Klassenherrschaft des Proletariats! Gegen die Diktatur, gesteigert zur gewalttätigen, blutigen Diktatur des Militarismus, die Diktatur des Proletariats durch die Räteordnung!“ (Zetkin 1920a, 218).³⁴ Die Kategorien konsequent auszutauschen macht man sich nicht die Mühe und *Klassenherrschaft* und *Diktatur* erfahren jeweils nur durch

³² Dazu wollen wir auch die hier nicht (aber in dem Beitrag von Katharina Groh in diesem Band) dargestellten staatsrechtlich-theoretischen Konzeptionen von Demokratie zählen. Denn auch die Staatsrechtler waren natürlich von ihrem jeweiligen Demokratiekonzept als die in der Verfassung festzuschreibende Version überzeugt.

³³ Sie setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Spartakusbund, ab 1919 KPD, und dem linken Flügel der USDP, der sich partiell und temporär dem Spartakus bzw. 1919 der KPD anschloss.

³⁴ Das Aktionsprogramm der USPD skizziert entsprechend die Entwicklung: „Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel zur Beseitigung aller Klassen und Aufhebung jeder Klassenherrschaft, zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung.“ (USPD 1919a: 110) Bereits in der Revolutionsphase agitiert Zetkin in diesem Sinn: „Volle politische Demokratie hat zur Voraussetzung, daß das Proletariat das Joch der Lohnsklaverei abschüttelt [...] Im Hinblick auf volle Demokratie lautet daher das Gebot der Stunde: Maßnahmen, die zielklar und konsequent auf den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gerichtet sind.“ (Zetkin 1918b: 64)

Genitivobjekte eine je spezifische Neubestimmung – *Klassenherrschaft der Bourgeoisie* bzw. *des Proletariats*, *Diktatur des Militarismus* bzw. *des Proletariats*. Dieser einfachen Konstruktion des Problems entspricht die der Opponenten. Die (klein)bürgerliche Demokratie³⁵ schreibt die Linke dem Bürgertum und dem Kapitalismus zu³⁶, mit diesem auch dem Militarismus.³⁷ Und sie nennt sie alternativ *formale Demokratie*³⁸ und bezeichnet damit: *Parlament, Wahlen, Parteien* – Wissens Elemente eines Demokratiekonzepts, das die Linke als *bürgerlich* abwertet.³⁹

Die aus linker Sicht stigmatisierende Zuschreibung *bürgerlich* in der Verbindung *bürgerliche Demokratie* eröffnet der Linken die Möglichkeit, zur Konstituierung ihres politischen Entwurfs nicht auf die Verwendung der Kategorie *Demokratie* zu verzichten. Sie schließt sich damit einer Deutungsstrategie an, die sich bereits Friedrich Engels zu Diensten machte.⁴⁰ Außerdem: Der linke ist bekanntlich ein in hohem Maß von dialektischem Denken zeugender Sprachgebrauch, woraus sich nicht nur die Remotivierung bestimmter Kategorien durch Neukontextualisierung begründet, sondern vor allem auch die ausdrucksseitige Beibehaltung und inhaltsseitige Neudeutung der Zentralkategorie *Demokratie*, die sich die Linke nicht nehmen lässt und die sie ihrem binären Denken anpasst: „Es steht Demokratie gegen Demokratie“ – diese polarisierende Formel Clara Zetkins aus ihrer Parteitage Rede vom 4. März 1919 ist die Verdichtung einer agitatorisch gemeinten Synopse zweier Demokratiekonzeptionen, die als Schulbuchbeispiel ideologischer Polysemie⁴¹ gelten kann:

³⁵ „steigende Abkehr breiter proletarischer Massen von der Regierung und der bürgerlichen Demokratie“ (KPD 1919: 86f.); „Die an die Wand gedrückte kleinbürgerliche Demokratie des Zentrums und der Deutschen Demokraten darf die Musik machen zu dem Text, den die Schwerindustriellen, Finanzkapitalisten und Junker diktieren.“ (Zetkin 1920a: 219); „wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß dieser bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß“ (Däumig 1918: 72).

³⁶ „Volle politische Demokratie hat zur Voraussetzung, daß das Proletariat [...] die kapitalistische Ordnung vernichtet“ (Zetkin 1918b: 64); „gegen den Kapitalismus und seine verlogene Demokratie“ (Zetkin 1920b: 289); „die bürgerliche Demokratie [...] hat sich enthüllt als blutige Diktatur des Kapitals“ (KPD 1920d: 215); „Treffend hat Karl Marx die kapitalistische Demokratie gezeißelt“ (Müller 1921).

³⁷ „die Abdankung der Demokratie vor dem Militarismus, die Vereinigung von Demokratie und Militarismus“ (Zetkin 1920a: 219).

³⁸ „die Mehrheit der Sozialdemokratie entschied sich für die formale Demokratie und damit für ein bürgerliches Ideal. (Müller 1921); „Der Kampf gegen die formale Demokratie ist aber gleichzeitig der Kampf gegen den demokratischen Staat, der sich der formalen Demokratie bedient zur Unterdrückung einer Klasse“ (ebd.); „Die revolutionären Sozialisten erkannten im November 1918, dass die Verwirklichung der formalen Demokratie, der politischen Gleichberechtigung, die Einberufung der Nationalversammlung gleichbedeutend war mit der Aufrichtung der erschütterten Klassenherrschaft des Bürgertums“ (ebd.).

³⁹ Vgl. zum linken Antiparlamentarismus Bavaj (2005).

⁴⁰ „Die Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus [...] Die Demokratie ist proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen geworden.“ (Engels 1845/46: 612)

⁴¹ Diese von Walther Dieckmann (1972) eingeführte Kategorie bezeichnet drei Formen von Bedeutungsunterschieden: „unterschiedlicher begrifflicher Inhalt bei gleichzeitig unterschiedlicher Bewertung (*Diktatur, parteilich*)“, oder: „unterschiedlicher begrifflicher Inhalt bei gleicher Be-

Hier die leere bürgerliche formale, politische Demokratie; dort die blutstrotzende, kampffrohe proletarische, sozialistische Demokratie, die die wirtschaftliche Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeiter zur Voraussetzung hat. (Zetkin 1919a: 102f.)

Zetkin ignoriert gleichsam den Bedeutungsgehalt der Kategorie *Demokratie* selbst, der sie lediglich über antonymische Adjektive einen positiv und einen negativ gedeuteten Wert zuschreibt. Die Gleichsetzung von *Sozialismus* und *Demokratie* – in der, mit der zeittypischen metaphorischen Formel und dem zeittypischen Verb gebildeten Konstruktion „diese Demokratie [muß] in dem Boden einer sozialistischen Ordnung verankert sein“ (Zetkin 1918c: 59)⁴² – verfestigt sich dann in der Formel *sozialistische Demokratie* als Realisierung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Gleichberechtigung.⁴³

Diese exklusive Beanspruchung eines Konzepts, das den Namen *Demokratie* zu Recht trägt, drückt die Linke mit dem als Kennzeichen politischen Sprechens vielfach beschriebenen ideologisierend-exkludierenden Anspruch aus, der sich in der Formel *wahre/tatsächliche/wirkliche/volle Demokratie* manifestiert und der mit der Gleichsetzung mit *Sozialismus* bzw. *Räte(ordnung, -modell, -system)* bzw. *Diktatur des Proletariats* substantiiert wird – die „KPD formierte sich ganz im Zeichen der Räteidee und der grundsätzlichen Ablehnung des Parlamentarismus“ (Bavaj 2005: 75).⁴⁴ Es sind dies Repräsentationen von Machtansprüchen. Die ideologisierende Qualifizierung von De-

wertung (*Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung*), oder: „gleicher oder annähernd gleicher begrifflicher Inhalt bei unterschiedlicher Bewertung (*Kommunismus, Revolution*)“ (Dieckmann 1972: 50).

⁴² Allerdings: Auch für die Verfassungsgebende Nationalversammlung von 1848 ist die Formel *auf dem Boden des Rechts*, bzw. die Zusammensetzung *Rechtsboden, Boden der Tatsachen* belegt (vgl. Grünert 1974: 195ff., 202f., 209ff.).

⁴³ „Die Diktatur des Proletariats ist ein revolutionäres Mittel [...] zur Erringung der sozialistischen Demokratie. Mit der Sicherung der sozialistischen Gesellschaft hört die Diktatur des Proletariats auf, und die sozialistische Demokratie kommt zur vollen Entfaltung“ (USPD 1919a: 110); „Das Proletariat muss sich die sozialistische Demokratie, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung erkämpfen; nur dann ist die klassenlose sozialistische Gesellschaft, die völlige Befreiung der Menschheit möglich.“ (Müller 1921)

⁴⁴ „Der Weg zur wirklichen Demokratie führt das Proletariat über die Diktatur, die volle Demokratie steht am Ende der Diktatur“ (Zetkin 1919a: 103); „Das Rätesystem erfasst die werktätige Bevölkerung zu einheitlichem Handeln. Es kommt damit der wahren Demokratie näher, denn es schließt nur eine geringe Minderheit aus und macht aus der Diktatur des Proletariats den Willensausdruck der überwältigenden Mehrheit des Volkes“ (Müller 1921); „Der Gegensatz, um den es geht, ist in Wirklichkeit nicht Demokratie oder Diktatur, vielmehr bürgerlich-formale Demokratie oder sozialistische volle Demokratie“ (Zetkin 1918b: 68); „Entwicklung zum Sozialismus und damit zur vollen Demokratie“ (ebd.: 65); „Der formalen Demokratie darf nicht die tatsächliche Demokratie geopfert werden“ (Zetkin 1918b: 68); „Volle Demokratie durch die Überwindung des Kapitalismus“ (ebd.: 67f.); „Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie“ (USPD 1919b: 23f.); „Eine [...] Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie“ (Spartakusbund 1918, 99f.).

mokratie als *wirklich* (*wahr, voll, tatsächlich*) beansprucht den Ausschluss jeder anderen mit *Demokratie* bezeichneten Wirklichkeit.⁴⁵ Wer konstruktiv-ideologisch redet, formuliert solche Superlative, Absolutheitsansprüche und Ausschlussreklamierungen, die einen ethisch-moralischen Anspruch ausdrücken.

Diesen Anspruch repräsentiert insbesondere die linke Metaphorik. Ein wesentliches Kennzeichen der Bezugnahmen bzw. Sachverhaltskonstituierungen (extrem) linker Diskursbeteiligter ist die Inkriminierung des gegnerischen Demokratiekonzepts in ethisch-moralisch abwertenden sprachlichen Bildern. Metaphorisches, bildhaftes Sprechen ist eine Sprachstrategie, die der Veranschaulichung, Verbergung oder Hervorhebung, der Herstellung von Vertrautheit mit Nichtvertrautem oder Fremdem dient und die als eine Form der Wirklichkeit schaffenden Konzeptbildung beschreibbar ist.⁴⁶ Im politisch-ideologischen Kontext hat sie wie jedes ideologische Reden natürlich die Funktion der Abwertung des politischen Gegners (und der von ihm verfolgten politischen Ziele) und/oder die der Erhöhung der eigenen Gruppierung und ihrer Ziele. Im Kontext der linken Denunzierung bürgerlicher Demokratiekonzepte ist Abwertung des Gegners die Funktion – zur Stützung des, in diesem Fall ethisch motivierten, Selbstanspruchs. Das zentrale Bild, das metaphorische Konzept, das die Linke zu diesem Zweck der Denunzierung nicht der Demokratie als Instanz, sondern als politische Wirklichkeit der Jahre 1918/19ff inszeniert, ist das des Scheins, der Maske, der Lüge: *Verfälscht*⁴⁷, *Gaukelspiel*⁴⁸, *Volksbetrug*⁴⁹, *vorflunkern* und *Schwindel*⁵⁰, *bemänteln* und *Verbrämung*⁵¹, *Truggebilde*⁵², *vorspiegeln*⁵³,

⁴⁵ Als Phänomen ideologisierten Redens ist dieser Anspruchsmarker ein traditionelles Element, womit z.B. auch Angehörige der Nationalversammlung von 1848 ihre Ansprüche formulierten (s. Grünert 1974: 275 u.ö.).

⁴⁶ Nach Lakoff/Johnson (1980) „metaphorical concept“.

⁴⁷ „Wir Kommunisten [...] stehen [...] der bürgerlichen Demokratie grundsätzlich ablehnend gegenüber, der Demokratie, die auf parlamentarischem Wege die soziale Revolution verfälscht und unmöglich macht.“ (Rote Fahne 27.3.1920)

⁴⁸ „sie [täuscht] die proletarischen Massen durch das Gaukelspiel der Demokratie, des Parlamentarismus, des Sozialpatriotismus und des Sozialpazifismus“ (Zetkin 1920b, 274).

⁴⁹ „Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren [...] ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist“ (Luxemburg 1918, 99f.).

⁵⁰ „Proletarier, die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles, sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorflunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel“ (Spartakusbund 1918b: 83).

⁵¹ „Diese Abfallprodukte der bürgerlichen und Reste der vorbürgerlichen Gesellschaft, gelenkt durch die alte Militärkaste, bemäntelt durch die bürgerliche Demokratie, haben in neuer Form die Herrschaftsform wiederhergestellt, die vor dem Kriege bestand“ (KPD 1919: 86f.).

⁵² „In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde“ (USPD 1919b: 23f.).

⁵³ „Ein Parlament, das lediglich ein Mittel einer herrschenden Minderheit ist, einer beherrschten Mehrheit die Demokratie vorzuspiegeln, ist in dieser Epoche [...] nicht mehr vonnöten“ (KPD 1919b: 134).

*Scheindemokratie*⁵⁴, *Feigenblatt*, *Lammgewand* und *verhüllt*⁵⁵, *dürftige Maske*, *Lüge* und *Betrug*⁵⁶, *enthüllen*, *schamloser Betrug* und *verkappt*⁵⁷, *Scheindemokraten*⁵⁸, *maskiert*⁵⁹, *Mantel*⁶⁰, *verlogen*⁶¹. Damit praktiziert die politische Linke diejenige deligitimierende Abwertungsstrategie, die wohl die wirkungsvollste von allen ist, um den politischen Gegner zu demontieren, nämlich die der Entmoralisierung. Man macht ihn unglaubwürdig. Es ist der ethische Verstoß gegen das Verbot der Lüge, gegen das Gebot der Aufrichtigkeit, gegen das Postulat der Wahrhaftigkeit, das die Linke ideologisiert. Ehrlichkeit als Maxime politischen Handelns und Wollens – mit diesem als Ideologem verwendeten Ethizismus stattet die Linke ihr demokratisches Gegenkonzept aus.

Wenn mit *wahre Demokratie* ein ethischer Anspruch erhoben wird, der mit *sozialistische Demokratie* bzw. *Diktatur des Proletariats* sozusagen ideologisch qualifiziert wird – mit *Rätesystem* erfährt das linke Gesellschaftskonzept eine institutionelle Normierung ausdrückende Klassifizierung, und das mit *Rätesystem* repräsentierte, nach sowjetischem Vorbild entwickelte Partizipationsmodell bleibt konstante Zielkategorie und Synonym

⁵⁴ „Die Regierung Ebert-Scheidemann [...] trachtet danach, das Proletariat als Objekt der kapitalistischen Ausbeutung zu erhalten, indem sie es hinter den vergoldeten Gitterstäben der bürgerlichen Scheindemokratie mit Reformbettelsuppen füttert“ (Zetkin 1919b: 142).

⁵⁵ „Die verkappten Feinde der revolutionären Macht des Proletariats sind gefährlicher als ihre offenen Gegner. [...] Die Forderung nach konstituierenden Nationalversammlungen für das Reich und die Einzelstaaten ist das Feigenblatt für den Vorstoß, die politische Macht für die besitzenden Klassen zurückzuerobieren. [...] das Lammgewand verhüllt den Wolf. [...] Eine Teilung der Macht zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie [...] bleibt verhüllte, leicht geminderte Klassendiktatur der Besitzenden und Ausbeutenden.“ (Zetkin 1918c: 57f.)

⁵⁶ „Das revolutionäre Proletariat [...] wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war. [...] Die demokratische Republik [...], der die Arbeiter einen Fluch ins Grab nachschleudern und die sie im Innersten ihres Wesens als eine Lüge und einen Betrug erkannt haben“ (KPD 1920c: 212).

⁵⁷ „Die bürgerliche Demokratie, vertreten durch die Ebert-Noske-Scheidemann, hat sich enthüllt als blutige Diktatur des Kapitals. [...] Die bürgerliche Demokratie hat uns Arbeiter mit schamloser Gewalt und noch schamloserem Betrug in den Betrieben wieder unter die Füße der Unternehmer gezwungen. [...] Die deutschen Proletarier können auch nicht kämpfen für die Wiederherstellung einer sozialistischen Novemberregierung, die nur ein verkapptes Bündnis mit der Bourgeoisie war“ (KPD 1920d: 215–217).

⁵⁸ „Dieses Programm vertritt sie [...] gegenüber den Scheindemokraten und Scheinsozialisten. [...] Der Wahlkampf muß eine scharfe und gründliche Abrechnung bringen mit den Konterrevolutionären, Scheindemokraten und Scheinsozialisten, mit allen Klassenfeinden des Proletariats!“ (USPD 1920: 263)

⁵⁹ „Wir haben jetzt die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die seit der Revolution durch die Demokratie maskiert ist“ (Zetkin 1920a: 218).

⁶⁰ „die Politik der Koalitionsregierung und der Koalitionsparteien [...], die darauf abzielte, [...] unter dem Mantel der Demokratie die Bourgeoisie, Klassenbeherrschung und Klassenausbeutung der breiten Massen zu verewigen“ (Zetkin 1920a: 219).

⁶¹ „Vereinigt euch mit den Proletariern aller Länder unter dem Banner der Kommunistischen Internationale gegen den Kapitalismus und seine verlogene Demokratie“ (Zetkin 1920b: 289).

von *proletarische Demokratie*⁶², die wiederum als gleichbedeutend gesetzt wird mit *sozialistische Demokratie*.

Entscheidend für unseren Zusammenhang der Rekonstruktion von als demokratisch bezeichneten Konzepten der frühen Weimarer Zeit ist die Konzipierung der Institution Räte-system⁶³ mit den zentralen Elementen ‚Wahlprinzip‘ und ‚Vertretungsprinzip‘ – und daher mit keinen anderen Wissensinstanzen als jenen, die die parlamentarische Demokratie ausstatten – und die Klassifizierung dieses Systems als *Demokratie*. Insofern Gegenstand der linken Kritik zwar nicht das Prinzip der Wahl an sich, aber doch der lange Zeitraum – *alle zwei, drei Jahre* – und die Ausführung – *Stimmzettel*⁶⁴ – ist, sieht das Rätekonzept dagegen die direkte Berufung und die jederzeitige Abwählbarkeit der entsendeten Räte vor.⁶⁵ Die Instanz der ‚Vertretung‘ indes bleibt konzeptkonstitutiv: In ihren Richtlinien vom April 1919 dokumentiert die USPD ihre Überzeugung, dass ein Volk nur über Vertreter regierbar und diese nur über Wahlen beauftragbar sind, ausführlich. *Vertretung* im sozialistischen Sinn referiert dabei stets auf die Werktätigen.⁶⁶ Aus den Leitsätzen der KPD über den Parlamentarismus vom Oktober 1919 ist das Argument eines solchen berufsbezogenen Vertretungssystems ableitbar: Wenn hier bestimmt wird, „in ihrem Vertretersystem die Bevölkerung nicht nach der bloßen Zahl“, wie bei der bürgerlichen Demokratie, sondern „auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen“ (KPD 1919b: 134), dann ist aus der Formulierung „nicht nach der bloßen Zahl“ die Kritik der Linken an

⁶² „dieser bürgerlichen Demokratie [muss] die proletarische Demokratie folgen [...]: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räte-system findet“ (Däumig 1918: 72).

⁶³ „Die Rätetheorie entstand erst deutlich nach der Machtübernahme der Räte selbst. Weder die anarcho-syndikalistische Theorie noch Marx' Analysen der Pariser Kommune hatten in Deutschland eine reale Massenwirkung gehabt – sie zu Vorläufern der Räte zu erklären, macht wenig Sinn. Die ersten Räte waren während der Massenstreiks 1917 und 1918 spontan entstanden, ihre Systematisierung zu einer Rätetheorie folgte erst im Frühjahr 1919. Vor allem Richard Müller und Ernst Däumig aus der Gruppe der Revolutionären Obleute prägten mit ihrer Zeitschrift ‚Der Arbeiter-Rat‘ die theoretischen Debatten der Linken. Ihre Theorie des ‚Reinen Räte-systems‘ wurde, vermischt mit anarcho-syndikalistischen Vorstellungen, im Frühjahr 1919 zu einer realen, wenn auch letztlich erfolglosen Massenbewegung.“ (Hoffrogge 2009)

⁶⁴ „all Ihre Illusionen [...] auf ein Deutschland, in dem das Volk auch wirklich aktiven Anteil an seinen Geschicken nimmt und nicht alle zwei, drei Jahre mit einem Stimmzettel in der Hand zur Wahlurne läuft, erreichen Sie nicht mit diesem alten System“ (Däumig 1918: 73).

⁶⁵ „Die Arbeiterräte treten in engste Beziehung zu ihren Wählern, unterliegen deren ständige Kontrolle. Sie werden nicht auf eine bestimmte Zeitdauer, sondern auf jederzeitigen Abruf gewählt. Daraus erwächst für die Arbeiterräte ein stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl. Der Einfluss der Wähler auf die Gesetzgebung und Verwaltung wird ein weit stärkerer, als es im Parlament der formalen Demokratie der Fall ist“ (Müller 1921).

⁶⁶ „Die Vertretung der werktätigen Bevölkerung sind auf politischem Gebiete die Arbeiterräte, auf wirtschaftlichem Gebiete die Betriebsräte. Die Wahlen der Arbeiterräte und die Wahlen der Betriebsräte erfolgen auf Grund des Betriebs- und Berufswahl-systems. Wahlberechtigt und wählbar sind ohne Unterschied des Geschlechts diejenigen, welche ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten, ihren Lebensunterhalt durch die Arbeit ihrer Hand oder ihres Kopfes erwerben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Wahlen der Arbeiter- und Betriebsräte erfolgen nicht auf bestimmte Zeit, sondern auf jederzeitigen Widerruf“ (USPD 1919c: 372).

dem Wahlprinzip der bürgerlichen Demokratie ablesbar. Während dieses auf den Kriterien *allgemein* und *gleich*, *Wille des ganzen Volkes* und damit auf einem rein quantitativen Prinzip beruht, soll das Rätemodell dieses durch das qualitative Prinzip des Berufsproporz – mit dem Kennzeichen „das werktätige Volk in der Mehrheit“ – ersetzen.⁶⁷

Die Institution, die dieses Konzept umsetzen soll, sieht der „Beschuß über den Aufbau eines Räteystems“ von 1918 als „Kammern der Arbeit“ vor, „zu denen alle Arbeit leistenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sind“ (zit. nach Müller 1928: 245). Insofern die Institution des Parlaments eine Instanz der bürgerlichen Demokratie darstellt, ersetzt man die Bezeichnung dieser Institution mit *Kammern der Arbeit* – um sich damit auf dasselbe parlamentarische Prinzip zu beziehen.⁶⁸

Der Rätediskurs endet um 1920 – im Sinn eines Diskurses, dessen Beteiligte den Diskursgegenstand als politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu implementieren suchen.⁶⁹ Als parteiprogrammatisch linke Identität schaffendes Thema bleibt er indes ebenso präsent wie als im Diskurs vorgetragene kommunistische Forderung. Vor allem aber: als sprachgeschichtlich zu dokumentierende Verfassungsrealität des Artikels 165 mit den Bezeichnungen *Betriebs-*, *Bezirks-* und *Reichsarbeiterrat*.⁷⁰

⁶⁷ Das dieses Prinzip stützende Argument macht etwa Ernst Däumig auf dem Ersten Rätekongress 1918 geltend: „bei allen Berufen, bei Land- und Forstwirtschaft, bei Industrie, Bergbau und Bau-gewerbe, bei Handel und Verkehr, [befindet] sich das arbeitende, werktätige Volk überall in der Mehrheit“ (Däumig 1918: 74). Damit reagiert Däumig auf einen Einwand Cohen-Reuss', zu dessen Beitrag Däumig die Gegenrede hält. Der Einwand lautet: „in jedem Falle drücken die Arbeiter- und Soldatenräte nur einen Teilwillen, niemals aber den Willen des ganzen deutschen Volkes aus. Diesen festzustellen, darauf kommt es an“ (Cohen-Reuss 1918: 67).

⁶⁸ Detlev Peukert verweist darauf, dass „das faktische Handeln der Rätebewegung und der von ihr legitimierten Politiker an die Traditionen der konstitutionellen Bewegung anknüpfte“, im Gegensatz zu den „gleichzeitigen sozialistischen Parolen der Räte“, die „Etikette ohne Inhalt“ geblieben seien (Peukert 1987: 38).

⁶⁹ „Die auf Teile der Arbeiterschaft gestützte Rätebewegung, die die dritte Revolutionsphase 1919 und den Generalstreik 1920 getragen hatte, war endgültig geschlagen, ihre erbitterten Anhänger zogen sich entweder in die Resignation zurück oder lieferten den Kommunisten die bislang entbehrte Massenbasis.“ (Peukert 1987: 80)

⁷⁰ Einen Hinweis darauf, dass das linke Rätemodell als zu Teilen bedenkenswerte Instanz von den verantwortlichen Akteuren wahrgenommen wurde, gibt Hugo Preuß: „Dem Rätegedanken ist soweit ein Recht zuzugestehen, als er sich in die Verfassung eingliedern läßt“ (Preuß 1923a: 536). Dies ist geschehen: Der linken Forderung einer berufsbezogenen Vertretung der Arbeitswelt in Form von Räten hat die Weimarer Verfassung in dem Sinn entsprochen, dass sie in Artikel 165 die Einführung von Betriebs-, Bezirks- und Reichs-Arbeiterräten bestimmt, die nach Wirtschaftsgebieten gegliedert sein sollen: „Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat“ (WRV Art. 165).

3.2 Liberale Demokratie – „Deutschlands Untergang“

Wenn Hitler den „international-marxistisch“ eingestellten Angehörigen unseres Volkes“ unterstellt,

das Prinzip einer demokratischen Mehrheitsbestimmung nur solange als bindend anzuerkennen, solange nicht die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, durch brutalste Machtanwendung die Demokratie durch die Diktatur des Proletariats ablösen zu können (Hitler 1922: 48),

dann präsentiert er sich natürlich nicht als Anwalt der Demokratie – wie es an der sprachlichen Oberfläche scheinen mag –, sondern instrumentalisiert die Kategorie für seine antikommunistische Polemik. Und wenn die DVP darauf besteht, dass bei „schweren Eingriffen in die Rechte des einzelnen [...] auch gegenüber demokratischen Mehrheitsbeschlüssen die Anrufung des unabhängigen Richters ermöglicht werden“ (DVP 1919: 129) muss, dann dokumentiert sie mit der Einschränkung, dass das demokratische Prinzip nicht zu den unbedingten Werten dieser rechts-konservativen Partei zählt.

Die Bezugnahmen der politischen Rechten auf Demokratie kennzeichnen denunzierende Paraphrasen und Schmähungen, die sich nicht zuletzt in der auch – wie wir gesehen haben – von der Linken als Verdichtung ihrer Demokratiekritik intensiv verwendeten Formel *formale Demokratie* manifestiert.⁷¹ Wenn die Rechte diese Formel verwendet, denunziert sie, wie die Linke, die demokratischen Instanzen *Wahlen, Parlament, Parteien*. Ihr Synonym ist *liberal*, in der rassistischen Version *jüdisch*, als Entsprechung des linken *bürgerlich* – die Denunzierung des Liberalismus ist Sache der Rechten und der Konservativen – und ihr Antonym ist *organisch*, als Entsprechung des linken *sozialistisch* bzw. *sozial*.

Moeller van den Bruck schreibt die *Lebensordnung Demokratie*, zusammen mit *Liberalismus* und *Parlamentarismus* dem neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert – und damit der Vergangenheit – zu und schafft mit diesen einen Gegensatz zu *Sozialismus* als dem Konzept der neuen Weltordnung.⁷² Und der Alldeutsche Verband – wie um das Tabu-

⁷¹ „Die formale Demokratie [...], die auch bei uns jetzt einen Staat vortäuscht, während sich nur ein Klüngel über uns befindet, ist einer Verachtung anheimgefallen, vor der es auf Dauer keine Rettung mehr gibt“ (Moeller 1923: 32); Clason (1970) weist nach, dass mit *Demokratie* „die liberal-bürgerliche Denktradition eine parlamentarische Demokratie im westlichen Sinne [verband]. Für die Bekämpfung dieser Idee erfand die antidemokratische Rechte das Wort *Formaldemokratie*, was davon zeugt, daß das Wort *Demokratie* zu den großen Losungsworten der Epoche gehörte, und, mit neuem Inhalt gefüllt, der eigenen Sache dienen konnte. Indem man die liberale Demokratie mit dem Schimpfwort *Formaldemokratie* abstempelte, konnte man die eigene ideologische Definition als die ‚wahre‘ Bedeutung des Wortes herausstellen.“ (Clason 1970: 153) Das ist auch die Strategie der Linken, wie wir gesehen haben.

⁷² „Wir fassen in ihm [dem Sozialismus] das Problem einer neuen Weltordnung zusammen, die nach dem Willen der Weltgeschichte berufen ist, im Zeitalter der Technik, der Ueberbevölkerung und des von allen Völkern verlorenen Weltkrieges die Lebensordnungen des neunzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, die Demokratie, den Liberalismus und den Parlamentarismus abzulösen“ (Moeller 1923: 22). Wir erkennen, dass „in der Denktradition der Deutschen Bewegung und der Konservativen Revolution das Wort *Liberalismus* [...] konzentriertes sprachliches Symbol [ist] für die ganze

wort *Demokratie* zu vermeiden – vermag nicht anders denn in den Kategorien *heutige Regierung(sform)/heutige Regierende/heutige Machthaber* auf die Weimarer Demokratie und ihre Repräsentanten Bezug zu nehmen, und auf sie zusammenfassend zu referieren mit „alle, die ‚internationalen‘ Bestrebungen anhängen“ – und *international* ist natürlich nationalistisches Schmähwort.⁷³ Im Kapp-Aufruf denunziert sein Autor die „herrschaftliche Parteidemokratie“ (Kapp 1920: 113), und abwertende denunzierende Paraphrasen der politischen Rechten sind insbesondere die bekannten antikomunistischen Ideologeme. Der DNVP-Abgeordnete Hergt etwa denunziert die „marxistische[...] Abhängigkeit der Regierung in Berlin“ (Hergt 1923: 446), Hitler die „Demokratie des heutigen Westens“ als den „Vorläufer des Marxismus, der ohne sie gar nicht denkbar wäre. Sie gibt erst dieser Weltpest den Nährboden, auf dem sich dann die Seuche auszubreiten vermag“ (Hitler 1925/26: 85) Völkisch-rassistische Ideologeme schaffen zwischen *Demokratie* und *Jude* den bekannten Kausalzusammenhang:

diese Art von Demokratie [des demokratischen Parlamentarismus ist] auch das Instrument derjenigen Rasse geworden, die ihren inneren Zielen nach die Sonne zu scheuen hat, jetzt und in allen Zeiten der Zukunft. Nur der Jude kann eine Einrichtung preisen, die schmutzig und unwahr ist wie er selber. (Hitler 1925/26: 99)

Die Logik des nationalistischen Antidemokratismus hat eine Konsequenz in der die politische Rechte von der Konservativen Revolution bis zur rassistisch-nazistischen DAP/NSDAP und dem Alldeutschen Verband beherrschenden Gleichsetzung von *demokratisch* und *westlich* bzw. *undeutsch*. Das ist etwa auch die Diffamierungsstrategie des prominenten, kurzfristig extrem rechts sympathisierenden Thomas Mann der ‚Betrachtungen eines Unpolitischen‘.⁷⁴ Obwohl bereits während des Krieges geschrieben (begonnen 1915, im Dezember 1917 abgeschlossen), und obwohl sich der Autor noch vor Erschei-

geistige, politische und wirtschaftspolitische Strömung, als deren Urheber die Französische Revolution von 1789 angesehen wird und für deren Entwicklung in Deutschland die Entstehung der Weimarer Republik den politischen Höhepunkt bedeutet. Das organische Staatsdenken sieht in ihr gerade den Tiefpunkt der nationalen Entwicklung, weil die liberale Bewegung ihm der Inbegriff alles Bekämpfungswürdigen ist.“ (Clason 1970: 149f.) Dass dennoch *Demokratie* „für Moeller ein Terminus [ist], der Prestigewert besitzt“ weist Lobenstein-Reichmann in einer lexikografisch repräsentierten Analyse seines Hauptwerks nach (Lobenstein-Reichmann 2002: 194). S.u. *geführte Demokratie*

⁷³ „Zur heutigen Regierung kann der Alldeutsche Verband ebensowenig Vertrauen fassen, wie er die heutige Regierungsform als die dem deutschen Volke angemessene anerkennt. Die heutigen Regierenden sind teils mitverantwortlich für die Politik, die unser Vaterland beim Ausbruch des Krieges ungenügend vorbereitet fand, [...] teils tragen sie Schuld an dem Zusammenbruch der Heimat. Das gleiche gilt von jenen politischen Kreisen, aus denen die heutigen Machthaber hervorgegangen sind und auf die sie sich stützen. Der Alldeutsche Verband muß sie, wie alle, die ‚internationalen‘ Bestrebungen anhängen, bekämpfen, wenn er seinen Dienst an unserem Volke getreu erfüllen will“ (Alldeutscher Verband 1919: 218).

⁷⁴ Vgl. zur Genese dieser nicht nur von dem Bruderzwist, sondern auch von „einem grundsätzlichen Bedürfnis Thomas Manns, eine ‚deutsche Sendung‘ zu definieren“ (35) Dynamik erhaltenen Bekenntnisschrift (mit weiterer Literatur) Görtemaker 2005. Das „Leitmotiv“ der ‚Betrachtungen‘ lautete: „Deutschlands innere Nähe zum ‚ungefügigen Rußland‘ und seine tiefe Fremdheit gegenüber dem ‚Westen‘, seiner Vernunft und seiner Zivilisation.“ (Görtemaker 2005: 39)

nen von dieser Position abgekehrt hat, bestätigt Mann, indem er diesen Text im Jahr 1918 erscheinen lässt, ihn zumindest zu diesem Zeitpunkt inhaltlich. Insofern ist er ein Text des nationalistisch-antidemokratischen Diskurses der Jahre 1918/19 – verfasst von einem Autor, der sich selbst nicht als Nationalisten, sondern als *guten Europäer* sieht (Mann 1918: 64f.).⁷⁵ Der Thomas Mann der ‚Betrachtungen‘ also erklärt „demokratische Aufklärung und menschliche Zivilisation“ als „psychisch widerdeutsch“ und „politisch deutschfeindlich“ (ebd.: 32). Und wenn der Syllogismus, dass nationalistisches und antidemokratisches Denken eins sind, eines Belegs bedarf, dann stellen die ‚Betrachtungen‘ diese Referenz bereit:

Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. (Ebd.: 31)

Damit führt Thomas Mann diejenigen Kategorien ein, die er dann als Gegensatzpaare nationalistisch, das heißt: in hohem Maß wertend, im Sinn seiner Zweiweltentheorie (zu-)ordnet.⁷⁶ Thomas Mann hat Moeller van den Bruck gelesen⁷⁷ – die typisierenden Aussagen, die die linguistische Anthropologie der Rechten insgesamt kennzeichnet, drückt sich bei Mann ebenso wie bei Moeller in der universalen Globalkategorie *Mensch* aus – bei Moeller typisierend mit adjektivischen Zuschreibungen versehen (*der konservative, liberale, sozialistische Mensch*), bei Th. Mann ebenso typisierend mit der genitivischen Konstruktion: „dieser Mensch der geografischen, sozialen und seelischen ‚Mitte‘ war immer und bleibt der Träger deutscher Geistigkeit, Menschlichkeit und Anti-Politik“ (Mann 1918: 31). *Mensch der Mitte* ist das national-anthropologische Ideal, das Th. Mann hier im Sinn einer wiederum anthropologisch-universalen Hochwertmetapher konstituiert, die er zudem in der räumlichen, gesellschaftlichen und psychischen Dimension ausleuchtet. In der Logik dieser Semantik, die *Demokratie* den ‚nichtdeutschen‘ Instanzen *Politik*,

⁷⁵ Vgl. Neuss 2003. Es sind nicht zuletzt solche Widersprüche, die diesen Text eigentlich inkommensurabel machen, „für uns Heutige kaum mehr lesbar“. Denn: „Es hat einen Zug der Härte und Unbelehrbarkeit, der dem Humanum immer wieder ins Gesicht schlägt, so wenig das beabsichtigt ist. Die Ressentiments sind zu heftig, der Nationalismus ist trotz der Bemühung um den europäischen Geist zu eng“ (Sontheimer 1975: 179). Nicht eng genug: In ‚Meine Zeit‘ begründet der Autor selbst „die stumpfe Ablehnung des Buches vonseiten der Deutsch-Konservativen, denen es viel zu europäisch und zu liberal war“ (Mann 1950: 171).

⁷⁶ „Der Unterschied von Geist und Politik ist [...] der von kosmopolitisch und international. Jener Begriff entstammt der kulturellen Sphäre und ist deutsch; dieser entstammt der Sphäre der Zivilisation und Demokratie und ist – etwas ganz anderes. International ist der demokratische Bourgeois, möge er überall auch noch so national sich drapieren; der Bürger [...] ist kosmopolitisch, denn er ist deutsch“ (Mann 1918: 31).

⁷⁷ In einem undatierten Brief an Moeller van den Bruck lässt Thomas Mann an seiner affinen Haltung zum Kreis der Konservativen Revolutionären, und damit zu einem ausgeprägten antidemokratischen Nationalismus, keinen Zweifel: „Die politische und kulturelle Haltung Ihres Kreises schmeichelt unmittelbar meine geistigen Nerven, und damit auch wirklich meine physischen; was geistige Sympathie ist, ich erfahre es immer bei der Berührung mit Ihrer Welt.“ (Zit. nach Harpprecht 1996: 426f.)

Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur zuweist, kann „deutsche Demokratie [...] nicht echte Demokratie“ sein, und soll auch nicht: Ihre „Politisierung, so, daß der Gegensatz Deutschlands zum Westen in diesem Punkt zum Verschwinden gebracht und ausgeglichen würde, ist Wahn“ (Mann 1918: 37). Wie auf der parteipolitischen Rechten finden wir auch bei diesem temporären intellektuellen Sympathisanten der Konservativen Revolution das Argument des zu bewahrenden und durch Demokratisierung gefährdeten Deutschtums, ausgedrückt in den Kollokationen *deutsches Wesen* und *deutscher Geist*:

soviel ist sicher, daß bei einem Zusammenschluß der nationalen Demokratien zu einer europäischen, einer Weltdemokratie von deutschem Wesen nichts übrigbleiben würde: Die Weltdemokratie, das Imperium der Zivilisation, die ‚Gesellschaft der Menschheit‘ könnte einen mehr romantischen oder mehr angelsächsischen Charakter tragen, – der deutsche Geist würde aufgehen und verschwinden darin, er wäre ausgelilgt, es gäbe ihn nicht mehr (Mann 1918: 39).⁷⁸

Thomas Mann liefert hier ein Beispiel für das nahezu prinzipiell in der Kategorie des Untergangs argumentierende nationalistische Denken der Rechten. In der Logik der Konzeption ‚Deutschtum und Demokratie sind Widersprüche und schließen einander aus‘ liegt die existenzielle Argumentation mit dem Untergangstopos, der konsequent rechtes Denken prägt. *Untergang* – eine Universalie ohnehin – kann als Bezeichnung einer elementaren „diskursiven Grundfigur“ (Busse 2003) konservativ-nationalistischen Denkens der frühen Weimarer Zeit gelten, die im Titel des Spenglerschen Monumentalwerks, *Der Untergang des Abendlandes* (1918), lediglich seinen direktesten Ausdruck gefunden hat, keineswegs aber den einzigen:

Hat die deutschen Demokraten noch niemals der Schrecken bei dem Gedanken erfaßt, daß eine liberale Demokratie vielleicht diejenige schicksalbestimmte Form ist, in der das deutsche Volk zu Grunde gehen wird? (Moeller 1923: 123)

polemisiert etwa Moeller van den Bruck.

Die im Diskurs präsente Rechte der frühen Weimarer Zeit formuliert kaum durchbuchstabierte Vorstellungen eines zu erreichenden Politik- und Gesellschaftsmodells. So entschieden der destruktiv-abwertende rechte Antidemokratismus vorgetragen wird, so spärlich sind konstruktiv-positive Wissens Elemente eines politischen Konzepts formuliert. Das Staatsmodell der politischen Rechten, wenn es nicht die (von den Nationalso-

⁷⁸ Kurt Sontheimer nimmt in seinem Festschriftbeitrag für Karl Dietrich Bracher dessen Vorschlag auf, statt von einem „deutschen Sonderweg“ (gegen den vieles spräche) von einem „deutschen Sonderbewußtsein“ zu sprechen. Sontheimer bezeichnet damit „jene geistigen Strömungen [...], in denen sich ein spezifisch deutsches Selbstverständnis, ein deutschnationales historisches und politisches Bewußtsein artikuliert. Es [...] bekämpft die liberale und parlamentarische Verfassungsordnung der Weimarer Republik als undeutsch oder westlich. Es ist [...] eine auf Staat und Politik bezogene Ideologie des deutschen Wesens und des deutschen Weges.“ (Sontheimer 1987: 35) Wenn diese Kategorie hinsichtlich ihrer sprachlichen Repräsentationen eines Beispiels bedarf – die lexikalisch-semantischen Manifeste der Thomas Mannschen Reflexionen sind Dokumente dieser Denkkategorie.

zialisten verachtete) Monarchie ist, ist insofern parteiprogrammatisch wenig elaboriert.⁷⁹ Während der linke Diskurs aus einem relativ homogenen Denken und einer geschlossenen Theorie eines sozialistischen Gesellschaftsmodells seine Struktur erhält, muss die rechte Konzeption als heterogen und vor allem als auf kein die Beteiligten verpflichtendes Staatsmodell rückführbar gelten. Es entspricht rechtem, theoriefernem Denken, das politische System im Vagen zu halten und auf irrationale, momentbestimmte Eingebung zu setzen.⁸⁰ Diese „Bedeutung der Intuition“ (Sontheimer 1978: 49) hat eine antidemokratische Dimension in den Kommentaren des Wahlsystems, aber auch z.B. in der Ablehnung einer parteiprogrammatischen Festlegung, wie sie im 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 ausgedrückt wird:

Das Programm der NSDAP ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen. (NSDAP 1920: 156)

So verwirft Hitler die systembezeichnenden Kategorien: „Deutschlands Schicksal liegt nicht in der Republik oder der Monarchie, ist nicht die Staatsform als solche, sondern der schmähliche Inhalt“ (Hitler 1924: 199). Die Vorstellung einer *starken Zentralgewalt*, auf die im Programm der NSDAP Bezug genommen wird⁸¹ und die *Diktatur der nationalen*

⁷⁹ „Die Ereignisse nach dem 9. November 1918 haben unzweideutig erwiesen, daß ein Volk, das so sehr sicheren politischen Sinnes entbehrt, wie das unsrige, für die sogenannte freistaatliche Staatsform nicht geschaffen ist, sondern der festen Führung anvertraut werden muß, wie sie die Monarchie besser verbürgt, als die Republik. Um deswillen halten wir insbesondere fest an dem Kaisergedanken und vertrauen darauf, daß er auch nach diesem Unglück die alte Kraft bewahren wird, die er in unserer Geschichte wiederholt bewiesen hat“ (Alldeutscher Verband 1919: 218). Bei der DNVP haben wir es hinsichtlich ihres Sprachgebrauchs mit politischem Kalkül zu tun, wenn selbst sie „ihre Polemik in der Nationalversammlung nur gelegentlich gegen das Wort ‚Demokratie‘“ (GG I: 897) richtete. In einer auf Demokratie gestimmten Gesellschaft scheint es opportun, das Leitwort programmatisch aufzunehmen, so macht sich die DNVP für eine Gesellschaftsform stark, die sie *demokratische Monarchie* nennt: „Wir sind überzeugt, daß auch in der neuen demokratischen Verfassung Deutschlands eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens, der geschichtlich gewordenen Eigenart unseres Volkes wie der politischen Zweckmäßigkeit entspricht“ (DNVP 1918c: 206). In der Nationalversammlung vertritt Delbrück dieses Konzept mit Vehemenz: „Wir sind heute noch der Meinung, [...] daß, wenn schon ein Wechsel in der Staatsform eintreten müßte, die demokratische Monarchie [...] für die deutschen Verhältnisse eine viel zweckmäßigere und nützlichere Einrichtung gewesen wäre als diese radikale Republik, unter deren Herrschaft – ich will nicht mehr sagen – wir jetzt leben“ (Delbrück 1919: 461f.). Hier wird ausdrucksseitig eine demokratische Tradition aufgenommen, die inhaltsseitig an das überkommene Modell der Monarchie angegliedert wird mit dem Kaiser als Gewährsmann für Stabilität.

⁸⁰ Am Beispiel Moeller van den Brucks verweist von dem Bussche darauf, dass „im Positiven alles gewollt unbestimmbar“ bleibe, während „die Beschreibung des Negativen“, in diesem Fall des Liberalismus, „ständig grotesker werdende Formen der Dämonisierung an[nimmt]“ (von dem Bussche 1998: 160).

⁸¹ „Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organi-

Reinigung Adolf Hitlers⁸² bezeichnen ebenso unbestimmt-thymokratische Politikeinfälle, wie der auf den Mythos als Kraft setzende Irrationalismus, den Carl Schmitt aus Georges Sorels Gewalttheorie übernimmt.⁸³ Schließlich ist auch die „Regierung der Tat“ und der „über allem Kampf der Berufsstände und der Parteien“ stehende Staat der Kapp-Putschisten nicht als ein elaboriertes Politikkonzept zu bezeichnen.⁸⁴

Es entspricht dem konservativen bzw. nationalistischen antidemokratischen Denken der Rechten, die die Wissensinstanzen *Wahlen* und *Parlament* verwirft, wenn sie stattdessen ihr Führerprinzip stark macht (vgl. Beyme 2009: 479). Das Führerprinzip ersetzt die Instanzen *Wahlen* und *Parlament*⁸⁵, *Demokratie* wird in diesem Sinn als *germanische Demokratie* kategorisiert, „die wahrhaftige germanische Demokratie der freien Wahl des Führers, mit dessen Verpflichtung zur vollen Übernahme aller Verantwortung für sein Tun und Lassen“:

Gott sei gedankt, darin liegt ja eben der Sinn einer germanischen Demokratie, daß nicht der nächstbeste unwürdige Streber und moralische Drückeberger auf Umwegen zur Regierung seiner Volksgenossen kommt, sondern daß schon durch die Größe der zu übernehmenden Verantwortung Nichtskönner und Schwächlinge zurückgeschreckt werden. (Hitler 1925/26: 99f.)⁸⁶

In diesem Sinn versteht Moeller van den Bruck seine Idee des *Dritten Reichs*⁸⁷, das er auch *Endreich* nennt⁸⁸, seine Vorstellung einer *geführten Demokratie* mit obskurer Mystik.⁸⁹

sation im allgemeinen“ (NSDAP 1920: 159).

⁸² „Der Reichstag wird entweder weichen der Diktatur des internationalen Judentums, genannt Diktatur des Proletariats, oder der Diktatur der nationalen Reinigung! Diese wird dann das deutsche Reich mit einer harten Wirklichkeit zwar, aber nicht mit Lug und Trug sanieren“ (Hitler 1923: 183f.).

⁸³ „Die Theorie vom Mythos ist der stärkste Ausdruck dafür, daß der relative Rationalismus des parlamentarischen Denkens seine Evidenz verloren hat“ (Schmitt 1926: 89). Vgl. dazu Gangl 1994.

⁸⁴ „Die Stunde der Rettung Deutschlands geht verloren. Darum bleibt kein anderes Mittel übrig, als eine Regierung der Tat“ (Kapp 1920: 113); „Nach bester deutscher Überlieferung hat der Staat über allem Kampf der Berufsstände und der Parteien zu stehen. Er ist der unparteiische Richter in dem gegenwärtigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ (ebd.: 114).

⁸⁵ „Statt eines politischen Verständnisses von Demokratie als Partizipation an der Macht, wie es in den westlichen Demokratien üblich ist, herrscht hier ein patriotisch-militärisches Verständnis, statt dem Gang zu den Urnen zur Kontrolle der Mächtigen das ‚Frischauf, mein Volk‘ der Befreiungskriege.“ (Goelbel 1994: 44)

⁸⁶ Zu verweisen ist auf den Beitrag von Lobenstein-Reichmann in diesem Band, die *Demokratie* als Ideologem in völkisch-rassistischen Texten rekonstruiert.

⁸⁷ „Wir setzen an die Stelle der Parteibevormundung den Gedanken des Dritten Reichs“ (Moeller 1923: o.S.).

⁸⁸ „Der deutsche Nationalismus ist Streiter für das Endreich. Es ist immer verheißen. Und es wird niemals erfüllt. Es ist das Vollkommene, das nur im Unvollkommenen erreicht wird. Und es ist die besondere Verheißung des deutschen Volkes, die ihm alle anderen Völker streitig machen.“ (Moeller 1923: 260)

⁸⁹ „die deutsche Demokratie, die sich in Weimar ihre Verfassung gab, begreift erst allmählich, daß sie ein überdauerndes Daseinsrecht nur dann besitzt, wenn sie nicht der Gegensatz der Monarchie ist, sondern deren Fortsetzung. Sie vermeinte in dem selben Augenblicke, in dem der Westen uns betrog, eben diesen Westen bei uns nachahmen zu müssen. Sie war eine Demokratie um der Demokratie

Exkurs: Hinzuweisen ist jedoch auch auf ein allgemeiner verbreitetes elitär-aristokratisches, hierarchisches Denken, das bewirkte, dass die „Stichworte ‚Führung‘ und ‚Führer‘ [...] die staats-theoretische Diskussion der Republik weit über das ‚antidemokratische Denken‘ hinaus“ prägten (Gusy 2000b: 655). Wir leiten daraus den kaum überraschenden Befund ab, dass „die Notwendigkeit politischer Führung [...] auch in der demokratischen Republik nahezu unbestritten“ (ebd.: 656) war (vgl. auch Mergel 2005a, 2005b). Das Umbruchphänomen ‚Demokratisierung‘ wäre keines, wenn nicht die abzulösende Instanz ‚Monarchie‘ u.a. von der Eigenschaft ‚autoritär-hierarchisch‘ geprägt wäre. Dass diese, die über Jahrhunderte mentalitätsprägend war, weiterhin wirkt, ist daher erklärbar: Wissens-elemente autoritär-hierarchischer Konzeptionen bestimmen den Diskurs. Die diese Wissensbestände repräsentierenden sprachlichen Einheiten durchziehen den Demokratiediskurs als Konzept-einheiten. So beschreibt bekanntlich etwa Max Weber, Politik als Beruf (1919), die *charismatische Herrschaftsform* des Führers, „die Herrschaft kraft Hingabe des Gehorchenden an das rein persönliche ‚Charisma‘ des ‚Führers‘“, woraus er dann die beiden Demokratieversionen *Führerdemokratie* und *führerlose Demokratie* entwickelt:

es gibt nur die Wahl: Führerdemokratie mit ‚Maschine‘ oder führerlose Demokratie, das heißt: die Herrschaft der ‚Berufspolitiker‘ ohne Beruf, ohne die inneren, charismatischen Qualitäten, die eben zum Führer machen.

Den Schluss des Textes bildet das bekannte Bonmot – „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ – dem die Formulierung der Bedingung folgt:

man [erreicht] das Mögliche nicht [...], wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre. Aber der, der das tun kann, muß ein Führer und nicht nur das, sondern auch – in einem sehr schlichten Wortsinn – ein Held sein. (Weber 1919: 243)

Weber denkt Demokratie und Führerprinzip zusammen – die Konzepte schließen einander in seiner Version semantisch nicht aus – und nimmt damit eine Position ein, aufgrund derer er „immer wieder für eine autoritär-charismatische Deutung der Demokratie missbraucht worden“ ist (Beyme 2009: 409). Freilich: Aus demokratischer Perspektive ist die Instanz der Legitimierung entscheidend – „Wer führt zu Recht?“ (Gusy 2000b: 656) –, die im politischen Denken etwa Moellers nicht, in der Konzeption Webers aber durchaus vorkommt.

Das konkreteste der allesamt vagen Konzepte eines rechten Gesellschaftsmodells ist noch das des Ständestaats. Als Diskursvoraussetzung müssen wir zunächst festhalten zum einen, dass der Ausdruck *Stände* noch in allgemeinem Gebrauch ist. Die Bezeichnung für das Konzept einer ursprünglich auf eine mittelalterliche, die sozialen Zugehörigkeiten hermetisch voneinander abgrenzenden Gesellschaft⁹⁰ ist um 1920 zwar verallgemeinert, der Ständestaat ist allerdings erst vor noch nicht allzu langer Zeit abgeschafft und damit im kollektiven Gedächtnis – in Bezug auf *Stand/Ständestaat* – nicht nur als Bedeutungs-

willen. Sie wollte sich selbst. Und doch hängt [...] ihr Daseinsrecht davon ab, ob es ihr gelingt, vom Volke aus für die Nation das zu sein, was früher die Monarchie für das Volk gewesen ist: geführte Demokratie – nicht Parlamentarismus.“ (Moeller 1923: 121)

⁹⁰ „in einem specielleren sinne geht *stand* auf die sociale gliederung der bürgerlichen gesellschaft nach der gesellschaftlichen rangordnung und berufsclassen“ (DWB XVII s.v. *stand*).

sondern auch als Erfahrungswissen vorhanden, nämlich als Wissen über eine, nach Berufen und sozialen Zugehörigkeiten unterscheidbare Gesellschaft.⁹¹ Insoweit aktualisiert die Formel *alle Stände*, zur Bezeichnung einer Entgrenzung der vorhandenen Grenzen zwischen den sozialen Schichten, eine verallgemeinernde Bedeutungsnuance.⁹² Zum andern ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Revolution die Gesellschaft mehrheitlich auf Demokratie, auf Teilhabe und Partizipation gestimmt war, dass insofern das rechte Ständekonzept im politischen Handlungskontext außerhalb der Rechten zu keiner Zeit eine Rolle spielt. Es wird auf der offiziellen Ebene der politischen Verantwortlichen nicht thematisiert, geschweige denn finden sich, anders als in Bezug auf das Rätekonzept, institutionelle Elemente etwa in der Verfassung wieder.

Mit der Konzeption eines Ständestaats findet ein ideologischer Rückgriff auf vormoderne Gesellschaftsformen statt. In der Neuzeit ist die Idee im Rahmen der katholischen Soziallehre in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, um die im Marxismus als vernachlässigt betrachteten Berufsbereiche (Bauern, Handwerker) wieder aufzuwerten.⁹³ Zwar repräsentiert das Ständemodell institutionell das Vertretungsprinzip – das allerdings als parteienfeindliches Prinzip mit neuen Werten versehen wird:

vor allem blieb der Ständegedanke gegen den Parlamentsstaat gerichtet. Er schließt Volksvertretung schon deshalb nicht aus, weil wir bei der Öffentlichkeit unseres Lebens nun einmal auf eine Aussprache angewiesen sind. Aber er schließt die Parteiherrschaft aus, die an die Stelle der Monarchie und der mit ihr verbundenen Parteiherrschaft getreten ist.

In bemühter etymologisierender Manier deutet Moeller dann das Ständekonzept konservativ aus – die Hochwertkategorien *natürlich* und *organisch* bilden hier das Zentrum der

⁹¹ „Wir betrachten die Berufsstände als einander gleichberechtigte Glieder der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Volksgemeinschaft. Jeder Stand muß die Wahrnehmung seiner Interessen mit den Anforderungen des Gesamtwohls in Einklang bringen. [...] Durch Gründung von katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereinen haben wir eigene katholische Standesvereine gebildet, um unter Leitung von geistlichen Präses und selbstgewählten Vorständen das religiöse Leben unter den katholischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu pflegen.“ (Katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine 1921: 409–411)

⁹² „Dieser Rettungsweg liegt im Interesse aller Europäer: der Arbeiter und Bauern, der Industriellen und Kaufleute. Alle Völker und Stände Europas werden von dessen wirtschaftlicher Blüte profitieren, alle unter dessen wirtschaftlichem Niedergang leiden“ (Coudenhove-Kalergi 1923b: 70); „es [ist] Pflicht aller Stände, sowohl die Arbeitskräfte zu tunlichst großer Leistung anzuspannen, wie auch in Einfachheit und Genügsamkeit dem zeitigen Notstande Rechnung zu tragen“ (Bischofskonferenz 1924: 411 f.); „Erst auf die Bitte von Vertretern aller Stände des Volkes, auch des Arbeiterstandes, hat er sich wie im Kriege und in der Revolution entschlossen, um der Not des Reiches willen, unter persönlichen Opfern den Weg der Pflicht zu gehen.“ (Evangelische Arbeitervereine 1925: 774)

⁹³ Diese Lesart manifestiert eine Programmschrift der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1924: „Die Bischofskonferenz mußte diesen Klagen [...] aufmerksame Beachtung widmen, sowohl wegen ihrer Bedeutung für die Arbeiter, als auch wegen ihrer Wirkung auf das gegenseitige Verhältnis der Stände [...] Das sind Mahnungen, die die katholische Kirche nicht nur an die Arbeiter richtet, sondern ebenso eindringlich an die Arbeitgeber; nicht nur an die ärmeren Klassen, sondern ebenso an die Besitzenden. Es gibt keine verschiedene Moral für die verschiedenen Stände.“ (Bischofskonferenz 1924: 411 f.)

Konstruktion.⁹⁴ Das Wahlprinzip indes wird – eine der Parallelen zu dem linken Rätemodell – strikt verworfen, auf das delegitimierende Potenzial von *Zettel*, in den Versionen *Wahlzettel* und *Stimmzettel*, setzend.⁹⁵ Von gelehrt-staatsrechtlicher Seite erfährt dieser Antielektionismus metaphorische Approbation. Carl Schmitt, der in seiner Parlamentarismuskritik Phänomene der *Massendemokratie* benennt, schmäht das System allgemeiner, gleicher und direkter Wahlen („statistischer Apparat“), um es dem Verfahren der *acclamatio*, mit der Bewertung „besser demokratisch“, gegenüberzustellen.⁹⁶ Legitimiert wird diese antiparlamentarische Institutionenkritik mit der, allerdings insbesondere von der Linken vorgetragenen, Vorstellung der *unmittelbaren Demokratie*:

Je stärker die Kraft des demokratischen Gefühls, um so sicherer die Erkenntnis, daß Demokratie etwas anderes ist als ein Registriersystem geheimer Abstimmungen. Vor einer, nicht nur im technischen, sondern auch im vitalen Sinne unmittelbaren Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und zäsaristische Methoden nicht nur von der *acclamatio* des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können. (Schmitt 1926: 22f.)

Die Parallele zu Moellers Konzept der *geführten Demokratie* (s.o.) ist unübersehbar.

Das Ständestaatmodell der Rechten ist als Staatskonzept im Sinn einer „ständische[n] körperschaftliche[n] selbstverwaltungsmäßige[n] Verfassungsgliederung“ (Moeller 1923: 212) die institutionelle Manifestierung der ideologisch konzipierten (völkischen) Gemeinschaftsidee. Im Zuge einer Apologie auf den Körperschaftsgedanken als demokratisches Konzept etwa preist Moeller van den Bruck den Ständestaat als demokratische Alternative zum Parlamentsstaat⁹⁷ und den Gegensatz konstituiert er natur- und technikmetaphorisch als den zwischen „organischer Verknüpfung der Glieder“ und „mechani-

⁹⁴ „Wir brauchen eine Volksvertretung, die durch ihren natürlichen, wir wiederholen, durch ihren nicht mechanischen sondern organischen Aufbau sich in ständiger Beziehung mit dem Volke befindet – ständig und ständisch in der übereinstimmenden Bedeutung der Worte. Wir brauchen eine Volksvertretung, die, indem sie auf dem Ständischen beruht, das Ständige sichert und das Beständige gewährleistet. Wir brauchen eine Volksvertretung, mit der wir stehen und nicht fallen.“ (Moeller 1923: 118)

⁹⁵ „Er [der Ständegedanke] will dem Unsinn ein Ende machen, daß sich ein Deutscher durch Abgabe eines Wahlzettels für eine Reihe von Jahren seiner politischen Freiheit begibt und daß bis zur nächsten Wahl eine Partei- und Koalitionsregierung das formale Recht hat, alle Fragen zu entscheiden, von denen das Geschick des Landes abhängt – zu entscheiden auch dann, wenn inzwischen neue Umstände Ereignisse Veränderungen der Weltlage eintreten, die bei Abgabe des Stimmzettels nicht vorausszusehen waren“ (Moeller 1923: 118); „Man wird hoffentlich nicht meinen, daß aus den Stimmzetteln einer alles eher als geistreichen Wählerschaft die Staatsmänner gleich zu Hunderten herauswachsen“ (Hitler 1925/26: 96).

⁹⁶ „Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch *acclamatio*, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebenso gut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch den statistischen Apparat, den man seit einem halben Jahrhundert mit einer so minutiösen Sorgfalt ausgebildet hat“ (Schmitt 1926: 22).

⁹⁷ „Der Körperschaftsgedanke führte von den Städten aus zu Bündnen, zu ersten republikanischen Ansätzen und außenpolitisch gerichteten Zusammenschlüssen, durch die sich das Bürgertum aus eigener Kraft eine Macht und einen Schatz zu verschaffen suchte, die beide ihnen das Reich in seiner

scher Zusammenzählung der Stimmen“ (Moeller 1923: 115).⁹⁸ Die institutionelle Dimension des Ständekonzepts deutet Moeller als „modern-energetisch[e]“ und „politisch[e]“ Konzeption an: Stände sind gedacht als „Körperschaften, die ganz bestimmte politische Rechte und Pflichten haben, um deren Willen sie in Staat und Verfassung eingegliedert werden müssen“ (ebd.: 117). Hier wird deutlich, dass das Ständestaat- wie das Rätekonzept mit einem Gesellschaftsbild entwickelt wird, das von wirtschaftlichen Strukturen geprägt ist: „Auch hier war der Ausgang die Wirtschaft, und von der Wirtschaft aus sind die neuen Gesichtspunkte eines neuen ständisch-staatlichen Denkens entwickelt worden“ (ebd.: 118) – die Beschreibung des linken Rätekonzepts liest sich wie eine Zustimmung des Konservativen Revolutionärs, als die sie auch gemeint ist.

Schließlich und vor allem verbindet Parlamentskritik, Wahlverfahren und Dauer der Amtszeit der Vertreter als das Zentrum der Argumentation die linke mit der rechten Konzeption. So repräsentiert die am Diskurs der Gegenrevolution 1918/19 beteiligte politische Rechte unabhängig vom revolutionären Geschehen das Ständemodell als eine als Vertretungsmodell gedachte Konzeption – wenngleich, das müssen wir festhalten, in einer wesentlich geringeren diskursiven Dichte, mit offensichtlich weit weniger Ambitionen hinsichtlich einer Realisierung bei den politischen Akteuren.⁹⁹ So erklärt sich etwa, dass Max von Baden, der den Vollzug der Abdankung des Kaisers am 9. November 1918 beschleunigt hat¹⁰⁰, in einem Brief an Houston Stewart Chamberlain das Ständemodell thematisiert. In diesem Brief offenbart er sich als Antidemokrat, indem er zunächst die nichtdeutschen, nämlich alliierten demokratischen Akteure schmäht:

Schon lang brannte mir [...] die Abwehr der demokratischen Suggestion [auf der Seele], die von England u. Amerika mit so viel Tücke, Heuchelei und Verleumdung über die Welt u. nach Deutschland hinein ergossen worden ist.

Als „die Einführung westlicher parlamentarischer Wohltaten“ ironisiert er dann die Weimarer Demokratie, um anschließend Antiparlamentarismus, Ständemodell und Führerprinzip (mit einer Absage an das Wahlrecht) zusammenzuführen.¹⁰¹

Ohnmacht nicht zu geben vermochte, ob wir nun an den Schwabenbund denken, oder an die Hanse.“ (Moeller 1923: 114)

⁹⁸ Zu verweisen ist auf die Verfassungsgebende Nationalversammlung von 1848, in der bereits die Rechte organizistische Denkmuster aktualisierte (vgl. Grünert 1974: 191 ff.).

⁹⁹ Zu verweisen ist auf den europäischen Diskurs: „ständestaatliche Tendenzen zunächst in Italien und dann in Österreich, aber auch die Einsetzung eines Conseil National Economique 1926 in Frankreich zeigen, daß derartige Überlegungen nicht auf Deutschland beschränkt blieben.“ (Moeller 1987: 145)

¹⁰⁰ Eine detaillierte Studie zum Abdankungstext als Muster und als Umbruchphänomen sowie zu *Abdankung* (und Bezeichnungsalternativen) als Diskurssegment legt Melanie Seidenglanz in diesem Band vor.

¹⁰¹ „Ich gehöre ja auch zu denen, die der Ansicht sind, daß die Parlamente in ihrer heutigen Form allmählich ihrem Verfall entgegengehen müssen u. wohl durch eine ständische Vertretung abgelöst werden sollten. Dafür brauchen wir aber die Mitarbeit der besten. Wir gehen schweren Kämpfen entgegen, ich vertraue aber auf den gesunden Sinn der Deutschen u. die Erfahrungen an der Front, durch die der Führergedanke gestärkt worden ist, wenn ich hoffe, zu hoffen wage, daß aus dem Wirrwarr der Phrasen u. der Schlagwörter noch gutes gerettet werden kann. Ich bin, weiß Gott, kein

3.3 Parlamentarische Demokratie – „Deutschlands Zukunft“

Die politische Mitte konzipiert und kodifiziert eine parlamentarische Demokratie mit der Überzeugung, dass sie die Ideale der Menschenrechte am besten umsetzende und den gesellschaftlichen Gegebenheiten angemessene Staats- und Gesellschaftsform ist. So formuliert der Historiker Walter Goetz¹⁰² die Überzeugung, dass „das Vordringen der Demokratie eine unaufhaltsame Begleiterscheinung der europäischen Kulturentwicklung ist“ und „daß die aufsteigenden Schichten der Nationen aus ihrem wachsenden Selbstbewußtsein und ihrem zunehmenden Kulturstand heraus den Anteil am Staate fordern müssen.“ Es schließt sich eine gleichsam synoptische Bewertung der beiden Systemoptionen an, indem Goetz die Monita des antidemokratischen Diskurses referiert. Die Stereotype und Zuschreibungen, mit denen Goetz *Monarchie* versieht, sind ein Ensemble von Entmoralisierung und Krankheitsmetaphorik:

Man nimmt eine Monarchie, die ein unzeitgemäß gewordener Obrigkeitsstaat und ein von Strebertum und Byzantinismus auf der einen, von Klassenhaß auf der anderen Seite zerfressener Körper war, für ein deutsches Staatsideal.

Dieser Delegitimierung entgegen setzt der Historiker die Gegenwart, um Verständnis werbend, und das Monitum des ihr entgegengebrachten Widerstands verwerfend:

[Man] klagt eine junge, im Sturm geborene Demokratie an, daß sie korrupt sei. Man nennt sie eine formale Demokratie und vergißt, daß die angeblich die Gegensätze ausgleichende Monarchie in ganz anderem Maße Anspruch auf den Namen einer Formalmonarchie hatte. (Goetz 1924: 422)

Goetz argumentiert auf der Zeitebene – Vergangenheit und Monarchie stellt er Gegenwart und Demokratie gegenüber – und „unzeitgemäß geworden“ ist sein Argument: *Demokratie* ist notwendige historische Konsequenz. Davon, dass Demokratie das politische Ideal ist, waren wie Walter Goetz jedoch nur wenige selbst bei der politischen Mitte überzeugt – wir kommen auf die Kategorie der *Vernunftrepublikaner* zurück. Was bleibt diesen Diskursrepräsentanten angesichts der explizit und dezidiert antidemokratischen Diskurstopografie indes anderes übrig, als die Instanz ‚Demokratie‘ mit den höchsten Werten eines idealen Gesellschaftskonzepts zu versehen, mit dem Sein-oder-nicht-Sein-Topos zu verteidigen und mit dem Superlativ-Prädikat auszuzeichnen.¹⁰³

Freund des allgemeinen, gleichen geheimen Wahlrechtes, am wenigsten für Preußen, für das es einen Sprung ins Dunkle bedeutet.“ (Baden 1917: 175)

¹⁰² Vgl. zu Goetz als Ausnahmedemokrat und zu der überwiegend konservativ-monarchisch denkenden Historikerkunft der frühen Weimarer Zeit Wirsching (2000).

¹⁰³ Die politische Mitte, zu der auf der parteilichen Seite zu zählen sind die SPD, die DDP, das Zentrum – also die Parteien der sog. ‚Weimarer Koalition‘ oder auch, in der Terminologie Hugo Preuß‘, die ‚Verfassungsparteien‘ – ist die Verteidigerin der parlamentarischen Demokratie, dies seit Ende 1918, als die Gesellschaft von der raschen Konstituierung der Nationalversammlung zu überzeugen ist.

Ernst Troeltsch, liberaler Theologe und Publizist, Mitglied der DDP und sorgfältiger Beobachter und Kommentator der Revolution und der Demokratisierungsversuche der frühen Weimarer Zeit, beschwört unmittelbar nach Kriegsende und inmitten der Revolution die Entstehung einer neuen, von Prosperität, Menschenachtung und Partizipation geprägten Gesellschaft als Demokratisierungseffekt. Die Demokratie könne

menschliche Würde und Persönlichkeit jedes Bürgers zu größerer Geltung bringen, Verantwortung und Initiative in die einzelnen Willen einpflanzen, eine zweckmäßige Auslese neuer frischer Talente und Willen bewirken: lauter Dinge von höchstem sittlichen Werte und fruchtbarer politischer Bedeutung. (Troeltsch 1918: 305f.)

Im Kontext der deutschen Revolution seien es die Instanzen der Geistesgeschichte, die den Resonanzboden böten: „unsere klassische Geisteswelt bietet Verbindungslinien zu einer geistig-ethischen Auffassung der Demokratie genug“ (ebd.: 310)¹⁰⁴ – um diesen Befund gleichsam als ein stabiles Kontinuum zu bewerten und damit der auf Umbruch und Veränderung setzenden „revolutionären Kampfzeit“ als Widerspruch entgegenzuhalten: „Im übrigen aber bleiben Geist und Kultur, bleibt die Tiefe der Seele doch genau das, was sie war.“ Mit Berufung auf Tocqueville, der bereits den unaufhaltbaren „Siegeszug der Demokratie“ antizipiert habe, „weil sie der modernen Gesellschaft entspreche, und [...] man sich daher an ihre großen und edlen Seiten halten müsse“, appelliert Troeltsch an die Leser seiner ‚Briefe‘, „das Menschlich-Große und Edle“, das in der Demokratie „liegen kann“, zu erkennen und zu fördern, „statt sich und andern mit ihren Gefahren und Gebrechen bange zu machen“. Er konkretisiert seine Apologie der „kommende[n] deutsche[n] Demokratie“ als einen „Ausdruck der wirklichen gesellschaftlichen, durch Krieg und Niederlage klar aufgedeckten und wirksam gewordenen Sachlage“. Zusammen mit der „Verwirklichung [der] politischen Formen“ der Demokratie, also der Institutionalisierung, müsse mit dem „Umbau der sozialen Ordnung“ begonnen werden. Dieser ethisch fundierten sozialen Ordnung gibt Troeltsch den Namen *soziale Demokratie*:

die deutsche Demokratie [wird] eine soziale Demokratie [...] sein müssen aus innerem und äußerem Zwang der Verhältnisse und aus innerer geistiger Entwicklung des deutschen Denkens und Lebens heraus (Troeltsch 1918, 306f.).

¹⁰⁴ Diese „Verbindungslinien“ sind: „Heiligtümer des deutschen Geistes in Sitte, Wissenschaft, Kunst, Poesie und Musik, seine mittelalterliche und seine klassische Herrlichkeit: alles bleibt uns Quelle und Antrieb nach wie vor. Und je tiefer der neue deutsche Staat aus dem Volksleben heraus begründet sein muß, um so ernster wird sein geistiges Leben nach der Kraft und Fülle, der Würde und Anpassungsfähigkeit, der Eigenständigkeit und Formsicherheit des deutschen Geistes streben müssen und können.“ (Troeltsch 1918: 310) Nachdem wir oben mit Thomas Mann einen konservativen Anwalt des deutschen Geistes zitiert haben, können wir hier erkennen, dass die Kategorie *deutscher Geist* auch ein liberales Konzept bezeichnet. Allerdings: Weder Thomas Mann noch Ernst Troeltsch setzen auf die nationalistisch gedeuteten Werte, wie Treue, Pflichtbewusstsein, Ernsthaftigkeit, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit, Mut, religiöse Gewissheit (vgl. Sontheimer 1987: 39), sondern neben anderen insbesondere auf die Werte der künstlerischen und philosophischen Klassik.

Die Spektator-Briefe Troeltschs sind prototypische Repräsentationen des Denkens der politischen Mitte. Nicht anders als im Modus der Beschwörung redet Troeltsch über Demokratie und also adressatenbezogen. ‚Demokratie‘ wird in hohem Maß mit ethischen Wissenselementen der Menschenrechte versehen und idealisiert. Und: ‚Demokratie‘ wird kulturgeschichtlich verortet und legitimiert. Wenn wir nichts wüssten über den rechten und linken Antidemokratismus der frühen Weimarer Zeit und dessen Kodierungen – aus diesen Texten Ernst Troeltschs, als den Contra-Diskurs spiegelnde Referenzinstanz, könnten wir ihn ableiten.

Der linken Ideologie der Umdeutung demokratiebezeichnender Wissenselemente, der rechten Ideologie der versuchten Destruktion demokratiebezeichnender Wissenselemente steht die Ideologie zunächst der Etablierung, dann der Konsolidierung und Stabilisierung der, parlamentarische Demokratie repräsentierenden Wissenselemente gegenüber, die den Diskurs der politischen Mitte kennzeichnet. Ideologisch bewertet wird dieses Motiv mit der Geltendmachung des Existenztopos, mit dem, abgesehen davon, dass er staatspolitisch begründet ist¹⁰⁵, diejenigen argumentieren, die den Weimarer Staat zu tragen bereit sind.

Dieser Topos hat unterschiedliche Erscheinungsformen. Eine hoch frequente Version ist die der Alternativlosigkeit. Eine Grundüberzeugung der politischen Mitte lautet: Es gibt zur parlamentarischen Demokratie keine Alternative. Friedrich Ebert eröffnet als Vorsitzender die erste Sitzung der Nationalversammlung, indem er dem Plenum in diesem Sinn zruft: „Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten vorwärtsbringen“ (Ebert 1919a: 15). Der ‚Vorwärts‘, das Parteiorgan der SPD, zählt ebenfalls zu denjenigen, die mahnen und die Unumgänglichkeit der Demokratie ausrufen. Insofern die extreme politische Linke – wie gesehen – antidemokratisch argumentiert, ergeht vom ‚Vorwärts‘, der im Übrigen ebenso prinzipiell-existenziell für die parlamentarische Demokratie argumentiert wie Preuß, der Ruf an die Arbeiter und ihr Klassenbewusstsein, um so das Argument *bürgerliche Demokratie*, das die Linke gebraucht, zu entwerten: „Es gilt, in alle Köpfe die Erkenntnis hineinzuhämmern, daß es zum mindesten jetzt, nachdem die Verfassung zustande gekommen ist, gar keinen anderen Weg zum Sozialismus mehr gibt und geben kann als über die Demokratie.“ (Vorwärts 1. August 1919: 125f.)

Es entspricht der politischen Entwicklung, dass, nachdem die parlamentarische Demokratie dann eingeführt ist und die Rechte und die Linke ihren Widerstand gegen sie erhöht, auch die Dynamik des die Demokratie verteidigenden Diskurses der politischen Mitte zunimmt. Das Görlitzer Programm der „Sozialdemokratischen Partei“ vom 23. September 1921 können wir in diesem Sinn durchaus als einen Diskurseffekt verstehen, wenn es als ein Ziel nennt „die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, [...] zur Kampfgemeinschaft für

¹⁰⁵ Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hat den Deutschen die Einführung der parlamentarischen Demokratie als Voraussetzung für Friedensverhandlungen zur Auflage gemacht, vgl. z.B. Mommsen (2004: 194f.).

Demokratie und Sozialismus“ (SPD 1921: 111). In diesem Text von 1921 – die Verfassung ist seit August 1919 in Kraft, der Kapp-Putsch vom März 1920 noch nicht vergessen und das Attentat auf Erzberger vor kurzem geschehen – wird auf *Demokratie* als bereits durch „politische Umwälzungen“ errungen referiert, die Staatsform der demokratischen Republik als unumkehrbar repräsentiert und jeder „Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes“ (ebd.: 112f.) bewertet. Hugo Preuß, der Architekt der Weimarer Verfassung, wird nicht müde, in diesem Sinn von der Unumgänglichkeit der parlamentarischen Demokratie zu überzeugen: Es gebe „für Deutschland keine andere und bessere Organisationsform der politischen Demokratie“ als das parlamentarische System, und er spiegelt den Weimarer linken und rechten Antidemokratismus, wenn er die Agonie von 1923 als „Todeszuckung“ vorstellt¹⁰⁶, die demokratische Verteidigungskräfte zu mobilisieren sucht:

Die Unentbehrlichkeit der parlamentarischen Demokratie für die politische Zukunft Deutschlands trägt den Zwang in sich, die Kräfte auszulösen, die schließlich alle jene Widerstände und Hemmnisse [...] überwinden müssen. (Preuß 1923b: 339)

Indes: Die Skizzierung der Politikpolemik der frühen Weimarer Zeit, des demokratischen und nicht- bzw. antidemokratischen Willens ausdrückenden Diskurses, des Redens über Demokratie wäre unvollständig, wenn sie nicht auf ein Segment der politischen Mitte verwiese, das zwar nicht, wie der explizite rechte und linke Antidemokratismus, zur Destabilisierung des Demokratiekonzepts, aber auch nicht gerade zu seiner Stabilisierung beigetragen hat. Ernst Troeltsch etwa durchsetzt seine die Alternativlosigkeit der Demokratie emphasierenden Aussagen mit kritisch-distanziertem Kommentar, wenn er über das System der Volksvertretung in fatalistischen Kategorien von „schicksalsmäßig gewordene Demokratie“ redet und die Hoffnung auf „das politische Verantwortlichkeits- und Solidaritätsgefühl sowie die Willigkeit zur Führer-Auslese“ formuliert, „ohne welche die Demokratie nur ein spießbürgerlicher Größenwahn ist.“ (Troeltsch 1921: 201) Überzeugte Demokraten reden anders, und auch die Frequenz des vielfach belegbaren Arguments der politischen Unfähigkeit der Deutschen spricht nicht dafür, dass man Demokratie vorbehaltlos verteidigt. Auf dieses Diskurselement, die Deutschen seien ungeeignet für die demokratische Regierungsform¹⁰⁷, nimmt Preuß Bezug, indem er den

¹⁰⁶ „Nur durch demokratische Selbstregierung [...] kann sich das deutsche Volk als politische Individualität noch behaupten. Erfüllt sich trotzdem und alledem nicht doch noch jene Zuversicht, aus der die Verfassung von Weimar entsprang, so bedeutet der jetzige Zustand nicht nur ‚die Agonie des deutschen Parlamentarismus‘, sondern etwas unendlich viel schlimmeres: den Parlamentarismus der deutschen Agonie! Es wären die Todeszuckungen der größten Nationalität Europas, die nicht an einer militärischen Niederlage, sondern an ihrer politischen Unfähigkeit zu Grunde ginge. An ein so furchtbares und – verächtliches Schicksal mag kein Deutscher glauben, solange er noch einen Funken der Hoffnung sieht.“ (Preuß 1923c: 255)

¹⁰⁷ Es ist dieses ein Segment, dessen hohe diskursive Relevanz wir bei Ernst Troeltsch bestätigt finden: „Ich habe in diesen schweren Tagen viele Leute gesprochen, die gar nicht so unbefriedigt waren von dieser Entwicklung [Rücktritt der Reichsregierung Fehrenbach-Simons am 4. Mai 1921]! Man sehe nun doch die ganze Unmöglichkeit des parlamentarisch-demokratischen Systems. Die Deutschen seien nun einmal nur für die Militärmonarchie geeignet.“ (Troeltsch 1921: 188)

Einwand in diesem Argumentationszusammenhang zurückweist – nicht etwa, indem er das Gegenteil behauptet, sondern indem er im Gegenteil mit seiner Argumentation diesen Vorbehalt bestätigt (*schwere Hemmnisse*), den Fokus aber, mit der Geltendmachung des Existenztopos, umlenkt (*politische Tat*):

Der nationale Selbsterhaltungstrieb zwingt uns, jene Behauptung [daß das deutsche Volk unfähig sei, die notwendige feste und starke Regierung auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie sich selbst zu geben] durch die politische Tat zu entkräften und die allerdings schweren Hemmnisse zu überwinden, die der notwendigen Entwicklung von den Mächten der Vergangenheit und von einer lange gezüchteten Gesinnungsweise bereitet werden. (Preuß 1921: 190f.)

Wenn, wie hier, der Existenztopos (hier repräsentiert mit *Selbsterhaltungstrieb*) prädiert wird mit einem Verb, *zwingen*, das alles andere als unbedingte Überzeugung von der Sache ausdrückt, dann haben wir es mit einem Diskursphänomen der frühen Weimarer Zeit zu tun, das unter dem Label *Vernunftrepublikaner* in die Politik- und Diskursgeschichte eingegangen ist. Ein Muster, wie dieses Phänomen im Diskurs argumentativ realisiert wird, finden wir etwa bei Ernst Troeltsch, der die These von der Unfähigkeit der Deutschen zur Demokratie bestätigt, um den Zwang der Unumgänglichkeit mit dem selben Gültigkeitsanspruch anzuschließen – und um dann den höheren Wert letzterem zuzusprechen:

Daß die Demokratie uns im Grunde nicht liegt und daß sie (übrigens vor allem in Deutschland) die Mängel der Mittelmäßigkeit und Spießhaftigkeit trägt, daß das heutige deutsche parlamentarische Regime die Züge der bloßen Nachahmung und der kleinlichsten Selbstversorgung reichlich trägt, das ist leider nicht zu leugnen. Ebenso wenig aber, daß wir nichts Besseres haben und an dieser kümmerlichen Stange in die Höhe klettern müssen, soweit von Höhe überhaupt die Rede sein kann ... (Troeltsch 1919: 52)

Es ist dies die typische Argumentationsweise der sog. ‚Vernunftrepublikaner‘ – die berühmte Selbstbezeichnung Friedrich Meineckes, die zur Beschreibungskategorie wurde.¹⁰⁸ *Vernunftrepublikaner* ist bekanntlich diejenige Kategorie, die die Position der politischen Mitte zu den politisch-gesellschaftlichen Veränderungen nach 1919 verdichtet.¹⁰⁹ Man könnte sie auch ‚Vernunftdemokraten‘ nennen, denn in den Argumentationen ist es insbesondere das System der parlamentarischen Demokratie, das als den Gegebenheiten – und nicht der gefühlten Überzeugung – entsprechend bewertet wird (*wenigstens den Vorteil hat*)¹¹⁰, und selbst Hugo Preuß, der ja wohl mit Fug als einer der überzeugtesten der Weimarer Demokraten zu bezeichnen ist, scheint über *Demokratie* nur in einer Hal-

¹⁰⁸ „Ich bleibe, der Vergangenheit zugewandt, Herzensmonarchist und werde, der Zukunft zugewandt, Vernunftrepublikaner.“ (Meinecke 1919: 281) Vgl. zum demokratischen Denken der Historikerzunft der frühen Weimarer Zeit Wirsching 2000.

¹⁰⁹ Zu Beginn der Weimarer Republik „[etablierte] sich das republikanische Vernunftprinzip [...] milieuübergreifend“ (Wirsching 2008, 17); vgl. auch die anderen Beiträge dieses Bandes, insbesondere Gusy (2008).

¹¹⁰ „Demokratie selbst ist ja wesentlich nur eine politische Maschinerie, die ihre Nachteile hat wie alle solchen Maschinerien, die aber in der gegenwärtigen Welt- und Kulturlage wenigstens den Vorteil hat, bei leidlicher Einigkeit eine enorm wichtige Waffe im internationalen Kampf ums Dasein zu

tung von kalkulierter Vernunft zu reden, wenn er die Einführung des parlamentarischen Systems als *innere Notwendigkeit* bewertet.¹¹¹

In keinem der Weimarer Sprecher offenbart sich vernunftgesteuerter demokratischer Wandel vielleicht so offensichtlich wie bei Thomas Mann. Vergeblich versucht er am 6. Oktober 1918 – inzwischen war der Krieg jedem erkennbar verloren – mit einem Telegramm an seinen Verleger das Erscheinen der ‚Betrachtungen‘ zu verhindern, denn da war das Buch bereits ausgeliefert (vgl. Görtemaker 2005: 42).¹¹² Auf diese spezifische Weise lässt sich Thomas Mann als Vernunftrepublikaner beschreiben, gesteuert von seinen dann greifenden „Einsichten in den Zusammenhang von Moral, Politik, Recht und Staat. Dies führt ihn allmählich zu einer Option für die Demokratie.“ (Mehring 2000: 152). Seine, die Funktion einer Geburtstagsrede auf Gerhard Hauptmann behauptende Ansprache ‚Von deutscher Republik‘ aus dem Jahr 1922 manifestiert, als der Versuch einer Selbstrechtfertigung, diese Umkehr. Mit der Behauptung „Ich weiß von keiner Sinnesänderung“ (Mann 1922: 809) – diese war ihm vorgeworfen worden –, und mit vernunftrepublikanischer Attitüde – „Die Republik, die Demokratie sind heute solche inneren Tatsachen, sie sind es für uns alle, jeden einzelnen, und sie leugnen heißt lügen“ (ebd.: 821) – konstituiert Mann 1922 einen Zusammenhang der Kategorien *Deutschtum*, *Republik* (bei ihm stets Synonym zu *Demokratie*) und *Menschlichkeit*, von dem er behauptet, eine Kontinuität zu seiner Argumentation von 1918 darzustellen:

[der Verfasser] ist derselbe geblieben, einig in seinem Wesen und Sinn, und zwar so sehr, daß er denen sowohl, die ihn ob seines ‚Wandels‘ loben, wie denen, die ihn dafür des Verrats am Deutschtum zeihen, antworten darf: Dieser republikanische Zuspruch setzt die Linie der ‚Betrachtungen‘ genau und ohne Bruch ins Heutige fort, und seine Gesinnung ist unverwechselt, unverleugnet die jenes Buches: diejenige deutscher Menschlichkeit (ebd. 810).

Diese Gleichsetzung von *Republik/Demokratie* und *Menschlichkeit/Humanität* ist ein Leitmotiv der Rede¹¹³, und was in den ‚Betrachtungen‘ noch mit der Zuschreibung *undeutsch* bzw. *widerdeutsch* versehen war, wird nunmehr ins Gegenteil verkehrt: „Demokratie [kann] etwas Deutscheres sein [...] als imperiale Gala-Oper“ (ebd.: 827).

sein und den Gerechtigkeitsansprüchen der [...] intellektuell geschulten und gehobenen Massen zu entsprechen.“ (Troeltsch 1921: 232)

¹¹¹ „Innere Notwendigkeit und die Lehre der Erfahrung hat die Verfassung der deutschen Republik auf das System parlamentarischer Parteiregierung hingewiesen, nicht doktrinaire ‚Verliebtheit‘ in dieses System als solches. Daran konnte auch durch die völlig klare Erkenntnis nichts geändert werden, daß das parlamentarische System mehr als jedes andere allmähliche Entwicklung, Schulung und Übung, feines politisches Takt- und Tastgefühl, verantwortungsbewußte und verantwortungsfrohe Führung und starke Selbstdisziplin der Parteien fordert; und daß Deutschlands politische Vergangenheit der Ausbildung dieser Eigenschaften erschreckend ungünstig gewesen ist.“ (Preuß 1921b: 215f.)

¹¹² In seinem Vortrag ‚Meine Zeit‘ etwa lässt er seine Zuhörer wissen: „Kaum war es [das Buch] fertig, 1918, so löste ich mich von ihm“ (Mann 1950: 171) – der Nationalismus der Deutsch-Konservativen und mit ihm verbundene bald heraufziehende Faschismus seien die Gründe gewesen.

¹¹³ „was Demokratie genannt wird und was ich Humanität nenne“ (ebd.: 819); „Einerleiheit von Humanität und Demokratie“ (ebd.: 831).

Vor dem Hintergrund der spezifischen Konstellationen dieser Epoche haben wir diejenigen sprachlichen Repräsentationen und Strategien benannt, die den Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ auf spezifische Weise institutionalisieren, legitimieren, beeinflussen, versuchen, zu zerstören etc. Unter der Voraussetzung, dass Wissen geschichtlichen Wandlungen unterliegt, haben wir die sprachlichen Repräsentationen neuen, situativ-kontextuell bedingt erzeugten Wissens rekonstruiert, bzw. Versuchen, solches Wissen zu implementieren als „geteilte Akzeptanz von Erkenntnis“ (Warnke 2008: 113), vor allem aber als nicht geteilte.

Halten wir fest: Die Topografie des Demokratiediskurses in der frühen Weimarer Zeit entspricht insofern der einer gesellschaftlich-politischen Umbruchzeit, als der Diskurs geprägt ist von

- einer situativen Konstellation, die die Einführung der Demokratie, die Abschaffung der Monarchie fordert;
- einer der Zusammensetzung der beteiligten Beharrungs- und Neuerungskräften geschuldeten hohen Agonalität;
- dem neuen die politische Kommunikation radikal ändernden Kampf der Parteien um die Macht mit dem kommunikativen und semantischen Effekt der Ideologisierung der jeweiligen Demokratie-Konzepte bzw. -kodierungen.

Als ein Diskurs der Agonalität ist der Demokratiediskurs 1918ff ein Diskurs der erzwungenen konzeptuellen Präzision, der Konzeptualisierung durch Abgrenzung von den beteiligten politischen Richtungen, der Ideologisierung. Das bedeutet: Die Komplexität des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ verdichtet sich und die Elemente des Rahmens schließen einander z.T. aus. Die Beteiligten errichten je nach politischer Orientierung jeweils einen eigenen Rahmen ‚Demokratie‘, den sie füllen und für den sie einen normativen Status beanspruchen.

4 Die Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung im Kontext: Konstitutionelle Institutionalisierung und agonaler Diskurs

Mit dieser Diskurstopografie, die die parteilich kodierten Demokratiekonzepte der frühen Weimarer Zeit andeutet, als Voraussetzung, rekonstruieren wir im Folgenden in Bezug auf den politischen Diskurs der Weimarer Zeit die ethische Dimension des Konzepts ‚Demokratie‘ – zum einen im Sinn der Institutionalisierung von Ethizismen im Verfassungstext, zum andern im Sinn ihrer ideologischen Bewertung im Parteiendiskurs. Die Bezeichnungen der zentralen, in der Weimarer Reichsverfassung kodifizierten Grundrechte *Freiheit*, *Gerechtigkeit*, *Gleichberechtigung* und *Gleichheit* werden also als normierte Demokratiekonstituenten der entsprechenden Verfassungsartikel verifiziert und

jeweils mit ihrer Ideologisierung im parteipolitischen Diskurs konfrontiert. Die ethisch gebundenen Bezeichnungselemente des Konzepts ‚Demokratie‘ beschreiben wir insofern einerseits als Manifestationen von demokratiegeschichtlichem Institutionenwissen – im Kontext des Verfassungstextes, andererseits als Manifestationen von ideologisch gebundenen Wissenselementen – im Kontext des Parteiendiskurses.

Wir wollen auf diese Weise die Zäsur der sprachlichen Demokratiegeschichte in zwei Hinsichten fixieren. Zum einen ist das Umbruchphänomen der institutionellen Dimension von Demokratie zu beschreiben, denn zum ersten Mal hatte eine demokratische Verfassung einschließlich ihrer Kodifizierung der Grundrechte auch Gültigkeit. Zum anderen ist der Aspekt der ideologischen Polysemierung als neue Praxis politischer Kommunikation und damit als demokratiegeschichtlich-parteibezogenes Umbruchphänomen darzustellen. Seit der 1919 eingeführten parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik ist es nicht mehr der Monarch, der aus eigener Machtvollkommenheit heraus verantwortliche parlamentarische Akteure bestimmt, sondern es sind Parteien, die um die politische Macht ringen. Der politische Wettbewerb um die Stimmen der Wähler, den es in der konstitutionellen Monarchie nicht gibt – weder regieren Parteien noch bestimmen sie die Regierung – und der 1918/19 mit der Wahl zur Nationalversammlung erstmals die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit prägt, drückt sich als neue kommunikative politische Praxis aus.¹¹⁴ Diese neue Praxis bedeutet: Politische Leitkategorien werden im Sinn von semantischen Abgrenzungen gedeutet und je nach politischer Überzeugung damit ideologisiert.

Wir vergewissern uns zunächst des Verständnisses der parteipolitischen Akteure der Nationalversammlung. Was verstehen diese unter den Grundrechten, welche Funktion weisen sie einer Institutionalisierung durch die Verfassung zu, wie bewerten sie die Instanzen als aus der Paulskirchenverfassung übernommene tradierte Wissenselemente? Anschließend werden die Grundrechtrepräsentationen *Freiheit*, *Gleichheit*, *Gerechtigkeit*, *Gleichberechtigung* im Kontext des Verfassungstextes einerseits, des parteipolitischen Diskurses andererseits beschrieben.

4.1 Das Verständnis der Akteure

Vor allem vermisste ich in der Vorlage die scharfe, ins Auge fallende Betonung gewisser demokratischer Gesichtspunkte: persönliche Freiheit, Freiheit der Wissenschaft in ihrer Lehre, Gewerbefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit usw. Aus politischen und taktischen Gründen muß das in prägnanter Form hervorgehoben werden, wenn es auch sachlich schon in der Vorlage steht. (Ebert 1919c: 10)

¹¹⁴ Sicher ist hier auch zu erwähnen, dass deutsche Parteien anders als in England oder Amerika, „ideenpolitisch orientiert“ waren, an philosophisch-politischen Prinzipien, an Theorie und Programm, sie waren „Weltanschauungsparteien“ (Nipperdey 1995: 312). Hinzu kommt eine starke Milieugebundenheit der jeweiligen Parteien, d.h. das Erfordernis zur Abgrenzung.

Die Normierung der Grundrechte in der Weimarer Reichsverfassung ist Friedrich Ebert zu verdanken, der sich bei der Beratung der ersten Fassung, in der die Grundrechte nicht enthalten waren, dafür eingesetzt hat. Wenn er auf die „politischen und taktischen Gründe“ verweist, deretwegen ihm die Normierung – bezeichnenderweise die der Leitkategorie *Freiheit* – geboten erscheint, dann dokumentiert Ebert mit diesem Hinweis sein Demokratiekonzept, welches Demokratie und Grundrechte – insbesondere das der Freiheit – als zwei mutuell aufeinander bezogene Instanzen versteht. Abgesehen davon: Bereits der „Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk“ vom 12. November 1918 beinhaltet Grundrechte, die „schon jetzt mit Gesetzeskraft“ verkündet wurden.¹¹⁵

Hugo Preuß indes, der den Verfassungsentwurf vorgelegt hat, hatte pragmatische Gründe dafür, dass er die Grundrechte zunächst nicht aufnahm. Gemahnt von der langwierigen Grundrehtediskussion in der Nationalversammlung von 1848, wollte er der von 1919 nicht die Diskussion von Grundrechten aufzwingen, um durch die rasche Verabschiedung der Verfassung stabile politische Zustände herbeizuführen. Der Mitarbeiter Hugo Preuß, Alfred Schulze, endete die Auseinandersetzung schließlich, „indem er sich bereit erklärte“, die Grundrechte „aus der 48er Verfassung ab[zu]schreiben, soweit sie heute noch paßt.“ (Bollmeyer 2007: 244) Konrad Beyerle (BVP), ebenfalls, wie Schulze, Konrad Haußmann, Adolf Düringer und Friedrich Naumann (als Leiter¹¹⁶), Mitglied des Unterausschusses Grundrechte, hat dann die „Grundrechtsabfolge nach aufsteigenden Lebenskreisen“ gestaltet (Kühne 2000: 133). Vorbild waren die Grundrechtsartikel in den Verfassungen von Bayern, Baden, Braunschweig, Hessen, Sachsen, Preußen und Oldenburg, deren Anordnung er für die WRV übernahm und „das Fundament für den Grundrechtsteil der Weimarer Verfassung“ (Hense 2002: 148) legte – ein Verfahren, dessen diskursive Bearbeitung sich als eine Episode aus der Geschichte konstitutionellen Wissensmanagements darstellen lässt. Man nimmt es zum Anlass für strittige Bewertungen, nicht zuletzt hinsichtlich der Geschichte der Instanzen. Man war im Jahr 1919 offensichtlich auf Neues gestimmt – der politisch-gesellschaftliche Umbruch, der den radikalen systemischen Wechsel von der Monarchie zur Demokratie bewirkte, scheint im parlamentarischen Beratungsdiskurs die Kodierung der aus der 1848er-Verfassung übernommenen Grundrechte zu bestimmen: „die ältesten Ladenhüter aus dem Jahre 1848, reichlich wenig neuer Wein in die alten Schläuche, vergebliche Mühe, [...] an die Traditionen der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 anzuknüpfen“ wegen ihrer

¹¹⁵ Diese Grundrechte sind: das der Vereinsgründung und Versammlung („Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter“), der freien Meinungsäußerung („Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei“), der freien Religionsausübung („Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden“) und der Freiheit der Person („Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen“). Schließlich hebt der Aufruf die Zensur auf („Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben“).

¹¹⁶ Hinzuweisen ist auf Naumanns bekannten „Versuch volksverständlicher Grundrechte“, die er statt der juristisch normierten formulierte. Mit seinem Versuch, diese Version in die Verfassung zu bringen, ist er allerdings gescheitert (vgl. dazu Haß-Zumkehr 1998: 233ff.).

Anpassung an die „bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“, man könne nicht „mit dem Verfassungswerk dort [...] beginnen, wo das Jahr 1848 abgeschlossen hat“. Wir sehen: Mit diesen Bewertungen der grundrechtlichen Wissensselemente kodieren die Akteure ihre Ablehnung der Tradition – eine Haltung, die der des maßgeblichen Initiators natürlich entgegensteht, der diese emphatisiert mit der Bewertung „Goldkörner aus der Paulskirche“ (Beyerle 1919a: 464). Und nicht nur dieses: Indem Beyerle eine Traditionslinie bis ins deutsche Mittelalter zieht („die Freiheitsverleihungen mittelalterlicher Städtegründer als positive geschichtliche Vorbilder der neuzeitlichen Grundrechte in Anspruch genommen“) stellt er die französische und amerikanische Menschenrechtserklärung des 18. Jahrhunderts (mit denen natürlich die Grundrechte in unmittelbarem Zusammenhang stehen) in diese deutsche neuzeitliche Tradition – und folgt damit politischem Kalkül, indem er „auf diese Weise antiwestliche Ressentiments in der Grundrechtsfrage zu neutralisieren“ (Pauly 2004: 50) versuchte.

Hugo Preuß bleibt nichts anderes übrig, als im Februar 1919 zu bekennen, dass die Aufnahme der Grundrechte im zweiten Teil der Verfassung geschah, „nicht nur aus Pietät gegen die Verfassung der Paulskirche von 1849“, sondern auch, weil der Entwurf den Grundrechten „damit die reichsverfassungsmäßige Garantie gibt, und indem damit eine Richtlinie auch für die weitere Entwicklung und Gesetzgebung in den Gliedstaaten gezeichnet ist.“ (Preuß 1919b: 292)

Wovon reden die Ausschussmitglieder und ihre Berater, wenn sie von den Grundrechten reden? Die Ausdeutungen, mit denen die Beteiligten die Instanz *Grundrechte* versehen, zeigen, dass die Akteure unter der Voraussetzung unterschiedlicher Verständnisse diskutieren. Diese manifestieren sich, wenn etwa der Theologe Naumann die staatsrechtliche mit der Bezeichnung für eine religiöse Textsorte metaphorisiert (*Volkskatechismus*¹¹⁷) oder die Juristen Koch und Beyerle den Rechtscharakter betonen (*Rechtsleben*, *Rechtskultur*¹¹⁸). Daneben sind unterschiedliche Ausdeutungen in Bezug auf die Funktion der Grundrechte und ihrer verfassungsrechtlichen Normierung erkennbar. Während Friedrich Naumann von der DDP und Konrad Beyerle vom Zentrum die Grundrechte als Instrument konzipieren, das dem Staat verfügbar ist¹¹⁹, verstehen Gröber und der Staatsrechtler Richard

¹¹⁷ „ein sich von selbst anbietender Volkskatechismus zur Herbeiführung derjenigen Gesinnung, auf der der Staat beruht“ (Naumann 1919: 179).

¹¹⁸ „die Grundrechte sind im Grund nichts als der Versuch, im Wege einer verkürzten Gesetzgebung innerhalb weniger Monate die wichtigsten Materien unseres Rechtslebens neu zu ordnen“ (Koch 1919a: 2123); „Es lag uns fern einen Leitfaden der Bürgerkunde oder eine Enzyklopädie für den staatsbürgerlichen Unterricht zu verfassen. [...] Es sollten vielmehr gewisse elementare Wahrheiten unserer Rechtskultur für würdig gehalten werden, aus dem Alltag der gewöhnlichen Gesetzgebung herausgehoben werden an die feierliche Stelle der Verfassung.“ (Beyerle 1919b: 1502)

¹¹⁹ „ein Volk, traditionslos geworden durch den Zusammenbruch seines alten Herrschaftssystems, wird in der Republik Träger des Staats und muß nun wissen: was will denn eigentlich der Staat? Ein Handbuch, welches nicht Kleinkinderhandbuch ist, sondern ein Buch, in dem alles Wesentliche für den Suchenden beieinander steht, das ist der volkspädagogische Zweck der Grundrechte“ (Naumann 1919b: 2190); „Die Grundrechte fügen zu dem konstruktiven Aufbau der Verfassung etwas, was für unser schwer notleidendes Volk mehr ist als nur staatsrechtliches Gesetz, nämlich erziehlischen, aufbauenden Inhalt zu staatsbürgerlichem Leben.“ (Beyerle 1919b: 1502)

Schmidt darunter im Gegenteil eine den Bürger vor dem Staat schützende Instanz.¹²⁰ Sinzheimer von der MSPD wiederum sieht in den Grundrechten ein Pendant zu den politischen Instrumentarien in sozialer Hinsicht¹²¹, während schließlich Spahn die Bekenntnisfunktion, die die Grundrechte einer Gesellschaft hätten, herausstellt.¹²²

Um die Diskussion zu vereinfachen und zu beschleunigen – um also solche kommunikativen Voraussetzungen zu schaffen, die eine möglichst barrierefreie Beratung gewährleisten, versucht Beyerle – mit der Verpflichtung auf die drei Basiskategorien der Grundrechte *Freiheit, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit* – aus der Grundrechtefrage eine überparteiliche Angelegenheit zu machen:

So wollen wir ohne Unterschied der Partei uns die Hand reichen und an das große Verfassungswerk zum Wohl unseres Vaterlandes herantreten. Im Zeichen der Freiheit und der genossenschaftlichen Gleichberechtigung ... und der ausgleichenden Gerechtigkeit ... wollen wir die Verfassung schaffen. (Beyerle 1919a: 470)

Gegen Ende der Debatte, im Sommer 1919, erklärt Beyerle auch das vorgelegte Ergebnis zu einer überparteilichen Instanz. Er beruft sich dazu auf das Argument *deutsche Staatsbürger*, das er in Opposition zu *Parteileute* setzt, und er fasst die Grundrechte in die Kategorie *objektive Wahrheiten*, ihnen damit das Potenzial weltanschaulich unterschiedlicher Ausdeutbarkeit nehmend:

Wir sind in verhältnismäßig knapper Zeit [...] zu befriedigenden Ergebnissen gelangt. Diese laufen auch nicht darauf hinaus [...] daß wir lediglich Parteiprogramme oder einen Mischmasch von Parteiprogrammen bieten. Ich denke, wir sind doch nicht nur Parteileute, sondern deutsche Staatsbürger und sind auch imstande, uns auf objektive Wahrheiten der deutschen Rechtskultur zu besinnen, ohne daß sie immer gleich eine parteipolitische Färbung zu tragen brauchen. (Beyerle 1919b: 1502)

Im Gegensatz zu dieser versuchten Parteiennivellierung stehen Argumentationen, die im Gegenteil die Grundrechte und ihre Beschaffenheit in den Kontext der parlamentarischen Mehrheits- und Machtverhältnisse rücken. Der Abgeordnete Koch (DDP) etwa leitet seine Bewertung der Grundrechtefassung – „kein[...] einheitliche[r] und voll befriedigende[r] Eindruck“ und „Kompromißarbeit zwischen den verschiedenartigsten Anschauungen der maßgebenden Parteien“ – aus einer in der Nationalversammlung fehlenden *Mehrheit* ab, „die sich über Weltanschauungsfragen einigen kann, wie auf dem Gebiet der Religion, der Kirche, des Sozialismus, der Schule [...] um unter Ausschluß der anderen Parteien

¹²⁰ „zum mindesten ein weitgehender moralischer Schutz gegen einen gewalttätigen Staatsmann oder eine gewalttätige Regierung“ (Gröber 1919: 183); „das Wesen der Grundrechte besteht eben darin, daß sie Lebenswerte darstellen, zu deren Beschränkung durch den Staat ein Gesetz notwendig ist“ (Schmidt 1919: 116).

¹²¹ „Hauptbedeutung der Grundrechte [...] das bisher lediglich politisch formulierte Verhältnis des Staates zum einzelnen in sozialer Beziehung zu ergänzen“ (Sinzheimer 1919: 183f.).

¹²² „Grundrechte [...] sind Sicherungen der aus der Menschennatur sich ergebenden Betätigung des menschlichen Willens, deshalb sind sie beim Beginn der Revolutionsperiode als Menschenrechte aufgestellt worden.“ (Spahn 1919: 379)

allein die Verfassung zu verabschieden“.¹²³ Der USPD- Abgeordnete Max Cohn erkennt ebenfalls in der „Verfassungsfrage eine Machtfrage“ (Cohn 1919: 1506), die Grundrechte spiegelten dementsprechend „eigentlich nur die Verteilung der wirklichen Mächte und Kräfte in unserem Staatsleben“ wider.¹²⁴ Wenn allerdings Cohn den Kompromisscharakter der Grundrechte als Beleg mangelnder Wahrhaftigkeit bewertet, dann denunziert er hier, was das Wesen der parlamentarischen Demokratie ausmacht, nämlich die Zugeständnisse machende Einigung:

Aussprechen, was ist, sich nichts vormachen, auch nicht in den Grundrechten, das war für mich der erste Grundsatz. [...] weil man sich im Verfassungsausschuß nicht zur Wahrhaftigkeit durchgerungen hat, weil man nicht erkannt hat, was ist, und in der Selbsttäuschung befangen blieb, und weil man nicht erkannt hat, daß man sich Weltanschauung nicht im Wege des Kompromisses bilden kann, deshalb hat man eine Fülle von unaufrichtigen und fassadenhaften Vorschriften und Grundsätzen in die Grundrechte aufgenommen (Cohn 1919: 1506).

Wir erkennen hier ein Phänomen der Geschichte politischer Kommunikation. Der Grundrehtediskurs zeigt, dass die parlamentarische Aushandlung eines Textes im Jahr 1919 keine politische kommunikative Routine ist. Im Zuge einer Parteienkritik wird mehrfach darauf hingewiesen, dass die Konstellation den Kompromisscharakter der Grundrechte bewirkt. Was Hugo Preuß als Debattenszenario entwirft – „Wenn dem einen etwas in Aussicht gestellt oder gegeben wurde, so wurde es umso nötiger, den andern auch zu erwähnen“ (Preuß 1919c: 1502) – ist die Kommentierung einer kommunikativen Barriere eher denn die eines demokratischen kommunikativen Grundsatzes.

Am 31. Juli 1919 wurde die Weimarer Reichsverfassung, als deren „Vater“ Hugo Preuß gilt, einschließlich der Grundrechte – diese Vaterschaft lehnt Preuß ausdrücklich ab¹²⁵ – verabschiedet. Am 11. August 1919 wird sie durch den Reichspräsidenten Ebert in Kraft gesetzt. Als staatsrechtliches Umbruchphänomen dokumentiert sie

¹²³ „Uns scheint [...] eine Vorsicht bei der Abfassung der Grundrechte dringend geboten, und diese Vorsicht wird noch um so notwendiger in einer Zeit, wo man [...] eine Mehrheit, die sich über Weltanschauungsfragen einigen kann, wie auf dem Gebiete der Religion, der Kirche, des Sozialismus, der Schule, in der Nationalversammlung entweder nicht vorhanden oder wenigstens zu schwach ist, um unter Ausschluß der anderen Parteien allein die Verfassung zu verabschieden. Die Folge davon ist, daß diese Grundrechte im allgemeinen nicht weit ausschauend in die Zukunft greifen, sondern daß sie im großen und ganzen eine Kompromißarbeit zwischen den verschiedenartigsten Anschauungen der maßgebenden Parteien darstellen. Solche Grundrechte aber können keinen einheitlichen und voll befriedigenden Eindruck machen. Wenn man einzelne Sätze durchsieht, so sieht man ganz genau, daß der Vordersatz von der einen Partei geprägt ist, und daß der Nachsatz, um den Vordersatz wieder einzuschränken, von der anderen Partei nachgefügt ist.“ (Koch 1919b: 1500f.)

¹²⁴ „Ich will durchaus nicht verschweigen, daß auch mein Formenbedürfnis eine Erweiterung und Verbesserung des Abschnitts über die Grundrechte wünschen ließ, so wenig ich mir einen Augenblick darüber zweifelhaft war, daß auch diese Verfassungsfrage eine Machtfrage ist und die Grundrechte, wenn sie überhaupt etwas bedeuten sollen, eigentlich nur die Verteilung der wirklichen Mächte und Kräfte in unserem Staatsleben widerspiegeln können.“ (Cohn 1919: 1505)

¹²⁵ „Auf die Frage des Herrn Abgeordneten Koch, ob sich die Regierung oder ich als Vertreter der Regierung zur Vaterschaft der Grundrechte, wie sie hier vorliegen, bekenne, muß ich mit einem lauten und vernehmlichen Nein antworten.“ (Preuß 1919c: 1502)

eine neue Stufe der nationalen Verfassungsentwicklung. Durch sie erst wurde der moderne Nationalstaat verwirklicht, der als Ergebnis der Revolution von 1848 in der Reichsverfassung von 1849 konzipiert worden war. (Dann 1996: 255)

Im Folgenden fragen wir einerseits nach der normierenden Institutionalisierung der Grundrechte in der Weimarer Reichsverfassung, andererseits nach der ideologisierenden Kodierung dieser ethisch gebundenen Wissensselemente, mit denen die Akteure des politischen Diskurses der frühen Weimarer Zeit den Wissensrahmen ‚Demokratie‘ konzipieren.

4.2 Institutionalisierte Ethik: Grundrechtebezeichnungen als staatsrechtliche Verfassungskategorien

Die zentralen Kategorien geben bereits in der Präambel gleichsam die ethisch gebundene Konzeption der demokratischen Weimarer Verfassung vor¹²⁶, in demjenigen Teiltex einer Verfassung also, der mit feierlichem Pathos das Denken, Wollen und Sollen der an der Erarbeitung des Regelwerks Beteiligten bzw. derjenigen, die diese repräsentieren (*das Deutsche Volk*), herausstellt, den Verfassungsinhalt legitimiert und für gültig erklärt und die Verfasser sowohl wie die Adressaten auf die Verfassung verpflichtet – ohne allerdings eine „positive[...] Rechtsvorschrift[...]“ zu sein (Preuß 1919c, 1502):

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Im Vergleich mit dem Grundgesetz von 1949 und der Verfassung von 1848 ist das sprachliche Umbruchphänomen WRV deutlich zu erkennen. Anders als in dem Text von 1948 erscheint die Handlungsentschlossenheit in dem von 1919 größer: In der Erklärung „Das Deutsche Volk [...] hat sich diese Verfassung gegeben“ erscheinen die Handelnden, *das Deutsche Volk*, wesentlich entschlossener, um nicht zu sagen selbstbewusster, als in der Formulierung von 1948: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung [...] hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, [...] um dem staatlichen Leben [...] eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz [...] beschlossen.“ In dem Text von 1919 fehlt eine religiöse Formel wie die aus der Präambel von 1948, *Verantwortung vor Gott*. Gemeinsam ist den Texten aber die Referierung auf die deutsche Einigkeit und Einheit, die als Sachverhalt konstituiert wird. Ebenso wird in beiden Präambeln *Friede* (beide Verfassungen sind Ergebnis verlorener, die Menschheit erschütternder Weltkriege) als Ziel demutvollen Handelns (beide verwenden zum Ausdruck dieser Haltung das Verb *dienen*) benannt. Auch der Vergleich mit dem die Paulskirchenverfassung einleitenden ersten Satz markiert den Umbruchwert der WRV. Während

¹²⁶ Ein Verfassungstext ist nach der Klassifikation von Jo Klein (2000) eine von einem Parlament oder einer parlamentähnlichen Versammlung primär außenadressierte Textsorte.

jene eingeleitet wird mit: „Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen, und verkündigt als Reichsverfassung“, ist die Akteursbezeichnung der WRV (wie auch des Grundgesetzes) – „das Deutsche Volk“ – einem demokratischen Konzept wesentlich näher.¹²⁷ Denn: Die Geschichte des Schlüsselworts *Demokratie* ist bis heute wesentlich begleitet von ‚Volk‘ als konstitutivem Wissenselement (dem dann im Verlauf der Geschichte weitere hinzugefügt werden, wie etwa freie Wahlen, Partizipation, Mehrheitsprinzip etc.).¹²⁸

Mit ihrer Thematisierung in der Präambel erhalten insbesondere die Ethizismen *Freiheit* und *Gerechtigkeit* in der Weimarer Reichsverfassung als Zielkategorien einen hohen attitudinalen, und damit mentalitätsgeschichtlichen Wert. Zwar hat die Präambel keinerlei Rechtsverbindlichkeit, dafür einen umso größeren Bekenntnisgrad. Die Präambel der Verfassung hebt die genannten Grundrechte insofern zwar nicht in den Status von konstitutionellen Normen, dafür weist sie ihnen aber umso nachdrücklicher den Status von Grund- und Leitprinzipien zu.¹²⁹ Und indem die Verfassung die einer parlamentarischen Demokratie ist, geraten diese damit zu den institutionalisierten Werten der parlamentarischen Demokratie.

Freiheit ist der höchste Wert der historisch-kulturell entwickelten und gefestigten Grundwertehierarchie überhaupt und der höchste Wert des ethisch motivierten Demokratiediskurses, der als solcher bereits in der Antike dokumentiert ist und der vielfache religiöse, gesellschaftlich-korporative und individuell-persönliche Ausdeutungen erfuhr.¹³⁰ Darüber hinaus bezeichnet *Freiheit* in jeglichen gesellschaftspolitischen Kontexten den höchsten Wert überhaupt und ist diejenige Kategorie, zu der die anderen Grund- und Menschenrechtskategorien gleichsam in einem Bedingungsverhältnis stehen. Die Möglichkeit der Gleichheit, der Würde des Menschen, der Gerechtigkeit etwa hat die Existenz von Freiheit zur Voraussetzung. Semantisch-konzeptionell ausgedrückt: Die Grund- und Menschenrechtskategorien sind semantisch kongruente Konzeptelemente von ‚Freiheit‘,

¹²⁷ Von diesem und weiteren, nach den Lesarten ‚demos‘, ‚plebs‘ und ‚ethnos‘ unterscheidbaren Volkskonzepten handelt die Untersuchung von Jörn Retterath in diesem Band.

¹²⁸ Zur Präambel des Grundgesetzes vgl. von Polenz (1980).

¹²⁹ Übrigens verweist Peukert auf einen gewissen Beliebigkeitscharakter des in der Verfassung kodifizierten Grundrechtekatalogs: „Diese Liste der Grundrechte belegt den Kompromißcharakter der Verfassung, der sich in der unverbundenen Aneinanderreihung von Forderungen unterschiedlicher Sozialgruppen ausdrückte, sowie von Versprechungen, die erst durch ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren konkretisiert werden sollten, und von formelhaften Bestimmungen, deren inhaltliche Ausfüllung ebenfalls der zukünftigen Gesetzgebung und ihren Mehrheiten oblag.“ (Peukert 1987: 51)

¹³⁰ „Im Prinzip der Demokratie verkörpert sich der auf die Antike zurückgehende Begriff der politischen Freiheit, d.h. die durch die Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess sich verwirklichende staatsbürgerliche, aktiv-partizipatorische Freiheit.“ (Nowak 2002: 22) Als „Grundwert staatlicher Verfassung“ entwickelt sich dieses moderne Freiheitskonzept im 19. Jahrhundert als „Legitimationsbegriff jeder Herrschaft“ derart zu einem gesellschaftspolitischen Obligo, dass „kein Regime mehr darauf verzichten mochte und konnte, sich als freiheitlich zu bezeichnen.“ (GG II: 489) Ein Abstrahierungsprozess geht mit dieser Entwicklung einher, der einen Bedeutungsunterschied zwischen konkreten Freiheiten und der Freiheit etablierte.

das sozusagen ein Zentrum, den semantischen Knoten einer Netzstruktur bildet. Damit ist ‚Freiheit‘ Hauptkonstituente der ethischen Dimension von ‚Demokratie‘ – das ist ein die Demokratiegeschichte prägendes Phänomen.¹³¹ Denn: Anthropologisch ist das Streben nach Freiheit eine – kulturgeprägte – Universalie.¹³² Diesem Umstand hat die Weimarer Reichsverfassung entsprochen.

Artikel 114 bestimmt: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.“ Als Freiheitsrechte werden außerdem normiert

- die Wahlfreiheit – Artikel 125: „Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis sind gewährleistet“,
- die Glaubens- und Gewissensfreiheit – Artikel 135: „Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.“ Artikel 136: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt“,
- die Freiheit von Kunst und Wissenschaft – Artikel 142: „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil“,
- die freie Meinungsäußerung – Artikel 118: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. [...] Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig“,
- die Vereinigungsfreiheit – Artikel 159: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Be-

¹³¹ Die „Werte [...], die in den verschiedenen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens verkörpert sein sollen“, sind „in den modernen liberaldemokratischen Gesellschaften auf einen einzigen zusammengeschmolzen [...], und zwar auf den der individuellen Freiheit in der Vielzahl der uns vertrauten Bedeutungen. Jede konstitutive Sphäre unserer Gesellschaft verkörpert mithin institutionell [...] einen bestimmten Aspekt unserer Erfahrung von individueller Freiheit. Die eine, moderne Idee der Gerechtigkeit splittet sich dann in ebenso viele Gesichtspunkte auf, wie es solche institutionalisierten Sphären eines legitimationswirksamen Freiheitsversprechens in unseren zeitgenössischen Gesellschaften gibt“ (Honneth 2011: 9f.).

¹³² Zeitgenössisch bezieht zum Beispiel der Pan-Europäer Coudenhove-Kalergi dieses Phänomen in seine Analyse ein und grenzt dabei außerdem einen anderen zentralen Grundwert, den der Gleichheit, von Freiheit ab: „Die ungeheure Bedeutung des Nährpflicht-Programms liegt darin, daß es eine Synthese des Sozialismus und des Liberalismus verkörpert. Denn kein sozialistisches System könnte sich dauernd ohne individualistischen Einschlag halten: das menschliche Sehnen nach Freiheit ist und bleibt natürlicher und elementarer als das nach Gleichheit: die Tiere in der Natur sind überall frei, nirgends gleich.“ (Coudenhove-Kalergi 1923a, 137) Auch Ferdinand Tönnies verweist in seiner umfangreichen Analyse der öffentlichen Meinung auf „persönliche Freiheit“ als diejenige „Idee des sozialen Lebens“, auf die „die Öffentliche Meinung sich am tiefsten festgelegt (fixiert) hat“ (Tönnies 1922: 258).

rufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

- Hinzu kommt der wirtschaftliche Freiheit gewährende Artikel 151 („Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern“).

Das mit diesen Freiheitsaspekten bezeichnete Wissen ist tradiertes institutionelles Verfassungswissen, das, wie wir gesehen haben, mit der Verfassung von 1848 etabliert wurde. Als das Demokratiekonzept der WRV konstituierende Verfassungselemente neu sind dagegen die mit *Gerechtigkeit*, *Gleichheit* und *Gleichberechtigung* bezeichneten Instanzen.

Das in der Präambel vorbereitete Prinzip der Gerechtigkeit kommt im Text der Verfassung dann noch zwei Mal in normierender Funktion vor. Artikel 42 legt die Formel des Schwurs fest, den der Reichspräsident bei der Übernahme seines Amtes leistet:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Artikel 151 sucht ethische Prinzipien mit ökonomischer Praxis engzuführen: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.

Eine implizit nach dem Prinzip der Gerechtigkeit angelegte, in der Verfassung festgelegte Normierung ist darüber hinaus die Gewährleistung der Bildung der Jugend. Artikel 146 bestimmt:

Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsbeihilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Diese Manifestationen der ethisch gebundenen Gerechtigkeitsinstanz sind natürlich Dokumente der Gesellschaftsgeschichte: Das Erfordernis, politisch den aus der Industrialisierung resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen zu entsprechen, entwickelt *soziale Frage* seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu eine Schüsselformel.¹³³ Der Ausgleich wirtschaftlicher Disproportionen wird mit dem Leitwort *Gerechtigkeit* zum Verfassungsprinzip.

Eine Variante des Gerechtigkeitsprinzips wird mit *Gleichberechtigung* bezeichnet. Der Ausdruck wird an zwei Stellen in der Verfassung in normierender Funktion verwendet. Artikel 119 regelt mit dieser Kategorie die Gleichstellung von Mann und Frau in der Familie:

¹³³ Das Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von 1867 fordert: „4. Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiter-Assoziation mit Staatshilfe nach den Prinzipien Lassalles“ (ADAV 1867: 69). Ladendorf datiert die Entstehung der Formel auf die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts und vermutet als Ursprung den französischen Sozialismus (Ladendorf 1906: 291).

Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Diese beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter.

Damit ist ein weiteres Novum der Verfassungsgeschichte fixiert, das dem neuen Bewusstsein von den Rechten der Frau entspricht. Als arbeitsweltbezogener Wert bezieht Artikel 165 *Gleichberechtigung* auf Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in Unternehmen:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.

Der Ausgangsgedanke sowohl der Gerechtigkeit als auch der Gleichberechtigung ist der der Gleichheit. In der konkreten Formulierung des positivierten Sachverhalts ist das Gleichheitskonzept in der Weimarer Reichsverfassung allerdings ausschließlich im rechtlichen Sinn ausgedeutet. Artikel 109 bestimmt:

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben.

Dass die WRV jedoch diesen Grundrechtsaspekt wesentlich weiter fasst, zeigen die Bestimmungen im Hinblick auf die Konzeptelemente *Gerechtigkeit* und *Gleichberechtigung*.

4.3 Ideologisierte Ethik: Ethizismen im Parteiendiskurs

Die Grundrechte dienen als „Grundbegriffe der politischen Philosophie [...] im Streit der Ideologien als semantische Waffen“ (Alexy 1995: 16f.). Wenn wir in diesem Sinn die den Umbruch von 1918/19 in institutioneller Hinsicht markierende Normierung zentraler Grundrechtskategorien in der Weimarer Reichsverfassung im Folgenden mit der Ideologisierung der Kategorien im Parteiendiskurs kontrastieren, stellen wir ihre diskursiven Aktualisierungen als Dokumente eines Umbruchs der politischen Kommunikation dar, insofern sich Parteien nunmehr erstmals um die Macht bewerben.

4.3.1 *Freiheit* – Ideologisches Zauberwort, diskursiver Platzhalter und parteipolitisches Obligo

Freiheit bildet ausdrucksseitig Beginn und stabiles Kontinuum der Demokratiegeschichte und war insofern natürlich auch in der frühen Weimarer Zeit als Bezeichnung des politisch-gesellschaftlichen Grundrechts Gegenstand des politischen Diskurses.

„Ein Wort wie Freiheit [ist] seines Zaubers immer sicher“ (Tönnies 1922: 252) vermerkt Ferdinand Tönnies – die Demokratiegeschichte prädestiniert den Ausdruck *Freiheit*

insofern für die Funktion des Platzhalters, zum Ausdruck eines weitgehend geringspezifizierten Hochwertbekenntnisses, insbesondere in Reihungen, verfestigt zu formelhaften Konstruktionen des Musters *Freiheit und x*, bzw. *x und Freiheit*, bzw. *Freiheit, x und y*, mit Elementen zumeist, die ihrerseits Kategorien des Ethikregisters sind.¹³⁴ Zwar: *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*, die Aufbruchparole der Moderne, hat sich als Formel überlebt, ist kaum mehr im Gebrauch. Ansonsten aber geht *Freiheit* mit einer Reihe elementarer Ethizismen Verbindungen ein. Einzelkollokaturen von *Freiheit* sind *Gleichheit*¹³⁵, *Frieden*¹³⁶ und *Kultur*¹³⁷, Doppelkollokaturen sind *Frieden und Glück*¹³⁸, *Frieden und Wohlstand*¹³⁹, *Frieden und Gerechtigkeit*¹⁴⁰, *Recht und Glück*¹⁴¹, *Wahrheit und Recht*¹⁴², *Ordnung und nationale Würde*¹⁴³, *Demokratie und Sozialismus*¹⁴⁴.

Signifikant sind zum einen die Formelbildungen mit *Frieden* als zweitem oder (mit *Glück, Wohlstand* oder *Gerechtigkeit*) drittem Element; zum andern die Formeln mit *Recht* (zusammen mit *Glück* und *Wahrheit*) als drittem Element. Fest ist darüber hinaus die alliterierende Formel *Frieden und Freiheit*, erweitert zu *Friede, Freiheit und x* (*Wohlstand, Gerechtigkeit*).¹⁴⁵ Abgesehen davon, dass dem Gebrauch des Reihenelements *Frie-*

¹³⁴ Grünert (1974: 274ff.) nennt solche Kollokationen Kumulationen und weist für die Debatten der Nationalversammlung von 1848 u.a. nach *Freiheit und Einheit; Freiheit, Macht und Ordnung; Frieden und Freiheit; Freiheit und Recht*. Insgesamt müssen wir also feststellen, dass wir es mit eingeführten Formeln der ideologischen Politiksprache zu tun haben.

¹³⁵ „Volle politische Demokratie ist nur möglich bei wirtschaftlicher Freiheit und Gleichheit aller. [...] Nicht am Anfang, erst am Ausgang der proletarischen Klassenkämpfe steht die Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, steht die volle Demokratie.“ (Zetkin 1918b: 64f.)

¹³⁶ „Vertreter unserer Partei [...] haben in dieser furchtbaren Situation ihr verantwortungsvolles Amt angetreten mit dem heißen Bestreben, unserm Volke Frieden und Freiheit zu bringen. [...] Angeichts der Morgenröte des Friedens und der Freiheit“ (SPD 1918: 360f.).

¹³⁷ „Das hängt nicht von der Arbeiterklasse ab, sondern von denjenigen, die die arbeitenden Massen am Aufstieg zu Freiheit und Kultur hindern wollen.“ (Zetkin 1920a: 201f.)

¹³⁸ „Wir müssen alle Kräfte anspannen, um [...] eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. [...] Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden!“ (Liebknecht 1918: 46f.)

¹³⁹ „Die politische Krise Europas gipfelt in der Frage, wie es möglich ist, diesem verwundeten Erdteil Friede, Freiheit und Wohlstand zu sichern“ (Coudenhove-Kalergi 1923a: IX).

¹⁴⁰ „in Deutschland [steht] Heinrich Mann, als einziger Dichter von Weltruf, an der Spitze der Bewegung, die durch Vergeistigung der Politik den Völkern Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bringen will.“ (Coudenhove-Kalergi 1923a: 132)

¹⁴¹ „Wir kämpfen für Recht, wirkliche Freiheit und Glück.“ (Deutsche Arbeiterpartei 1919: 213)

¹⁴² „Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz [...] Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft eintreten für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ (Zentrum 1918b: 196)

¹⁴³ „die Deutschnationale Volkspartei [ist] bereit, getreu ihrem bisherigen Verhalten, mitzuarbeiten, um in Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten.“ (DNVP 1920a: 177)

¹⁴⁴ „Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus“ (Ebert 1918a: 156).

¹⁴⁵ Im Schema sehen die Verbindungen so aus: Erstplatziertes *Freiheit* – *Freiheit und Kultur; Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden; Freiheit, Demokratie und Sozialismus*. Zweitplatziertes

den der eben beendete Krieg hier einen kontextgebundenen Gebrauchsimpuls gegeben hat, können wir im Übrigen die Kontextelemente nicht unbedingt den jeweiligen politischen Perspektiven zuordnen: Wenn Karl Liebknecht ebenso wie die Vorläuferpartei der NSDAP, die DAP, *Glück* zusammen mit *Freiheit* als ihre Handlungsziele benennt, dann deutet diese Programmatik ebenso auf einen semantischen Null-Status von *Freiheit*, wie das Bekenntnis zu *Recht*, das die DAP ablegt, während andererseits das Kontextelement *nationale Würde*, das die DNVP in einer Reihe mit *Freiheit* programmatisch geltend macht, wiederum natürlich erwartbar ist, denn es entspricht nationalistischer Weltsicht.

Ein politiksprachgeschichtlich markantes Diskursfragment ist dasjenige, das mit den Elementen *Einigkeit* und *Recht* die bekannte Reihe bildet. Friedrich Ebert bezieht sich bereits im Jahr 1922 auf die nach 1945 zum Text der Nationalhymne geäderte dritte Strophe – was uns in der Umkehr dazu veranlasst festzuhalten, dass nicht erst der nationalsozialistische Missbrauch und der Kontext des verlorenen Zweiten Weltkriegs die erste Strophe („Deutschland, Deutschland über alles“) entwertet, sondern bereits der verlorene Erste Weltkrieg die in dieser Strophe ausgedrückte Hybris inkommensurabel gemacht hat. Bereits zu diesem Zeitpunkt lag eine Hypothek auf dem Lied. Es wurde „Bestandteil des Langemarck-Mythos [...] Schließlich hatte der Heeresbericht vermerkt, die Blüte der deutschen Jugend sei mit ‚Deutschland, Deutschland, über alles‘ auf den Lippen in den Tod gegangen.“ (Jeismann 2003: 662) Die dritte Strophe des 1841 komponierten Liedes indes findet bereits 1922 besondere staatsmännische Gunst, obwohl Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August dieses Jahres, dem Verfassungstag, alle drei Strophen zwar nicht gerade zur Nationalhymne, aber „doch zum offiziellen Lied der Republik“ (Jeismann 2003: 662) erklärt. Ebert analysiert und bewertet in seiner Ansprache die die drei Werte bezeichnenden Elemente und setzt sie – gleichsam im Zuge einer semantischen Analyse – zueinander in Beziehung:

Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen.¹⁴⁶ Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten. Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten.

Allerdings – auch die anrühige Phrase der ersten Strophe thematisiert Ebert kurz: „so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute ‚Deutschland über alles‘.“ Kontextualisiert aber als grammatisches wie emotionales Objekt von *lieben* drückt sich hier weniger nationale Hybris aus als vielmehr ein Appell, der diejenige Identität schaffen soll, die der Staatspräsident als mentale Befindlichkeit der Bevölkerung benötigt zur Gewährleistung innerer gesellschaftlicher Stabilität. In der Form der Performance legt Ebert dann die staatliche und emotionale, politische und identifikatorische Funktion des Liedes fest:

Freiheit – Frieden und Freiheit; Friede, Freiheit und Wohlstand; Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit; Recht, wirkliche Freiheit und Glück; Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde. Letztplatziertes Freiheit – Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit; Wahrheit, Recht und Freiheit.

¹⁴⁶ Ein notwendiger Kontexthinweis ist, dass 1922 in die Phase der physischen politischen Gewalt von links und rechts fällt und der politische Mord Konjunktur hat: 1919 Luxemburg, Liebknecht und Eisner, 1921 Erzberger, 1922 Rathenau – um nur die prominentesten Opfer zu nennen. Vgl. Schumann (2010) und Schumann (2001).

In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein. Auf viele Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein.

Diese textgebundene Identifikationsleistung weist Ebert dann schließlich selbst nach, indem er die drei Elemente, mit Possessivpronomen versehen, sozusagen als deutsches Eigentum ausweist, dem er zugleich den Status des Gefährdetseins zuweist: „Unsere Einigkeit, unser Recht und unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen.“ (Ebert 1922: 245).¹⁴⁷ – Hinzuweisen ist hier auf den politiksprachlich üblichen Gebrauch des ‚inklusiven Wir‘: suggestiv, Gleichheit behauptend, indem der Sprechende sich selbst der Gruppe der Angesprochenen zuordnet, und appellativ sind seine Eigenschaften (vgl. dazu Burkhardt 2003: 406–412).

Wir können im Sinn einer sprachlichen Umbruchgeschichte fixieren: Von ganz rechts (Kapp und NSDAP) bis ganz links (KPD) ist *Freiheit* der Name des zentralen Werts politischer Konzepte, dessen hohe Diskurspräsenz bereits das Hirtenschreiben der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe vom 17. Dezember 1918 kommentiert:

Man kann in diesen Tagen viel hören vom ‚freien Volk im freien Staat‘. Es ist zum geflügelten Worte geworden. Jeder mag darüber denken wie er will und es wird sich zeigen, ob die Freiheit, die sich so laut gebärdet, wirklich ernst und wahr und gut gemeint ist. Ein Prüfstein wird das künftige Verhältnis des Staates zur Kirche sein. (Hirtenschreiben 1918: 26).

Wo der öffentliche (partei-)politische Diskurs derart von einer konzeptionellen Verdichtung wie *Freiheit* beherrscht ist, sind intellektuelle Kritiker und Kommentatoren zur Stelle.¹⁴⁸ Die zentrale und historisch-kulturell über einen langen Zeitraum thematisierte Menschheitsuniversalie lässt in der Umbruchzeit des frühen 20. Jahrhunderts – die, wie zu allen Umbruchzeiten spätestens seit 1789, Konjunktur hat (siehe die Revolution von 1848) –, die Idee der Freiheit zu einem entwerteten Placebo geraten. Diesen Prozess der Entwertung beschreibt zeitgenössisch Ferdinand Tönnies als ein Phänomen der politischen Agitation. *Freiheit* sei

das Schlagwort, worin die Lehre und Botschaft zusammengedrängt, zusammengefaßt wird, die Formel, worauf die Häupter sich einigen als ein geeignetes Mittel, ihre Meinungen, d.i. ihren Willen in die Menge zu tragen und ihm Anhänger zu werben.

¹⁴⁷ In seiner Ansprache zum Gedenken an Friedrich Ebert nimmt Stresemann noch einmal die Elemente der dritten Strophe auf und formuliert sie als die Namen für das politische Handeln Eberts: „Es war wohl nicht ohne persönliche symbolische Bedeutung, daß er das Lied des Dichters Hoffmann von Fallersleben zum Deutschen Liede machte. Denn in seinem Wirken verkörperte sich der Dreiklang der Schlußstrophe dieses Liedes: in seinem Eintreten und Wirken für Einigkeit und Recht und Freiheit.“ (Stresemann 1925: 253)

¹⁴⁸ Zwar lässt sich der intellektuelle Diskurs, wie Wolfgang Bialas zu Recht bemerkt, „in seinen zahlreichen Facetten nicht auf politisch eindeutige, gar parteipolitisch identifizierbare Reaktionen auf zeitgeschichtliche Problem- und Konfliktkonstellationen reduzieren.“ (Bialas 1996: 19) Andererseits gilt aber umgekehrt: Intellektuellenkommentare lassen sich zuordnen, und die sie formulieren, nehmen parteiisch-weltsichtgebunden Stellung.

Beispiel für eine solche kollektive politische Denkungsart ist das Potenzial des „Schlagwort[s] Freiheit in seinen Anwendungen auf Gewissen, auf Presse, auf Handel und Gewerbe“, dessen diskursiven Gebrauch – im Sinn von Verbrauch – Ferdinand Tönnies analysiert und als Unterscheidung zwischen *individueller Freiheit*¹⁴⁹ und Staats-, kollektiver, nationaler Freiheit präsentiert.¹⁵⁰

Allerdings: ‚Freiheit‘ als Konzeptelement wird nicht nur, wie eben beschrieben, semantisch offen repräsentiert, sondern auch hinsichtlich spezifischer Elemente des ethisch-politischen Freiheitskonzepts ideologisch positioniert. Es stehen einander grundsätzlich gegenüber die von Tönnies markierten Konzepte individueller und kollektiver Freiheit – und damit ideologische Gegensätze.

Der bürgerliche Grundwert: Individuelle Freiheit

Die bürgerliche Freiheitskonzeption steht in der Tradition des Liberalismus, dessen zentrale Freiheitsidee die der individuellen Freiheit ist.¹⁵¹ Konservative bzw. rechte Parteien sehen dieses bürgerliche Freiheitsmoment in der Situation der Revolution in Gefahr – anders gesagt: Das Konzept der bürgerlichen individuellen Freiheit erhält, bei aller Universalität, Ende 1918 eine an den historischen Moment angepasste Ausdeutung. Die rechte DNVP fordert *persönliche Freiheit*, der sie im Kontext ihres Wahlaufspruchs zur Nationalversammlung von Ende 1918 aktuellen Bezug verschafft: „Gegenüber den Gefahren und Nöten des Augenblicks verlangen wir: [...] Schutz der persönlichen und politischen Freiheit und des Privateigentums“ (DNVP 1918b: 4f.). Mit demselben Argumentationsmuster spielt die Zentrumspartei an die von der Linken vehement vorgetragenen, *Räterepublik* genannten Ambitionen einer Diktatur des Proletariats an, der sie die bürgerliche Freiheit als Gegensatz gegenüberstellt – und damit das Freiheitskonzept konservativ bindet:

Es gilt in dem Rahmen der christlichen Grundsätze und des gemeinen Rechts der bürgerlichen Freiheit Raum zu geben, die allein das Leben würdig zu gestalten vermag, indem sie jede Bevormundung und Willkür von seiten einer Bureaucratie, Klassen- oder Parteiherrschaft ausschließt. (Zentrum 1918b: 196)

Abgesehen von der Feststellung, dass solche Konzepte individueller Freiheit gleichsam aktualisiert und an den historischen Augenblick angepasst sind, können wir festhalten,

¹⁴⁹ „Da individuelle Freiheiten aller Art immer im Interesse des Zusammenlebens beschränkt worden sind und werden mußten, so ist es leicht, die Vergangenheit in das trübe Licht der Sklaverei zu setzen und die Vorstellung der Freiheit mit der Vorstellung des Fortschritts zu verknüpfen [...] Wie könnte man Freiheit und Fortschritt nicht lieben und loben?“ (Tönnies 1922: 64f.)

¹⁵⁰ „So wirkt denn auch die Hinweisung auf ein ‚freies Land‘, auf seine Macht und sein Gedeihen; auf ein fortschreitendes Land, das mit sich und seinen Zuständen, seinen Einrichtungen zufrieden ist und vor inneren Unruhen, Aufständen, Bürgerkriegen sicher.“ (Tönnies 1922: 64f.)

¹⁵¹ Der Liberalismus postuliert „die individualistische bürgerliche Freiheit der Moderne, d.h. die Freiheit jedes Menschen, sich ohne Einmischung von außen [...] selbst zu verwirklichen. Die natürliche Grenze dieser liberalen Freiheit besteht in der Achtung der Freiheit anderer, wobei dem allgemeinen Gesetzgeber die Aufgabe zukommt, diese Grenze im Sinn des Kant’schen Imperativs zu determinieren.“ (Nowak 2002: 22)

dass die Gültigkeit dieses Konzepts derart umfassend ist, dass es offensichtlich auch der extremen Linken nicht gelingt, seinen bürgerlichen Ursprung als Argument gegen eine solche Konzeption zu plausibilisieren. Die bekannte Sentenz Rosa Luxemburgs, dass „Freiheit immer Freiheit der Andersdenkenden ist“ (Luxemburg 1920: 359), die als durchaus in dieser bürgerlichen Konzeption stehend eingeordnet werden kann, mag außerdem als Hindernis der Linken gelten, diese Lesart zu entwerten.

Das älteste Konzeptelement individueller Freiheit ist das der Gewissensfreiheit – hier haben wir es also mit einer historisch gefestigten kulturellen Prägung zu tun, die auch von den Akteuren in der hoch politisierten und parteilich disparaten frühen Weimarer Zeit nicht in Frage gestellt wird.¹⁵² Das ursprüngliche Element dieses Freiheitsverständnisses der Gewissens- und Religionsfreiheit repräsentiert die DDP im parteiprogrammatischen Kontext mit der Kategorie *innere Freiheit* und paraphrasiert sie als höchsten Wert eines demokratischen *Kulturstaates*, um dem gesamten Konzept dann schließlich mit der Höchstwertformel *Sinn des Lebens* existenzielle Qualität zuzuschreiben:

Die Krönung des Kulturstaates aber bildet die Verwirklichung der inneren Freiheit in Fragen der Weltanschauung und der Religion. In der Erschaffung einer geistigen Welt erblicken wir Demokraten den höchsten Sinn des Lebens. (DDP 1919: 137f.)

Kein politisches Programm, außer dem der extremen Linken, kann auf die Forderung nach Gewissensfreiheit verzichten – was nach August 1919 keine wirkliche Forderung, sondern ein Bekenntnis ist, denn diese Freiheitsform war dann ja in der Verfassung kodifiziert.¹⁵³ Dass auch die NSDAP in ihrem 25-Punkte-Programm von 1920 „Freiheit aller

¹⁵² Religionsfreiheit formte sich „als eines der ersten Menschenrechte als Reaktion auf die Macht der katholischen Kirche in Europa und die damit verbundenen Religionskriege und staatlichen Religionszwänge“ (Nowak 2002: 15). So ist die Idee bereits im Augsburger Religionsfrieden von 1555 und im Westfälischen Frieden von 1648 enthalten. Das Konzept wird im parteipolitischen Diskurs der Weimarer Zeit in den Formulierungsvarianten *Freiheit der Kirche*, *Gewissensfreiheit* und *Freiheit der Religionsübung*, *Freiheit der Religionsgesellschaften*, *Wahrung voller Gewissensfreiheit* repräsentiert.

¹⁵³ Syntaktisch oftmals gereiht zählen zu den im Diskurs mit hoher Evidenz repräsentierten Freiheitsrechten außerdem Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit sowie die Freiheit von Wissenschaft und Kunst – allesamt Grundrechte, die überparteilich nicht disponibel und formelhaft manifestiert sind. „Die Regierung wird die Freiheit der Kirche gewährleisten und die nationale und religiöse Erziehung wiederherstellen“ (Kapp 1920: 113f.); „Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen“ (Reichsregierung 1919: 22); „Für volle Freiheit der Presse, Versammlungen und Koalitionen!“ (KPD 1920a: 260f.); „7. Grundrechte, welche allen Staatsbürgern ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses auf dem Boden des gemeinen Rechts und im Geist hochsinnig erfaßter Freiheit den ungehinderten Ausdruck ihrer Überzeugung in Wort und Schrift, sowie deren unbeschränkte Betätigung in Versammlungen, Vereinen und Genossenschaften aller Art gewährleisten. [...] 17. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Religionsgesellschaften, ihrer Vereinigungen und Genossenschaften. Verständnisvolles Zusammenarbeiten von Kirche und Staat; keine gewaltsame Änderung der staatlichen Rechtsverhältnisse unter Verletzung der Überzeugung und der berechtigten Ansprüche der kirchlich gesinnten Volkskreise. [...] 19. Freiheit der christlichen Liebestätigkeit und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen. 21. [...] Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft“ (Zentrum 1918b: 197f.); „Die Regierung wird

religiösen Bekenntnisse im Staat“ fordert, ist sowohl sach-, als auch konzeptgeschichtlich nur mit dem Zusatz relevant: „soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen“ (NSDAP 1920: 158). Die sachgeschichtliche Relevanz dieser Einschränkung resultiert zum einen aus dem Kontextelement *germanische Rasse*. Als Markierung der rassistischen Orientierung ist es eine Interpretationsanweisung, die es natürlich verbietet, die Formel *Freiheit aller religiösen Bekenntnisse* als Element eines Demokratiekonzepts zu deuten. Der in diesem Programm ebenso zur politischen Bedingung gemachte Antisemitismus erfordert zum andern die Lesart „Juden sind von der religiösen Freiheit ausgeschlossen“. Daraus wiederum leitet sich konzeptuell ab: Die die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse fordernde Formel bedeutet partiell das Gegenteil dessen, was sie ausdrückt.

Linke Entindividualisierung: Kollektive Freiheit

Die für perspektiven- und parteiabhängige Deutungen disponible Konzeption der kollektiven Freiheit verschafft agonale Freiräume. Als Konzepte kollektiver Freiheit stehen einander gegenüber politische und ökonomische Freiheit, verfestigt in den Formeln *deutsche Freiheit* und *wirtschaftliche Freiheit*.

Die politische Mitte und gemäßigte Linke versteht das Konzept vor allem mit dem genuin demokratischen Element der ‚Volksherrschaft‘, das die Beteiligten in der nicht-nationalistisch gedeuteten Formel *deutsche Freiheit* verdichten.¹⁵⁴ Mit dieser Konzeption

die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleisten. Die akademische Lehrfreiheit wird gesichert [...] Wir fordern gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche“ (Regierung Bayern 1918: 110); „Die Deutsche Volkspartei fordert [...] die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften unter Wahrung voller Gewissensfreiheit. [...] Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Erforscher und Lehrer muß gewährleistet bleiben, eine ausreichende wirtschaftliche Sicherstellung für alle Diener der Wissenschaft und soziale Fürsorge für die Studenten durchgeführt werden. [...] Die Freiheit der Presse ist zu gewährleisten, Schmutz in Wort und Bild aber zu unterdrücken und durch Pflege guter Kunst und Literatur zu verdrängen“ (DVP 1919: 130f.).

¹⁵⁴ Die nationale Idee einer *deutschen Freiheit* ist dagegen nicht als Grund- oder Menschenrecht, vielmehr als staatsrechtliche Kategorie interpretierbar. Die Kategorie bezeichnet – wiederum mit Ausnahme der international denkenden extremen Linken – quer durch das Spektrum der politischen Positionen eine nationale Leitidee, die nach 1918/19 natürlich in den historischen Kontext des verlorenen Krieges und der Bestimmungen des Versailler Vertrags zu stellen ist und von dieser realgeschichtlichen Sachlage her höchste Evidenz erhält – eine Perspektive, an der die radikale Linke nicht interessiert ist. So trägt die Satzung der NSDAP die Vorstellung nationaler Freiheit vor in der Zielformulierung „in gemeinsamer Arbeit unserem Volke die Vorbedingungen zur Erringung seiner politischen Freiheit, seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit [...] schaffen“ (NSDAP 1921: 31f.). Diese Forderung kollektiver Freiheit im nationalistisch-völkischen Sinn von ‚nationaler Freiheit‘ ist eine Revisions-Forderung und thematisiert als solche die aus der Kriegsniederlage folgenden Bestimmungen des Versailler Vertrags: Wenn der DNVP-Aufruf vom 24. November 1918 verspricht, „für ein starkes deutsches Volkstum“ einzutreten, „das seine Einigkeit, Freiheit und Selbständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen“ (DNVP 1918a: 203), dann bedeutet *Freiheit* hier Aufhebung jeglicher Restriktionen, die dem deutschen Staat durch den Versailler Vertrag und entsprechende Reparationsbestimmungen aufer-

verwendet etwa Friedrich Ebert vier Wochen nach der Revolution den Ausdruck in seiner Begrüßung heimkehrender Soldaten:

Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden! Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht.

Ebert entwickelt hier insofern ein klassisches Demokratiekonzept, als er das handelnde Volk herausstellt und das Ergebnis dieses Handelns – „sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht“ – als *deutsche Freiheit* beschreibt. Insofern die Demokratisierung erst begonnen hat, bezieht Ebert die Zurückgekehrten ein – als künftige Beteiligte („Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft“) und als Motiv bzw. Ziel der Revolution („für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen“). Ein Ausblick auf die konstitutionelle Festschreibung des Erreichten schließt sich an:

Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern, durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes.

Die Ansprache endet mit der Parole:

Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unseren Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare deutsche Republik zusammen-

legt sind. Diese im revisionistischen Kontext formulierte Freiheitsforderung ist kein der Rechten vorbehaltenes Diskurselement. Revisionistisch eingestellt war die politische Klasse mit Ausnahme der extremen Linken unterschiedslos: „In keiner Frage waren sich die zerstrittenen Parteien und politischen Lager so einig wie in der Verurteilung des Friedensvertrags.“ (Kolb 2005: 91) Die Ausdeutung der Bestimmungen des Versailler Vertrags als Unfreiheit schafft insofern eine überparteiliche Diskursgemeinschaft. So ist die Thematisierung nationaler Freiheit im Kontext mit verlorenem Krieg und im Versailler Vertrag festgelegter Auflagen auch in demokratiekonstituierenden Kontexten eine revisionistische Konstituente. Dass diese Bedingungen als Unfreiheit wahrgenommen und repräsentiert werden, belegt die Rede, die Reichskanzler Wirth nach der Ermordung Rathenaus gehalten hat: „ich war Zeuge bedeutsamer Unterhaltungen unseres ermordeten Freundes in Genua mit dem mächtigsten der alliierten Staatsmänner. Einen beredteren Anwalt [...] für die Freiheit des deutschen Volkes als Herrn Dr. Rathenau hätten Sie in ganz Deutschland nicht finden können!“ (Wirth 1922: 211) In derselben Rede stiftet Wirth einen Zusammenhang mit einem Politikstil, den er *geduldig* nennt (und mit dem er sich selbst identifiziert), und der „Freiheit für das Vaterland“: „In jeder Stunde ... Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: Wir sind an der Macht! – nein –, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! [...] In diesem Sinne müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!“ (Wirth 1922: 214) Im Kontext des die früheren 1920er Jahre bestimmenden politischen Mordes formuliert Reichskanzler Wirth drei politische Handlungsziele, nämlich zum einen „Demokratie, die geduldig sucht“, außerdem „für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit“ und „diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zerstören“. Alle drei Handlungsziele sind im Sinn eines semantisch kompatiblen Verhältnisses, einer Bedeutungsrelation aufeinander bezogen und stellen so einen komplexen Zusammenhang zwischen *Freiheit* und *Demokratie* her.

schließen in dem Ruf: Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, – sie leben hoch! (Ebert 1918b: 167f.)

Die (extreme) Linke beteiligt sich in diesem Diskurssegment ‚kollektive Freiheit‘ durch die sozialistische Freiheits-Konzeption, die bekanntlich prinzipiell das Wirtschaftssystem des Kapitalismus und Privateigentum als ein Hindernis von Freiheit konstituiert¹⁵⁵, bindet *Freiheit* insbesondere zum einen an Besitz, in Wendungen wie „durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt“¹⁵⁶, oder „Weg zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit“ bzw. „wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit aller“¹⁵⁷, oder „der Kommunismus ist die einzige Gesellschaftsordnung, die volle Freiheit [...] gewährleistet“.¹⁵⁸ Zum andern ist es die humanistische Kategorie *menschliche Freiheit*¹⁵⁹ oder *ganzes Menschentum*¹⁶⁰, die den Kontext

¹⁵⁵ „Grund und Boden, Fabriken, die großen Betriebe und Unternehmungen anderer Art. Nur wenn diese Mittel sich in gemeinsames Eigentum der Werktätigen verwandeln, die sie mit ihrer Armes- und Geisteskraft fruchtbar machen, [...] werden sie das Wohl, die Freiheit, die Bildung aller sichern.“ (Zetkin 1925: 164)

¹⁵⁶ „Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Friede, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.“ (VSPD 1922: 141)

¹⁵⁷ „Wir wenden uns an die kleinen Bauern, die mit Schweiß und Mühe ihr Land bebauen, die Landarbeiter, die in des Junkers Sielen fronen: Wir weisen ihnen den Weg zur wirtschaftlichen und politischen Freiheit. [...] Gegen die bürgerliche Demokratie! Für die deutsche Räterepublik! Für die Diktatur des Proletariats in Stadt und Land! Für die Macht der Arbeiterräte!“ (KPD 1920a: 260f.); „Volle politische Demokratie ist nur möglich bei wirtschaftlicher Freiheit und Gleichheit aller“ (Zetkin 1918b: 64) Die Formel und Forderung *wirtschaftliche Freiheit* ist keineswegs – darauf ist hinzuweisen – ausschließlich linke Programmatik: „Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. Hieraus allein wird eine Hebung der Produktion und der Staatsfinanzen erwachsen“ (Kapp 1920: 113f.). Allerdings ist der Referenzbereich ein anderer: Während sich der nationalistisch-völkische Kapp Grundbesitz und Freiheit verpflichtet, sind es natürlich gerade dessen Opponenten, die Nicht- oder Wenigprivilegierten, die den Referenzbereich der Formel *wirtschaftliche Freiheit* darstellen, wenn die politische Linke sie verwendet.

¹⁵⁸ „die wichtigste und weittragendste der frauenrechtlerischen Forderungen – die der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, insbesondere die der Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes – ist durchaus unzulänglich, den Frauen der Nichts- und Wenigbesitzenden in Wirklichkeit ganzes Recht und volle Freiheit sicherzustellen. Denn bei dem Fortbestand des Kapitalismus ist das Wahlrecht nur zur Verwirklichung der lediglich formalen politischen, bürgerlichen Demokratie da, es besagt keineswegs tatsächliche wirtschaftliche, proletarische Demokratie. [...] Der Kommunismus ist die einzige Gesellschaftsordnung, die [...] volle Freiheit und volles Recht für die Gesamtheit des weiblichen Geschlechtes gewährleistet“ (Zetkin 1920b: 263f.).

¹⁵⁹ „Nur durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, deren Grundlage das Privateigentum ist, und nur durch die Errichtung der kommunistischen Wirtschaft und Gesellschaft kann die Frau ebenso wie der Mann die volle menschliche Freiheit erlangen. Die Vereinigte Kommunistische Partei führt daher ihren Kampf, der die Befreiung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Ziel hat, notwendig auch für die Befreiung der proletarischen Frau“ (KPD 1920b: 397).

¹⁶⁰ „Die Staatsmacht wurde den Händen der sogenannten reinen Demokratie entwunden – einer Koalition von bürgerlich-liberalen, fortschrittlichen Parteien und den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären der Rechten – und ging an die revolutionäre Demokratie über, an die freigewählte Vertretung der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen. Und das zu dem großen Ziel, die tief erschütterte,

zu linken Freiheitsentwürfen bilden. *Freiheit* als Bezeichnung einer anthropologischen Universalie, einer Bedingung für Menschsein – wir denken an Schillers „der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt“ (Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen) – ist ein sozialistisches Ideal: „der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er frei ist“ lautet die Version.

4.3.2 *Gerechtigkeit* – Die Verdichtung des Sozialdiskurses

Gerechtigkeit ist nach Freiheit höchstes ethisches Prinzip, und wie für *Freiheit* lassen sich auch für *Gerechtigkeit* entsprechende Kollokationsmuster erkennen: Als viersilbiges Wort steht *Gerechtigkeit* selten auf der Erstposition (*Gerechtigkeit und Gesittung*), zu meist kommt es in Paarformeln vor (*Liebe und, Gesetz und, Freiheit und, Menschlichkeit und, Recht und Gerechtigkeit*), selten in einer dreigliedrigen Kollokation (*Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit; persönliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit, menschliche Würde*), der am häufigsten belegte Kollokationspartner ist *Freiheit*.

Als eine der Universalien der Menschheit, als eine der in der klassischen Antike beschriebenen Kardinaltugenden und in den Religionen der Kulturgeschichte dargestelltes moralisches Prinzip bezeichnet *Gerechtigkeit* zwar einen überzeitlich und überkulturell gültigen Wert, ist dennoch aber als den Umbruch von 1918ff markierende Kategorie herauszustellen. Anlässe, *Gerechtigkeit* zu thematisieren, gab es genug: Die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten erwarten sie – im Sinn von Wiedereingliederung; die Frauen reklamieren sie – als diejenigen, die in den Kriegsjahren in Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung hatten und nun nicht wieder in die frühere Rolle der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit zurückfallen wollen; das Deutsche Reich fordert sie – und man meint damit eine Schonung, die der Versailler Vertrag nicht vorgesehen hatte¹⁶¹; der Pan-europäer plädiert dafür – um die Idee der Europäisierung vor chauvinistischer Selbst-Gerechtigkeit zu schützen.¹⁶²

aus den Fugen getriebene Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands auf sozialistischer Grundlage neu aufzubauen und damit den breitesten arbeitenden Massen des russischen Volkes, den Arbeitern und armen Bauern, volle soziale Freiheit, ganzes Menschentum zu verbürgen“ (Zetkin 1918a: 43).

¹⁶¹ „Von den Staatsmännern der Entente wurde während des Krieges so oft in alle Welt posaunt, daß sie nur für Recht und Gerechtigkeit stritten, daß sie gegen den Kaiser und die Junker kämpften, nicht aber gegen das deutsche Volk. Der Versailler Friede aber richtet sich gegen das deutsche Volk! [...] Solche aller Gerechtigkeit hohnsprechenden Friedensbedingungen können keinen Dauerfrieden bringen. Sie züchten den Haß“ (SPD 1919: 77f.); „Die Verquickung des Völkerbundes mit dem Friedensinstrument ist das Musterbeispiel der versteckten Heuchelei, die diesem Friedensvertrag zugrunde liegt: unter dem Scheine der Gerechtigkeit der Wille, den gefürchteten und verhaßten Feind auf unabsehbare Zeit in Fesseln zu schlagen“ (Kahl 1919: 132); „Das deutsche Volk hat manchmal im Laufe seiner Geschichte auf Stimmen aus dem Ausland gehört, ja sogar solchen Stimmen Vertrauen geschenkt. Das Vertrauen ist leider oft schmachvoll betrogen worden. Trotzdem läßt das deutsche Volk die Hoffnung nicht sinken, daß in der Welt der Sinn für Recht und Gerechtigkeit auch für unser Volk nicht für immer erloschen ist. Lloyd George hat neulich erklärt, die Alliierten werden fair play gelten lassen gegenüber Deutschland“ (Wirth 1921: 358).

¹⁶² „Jeder hat in seinem eigenen Lande soviel Barbarei zu bekämpfen, daß er nicht das Recht hat, dem Nachbarn Vorwürfe zu machen, bevor er sich nicht selbst europäisiert hat: „Jeder kehre vor seiner

Die Thematisierung des in der Verfassung normierten Prinzips der Gerechtigkeit bezieht sich insbesondere auf ihre soziale Dimension und ist ein den politischen Diskurs der Weimarer Zeit zusammenhaltender Kohärenzeffekt, so dass der Pan-Europäer Coudenhove-Kalergi das Leitwort ausgibt: „Das politische Postulat der Gerechtigkeit ist Sozialismus“ (Coudenhove-Kalergi 1923a: 101). Ausgenommen von der Gerechtigkeits-Euphorie ist es einmal mehr die extreme Linke, die *Gerechtigkeit* als bürgerliches Ideal versteht und dementsprechend den Gebrauch problematisiert, ironisiert, verspottet – wobei es natürlich nicht um das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit geht, das das zentrale politische Ziel der radikalen Linken ist, das sie aber nicht mit der aus ihrer Sicht bürgerlichen Kategorie *Gerechtigkeit* konzipiert. Clara Zetkin gibt Beispiele für entsprechende linke Distanzmarkierungen: „Teilung der politischen Macht zwischen allen Schichten und Klassen des gesamten Volkes, wie harmlos und ideal, wie gerecht und demokratisch hört sich das an!“ (Zetkin 1918c: 58)¹⁶³ Wir können vielmehr pointiert formulieren: Das radikal-linke Gerechtigkeitskonzept ist nicht das des Ausgleichs, sondern das der Umkehr der sozialen Verhältnisse, statt Diktatur des bürgerlichen Kapitalismus Diktatur des proletarischen Sozialismus.

Die gemäßigte Linke und die politische Mitte dagegen thematisiert mit dem Leitwort *Gerechtigkeit* einen ihrer politischen Überzeugung genuin inhärenten Gegenstand. Es kommt einer semantischen Analyse gleich, wenn Friedrich Ebert bei seiner Antrittsrede als Reichspräsident „Abtragung der Vorrechte der Geburt“ und „allen den gleichen Ausgangspunkt geben“ mit „höchste menschliche Gerechtigkeit“ paraphrasiert und ‚soziale Gerechtigkeit‘ damit meint:

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Verringerung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiete der Politik restlos beseitigt. Und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen, im Rahmen des menschlich Möglichen, den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzuladen. Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt: das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen innewohnen (Ebert 1919b: 19f.).¹⁶⁴

eigenen Tür; dann wären alle Straßen rein!“ Nur wenn jedes Volk versucht, in Gerechtigkeit und Gesittung seinen Nachbarn voranzugehen, kann die Europäisierung rechts und links des Rheines Fortschritte machen“ (Coudenhove-Kalergi 1923b: 134).

¹⁶³ Weitere Beispiele sind: „Der französische Imperialismus seinerseits hat sich ebensowenig durch den ‚passiven Widerstand‘ wie durch das Schmierenpathos des deutschen Appells an die Gerechtigkeit und andere Tugenden ausgerechnet der kapitalistischen Regierungen der Welt aus dem Ruhrgebiet werfen lassen“ (Zetkin 1923: 647); „Wir grüßen sie in der festen Überzeugung, daß ihre Befreiung nicht sein wird das Werk der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und anderer schöner Dinge, zu denen die Bourgeoisie sich mit den Lippen bekennt, sondern einzig und allein die Tat der revolutionären proletarischen Massen, die mit unwiderstehlicher Wucht vorwärtsdrängen und deren Druck auf die Dauer kein Kerkertor zu widerstehen vermag“ (Zetkin 1922: 596).

¹⁶⁴ In seinem Leitartikel zum Tod Friedrich Eberts am 28. Februar 1925 verweist der ‚Vorwärts‘ auf diese Grundeinstellung des Verstorbenen: „Die Erkenntnis, daß die Monarchie als letzten einen kleinen Kaiser, die Republik als ersten einen großen Präsidenten gehabt hat, muß ihnen verschlossen bleiben, denn sie wollen zurück in die Vergangenheit. Uns aber, die wir vorwärts wollen in ein neues

Den intellektuellen Kommentar zur sozialdemokratischen Gerechtigkeitskonzeption gibt Ernst Troeltsch ab. Er weist die Kategorie unmittelbar dem Demokratiekonzept zu – „die Demokratie [hat] den Vorteil [...], den Gerechtigkeitsansprüchen der in Volksbildung, Militärdienst und Industriearbeit intellektuell geschulten und gehobenen Massen zu entsprechen“ (Troeltsch 1921: 232) – und seine Formel *Demokratie der Gerechtigkeit* macht einmal mehr deutlich, eine wie zentrale, das Demokratiekonzept entscheidend kodierende Instanz die der Gerechtigkeit ist.¹⁶⁵

Auch die Autoren des Aufrufs der zu gründenden DDP verpflichten sich auf den sozialen Gedanken der Gerechtigkeit¹⁶⁶ und in dem ein Jahr später formulierten Programm dieser Partei wird dann die Forderung *soziale Gerechtigkeit*, in einen reihenden Kontext gestellt mit den Grundelementen ihres Demokratie-Konzepts, *persönliche Freiheit* und *menschliche Würde*, an die *Wirtschaft* adressiert.¹⁶⁷ Das Programm erläutert dann im weiteren Verlauf diese „hohen demokratischen Grundsätze“, die in der Wirtschaft Denk- und Handlungsprinzip sein sollen: den der *persönlichen Freiheit* als Verhinderung von „Ausbeutung und Unterdrückung des Schwachen durch den Starken“, den der *Gerechtigkeit* als Ausgleich der „übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen und damit in allen Möglichkeiten des Lebens“, den der *menschlichen Würde* als Umwandlung des Betriebs von „einem Herrschafts- zum Gemeinschaftsverhältnis“, des Status „des Betriebsuntertans“ in den des „Betriebsbürgers“ (DDP 1919: 140).

Dass diese Konzeption der sozialen Gerechtigkeit in der ‚politischen Mitte‘ konsensuell und breit angelegt war, zeigt auch das Demokratie-Konzept des „Bundes christlicher Demokraten“, der in einem Aufruf von 1919 das Ziel formuliert: „Wir erstreben eine Politik, die im tiefsten und vollsten Sinne des Wortes demokratisch gerichtet ist“, und der das zentrale Gleichheits- und Gerechtigkeitselement dann im Zuge der Zielformulierung einführt: „die für immer jede einseitige Herrschaft eines Standes oder einer Klasse beseitigt“.¹⁶⁸ Die Zentrumsparlei formuliert als einen ihrer Leitsätze zur Wahl der

Deutschland staatsbürgerlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, ist diese Erkenntnis Trost, Erhebung, Stärkung für künftige Kämpfe. Sie zu verkünden, ist unser Amt“ (Vorwärts 1925: 251).

¹⁶⁵ „den vielen gefährlichen und wirren Ausdeutungen der ‚Diktatur des Proletariats‘ muß der wahre Sozialismus der Organisation und die wahre Demokratie der Gerechtigkeit gegen alle Klassen entgegengesetzt werden, und darum gilt es, die sozial gedachte und empfundene Demokratie aufzurichten als Heilmittel gegen die Klassenkämpfe von oben und von unten, als Heilung der Wunden, die die modernen Klassenkämpfe allen Völkern schlagen mußten“ (Troeltsch 1918: 308).

¹⁶⁶ „Die Gesinnungen, die uns bisher geleitet haben, bleiben in der Deutschen Demokratischen Partei in guter Hut. Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Tüchtigen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes der Schwächeren unter uns und die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern“ (Aufruf 1918: 177).

¹⁶⁷ „auch in der Wirtschaft steht das Ganze über seinen Teilen und das Volkswohl über begrenzten Gewalten und Interessen. Auch hier müssen die hohen demokratischen Grundsätze der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde sich durchsetzen.“ (DDP 1919: 138)

¹⁶⁸ „Wir erstreben eine Politik, die im tiefsten und vollsten Sinne des Wortes demokratisch gerichtet ist; die auf den Trümmern des alten Regierungssystems einen völligen Neubau aufrichtet, die nicht

Nationalversammlung: „Geordneter Aufbau der Volkswirtschaft im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Gemeinwohls auf Grundlage der produktiven Arbeit.“ (Zentrum 1918a: 177ff.)

Gerechtigkeitsethik ist natürlich keine liberale Erfindung – die christliche Moral konzipiert, von der jüdischen herkommend (hebr. *zedaka* ‚Gerechtigkeit‘), *Gerechtigkeit* auf der Grundlage der christlichen Soziallehre und macht dieses Konzept sowohl im politischen als auch im kirchlichen Kontext entsprechend geltend: Das Hirtenschreiben der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe mahnt anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Dezember 1918 den „Schritt ohne Leidenschaft, ohne Verletzung der Liebe und Gerechtigkeit, einzig mit dem Blick aufs Beste und Ganze“ (Hirtenschreiben 1918: 27) zu tun. Auf dem Katholikentag von 1922 politisiert Konrad Adenauer das christliche Gerechtigkeitskonzept, wenn er dazu aufruft, „alle Bestrebungen des Heiligen Stuhls [zu] unterstützen, die dahin gehen, daß die Beziehungen der Völker zueinander nach den christlichen Grundsätzen, nach Recht und Gerechtigkeit geordnet werden“ (Adenauer 1922: 386), und eine politische Dimension hat das Konzept auch in einem Sammelaufruf „führender Männer der evangelischen Kirche“ zur Reichspräsidentenwahl 1925, die die Verfassung würdigen, „die in schwerster Zeit als ein Ausdruck des ehrlichen Suchens unseres Volkes nach Gerechtigkeit und nach Beteiligung aller Volkskreise am Staate zustande kam“ (Sammelaufruf 1925: 774) zu wollen. Das Programm zur Gründung christlich-sozialer Gesinnungsgruppen führt als viertes von acht Prinzipien „Gerechtigkeit in Volk und Staat“ (Jäger 1924: 412). Und vom Deutschen Evangelischen Kirchentag 1924 geht der Anspruch aus:

Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß setzt die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist als alle Sachwerte. (Kirchentag 1924: 758)

4.3.3 *Gleichheit* und *Gleichberechtigung* – Gesellschaftlicher Statusausgleich

Der Entwurf ersetzt die übliche Verfassungsbestimmung, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, durch den Ausdruck, sie seien gleichberechtigt, und mit diesem Worte bringt er mehr, als es die seitherigen Verfassungen getan haben, das Ebenbürtigkeitsrecht aller deutschen Reichsangehörigen zur Geltung. Ich hoffe und verspreche mir davon, daß durch diese Anerkennung der Gleichheit und der Ebenbürtigkeit aller im Deutschen Reiche das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Bewußtsein auch unserer Arbeiterklasse in dieser Gemeinschaft mit tätig zu sein, sich erhöhen wird. (Spahn 1919: 379)

Diese Hoffnung des Zentrumsabgeordneten erfüllt sich natürlich nicht. Sein Beitrag allerdings dokumentiert die semantische Relation der Kategorien *Gleichberechtigung* und *Gleichheit*, die sich auch im Diskurs manifestiert.

Gleichheit ist, wie *Gerechtigkeit* und *Gleichberechtigung*, der Name für ein gesamtgesellschaftliches Ideal. So liegt es nahe, dass die Demokratiekonstituente *Gleichheit*

heimlich reaktionären Bestrebungen Raum gibt, die für immer jede einseitige Herrschaft eines Standes oder einer Klasse beseitigt, die dabei von sozialem Geist beseelt, die Kluft zwischen Reich und Arm zu mildern bestrebt ist, und den Auswüchsen des Kapitalismus – Wucherern und Kriegsgewinnlern – rücksichtslos begegnet.“ (Bund christlicher Demokraten 1919: 373)

in solchen diskursiven Kontexten legitimierende Funktion hat, deren Akteure aufgrund fehlender gesellschaftlicher Gleichheitsvorstellungen Ungleichheitserfahrungen machen. So ist der Verweis auf die *Gleichheit aller Menschen* z.B. im jüdischen Diskurs zu verstehen, dessen Geschichte ja von der beharrlichen Herausstellung des Fremden, also des Nichtgleichen, gekennzeichnet ist.¹⁶⁹ So ist auch die weibliche Selbstidentifizierung Marie Juchacz' als *Freie und Gleiche* zu verstehen, insofern auch die Geschichte der Frauen das stete Argument des Andersseins, also des Nichtgleichen, prägt.¹⁷⁰

Unabhängig davon, dass *Gleichheit* die Bezeichnung einer ethischen Universalie und damit als überparteiliches diskursives Phänomen zu beschreiben ist, und unabhängig davon, dass *Gleichheit* eine genuine Grundkonstituente eines allgemeinen Demokratiekonzepts bezeichnet¹⁷¹ – die zentrale Position, die das Freiheitskonzept tendenziell bei der politischen Mitte als absolutes demokratisch-ethisches Ideal innehat, besetzt bei der politischen Linken das Gleichheits-Konzept.¹⁷²

¹⁶⁹ „Das assimilatorische Judentum wird die in den letzten Jahrzehnten etwas verblaßten Ideen der Gleichheit aller Menschen und der völligen Unterschiedslosigkeit – bei noch so verschiedener Abstammung und Religion – wieder auffrischen und mit verstärkter Entschiedenheit vertreten. Und es wird versuchen, auf die demokratische Regierung Einfluß zu gewinnen.“ (Hantke 1918: 237)

¹⁷⁰ Dieses thematisiert Marie Juchacz gleichsam in ihrer ersten Rede vor der Nationalversammlung: „Meine Herren und Damen! (Heiterkeit). Es ist das erstmal, dass in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.“ (Juchacz 1919: 177) Bereits die Anrede markiert den Anspruch und wir können voraussetzen, dass die Rednerin gegen die Anredenorm verstößt (vgl. dazu Burkhardt 2003: 398–405).

¹⁷¹ Carl Schmitt trägt diese Idee in denunzierender Diktion vor: „In der Demokratie gibt es nur die Gleichheit der Gleichen und den Willen derer, die zu den Gleichen gehören.“ (Schmitt 1923: 21f.) Denunzierend, denn: die Gleichheits- und Gleichberechtigungsidee, die sich in der Maxime des parlamentarischen Diskussionsprinzips ausdrückt, gehöre „in die Gedankenwelt des Liberalismus [...] nicht zur Demokratie.“ (Schmitt 1923: 13) Anzuschließen ist hier die rassistische Polemik Hitlers, der jegliches demokratisch-menschenrechtliches Konzept in den antisemitischen Fokus rückt: „Von Zeit zu Zeit wird in illustrierten Blättern dem deutschen Spießler vor Augen geführt, daß da und dort zum erstenmal ein Neger Advokat, Lehrer, gar Pastor, ja Heldentenor oder dergleichen geworden ist. Während das blödselige Bürgertum eine solche Wunderdressur staunend zur Kenntnis nimmt, voll von Respekt für dieses fabelhafte Resultat heutiger Erziehungskunst, versteht der Jude sehr schlaue, daraus einen neuen Beweis für die Richtigkeit seiner den Völkern einzutrichternden Theorie von der Gleichheit der Menschen zu konstruieren.“ (Hitler 1925/26: 478f.)

¹⁷² Von Beginn der proletarischen Emanzipationsbewegung ist das sozial gedeutete Gleichheitskonzept zentral (vgl. GG II: 1033f.), das in der marxistischen Lehre dann ausdrücklich von dem als bürgerlich stigmatisierten rechtlich gedeuteten Gleichheitskonzept abgegrenzt wird: „Wir wissen jetzt, daß dies Reich der Vernunft weiter nichts war als das idealisierte Reich der Bourgeoisie; [...] daß diese Gleichheit hinauslief auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz.“ (Engels 1878: 17) Unabhängig davon verliert das ursprüngliche Ideal der Gleichheit in der Arbeiterbewegung an Wert: Der allgemeine Gleichheitsbegriff war „kein gesellschaftspolitischer Leitbegriff mehr“ (GG II: 1040) und bedurfte der Umdeutung. Diese erfuhr das Konzept zum einen in der Spezifizierung der wirtschaftlichen Gleichheit: „die Gleichheit soll [...] auch wirklich, auch auf dem gesellschaftlichen, ökonomischen Gebiet durchgeführt werden.“ (Engels 1878: 99) Zum andern hat natürlich die Utopie der klassenlosen Gesellschaft eine Gleichheitsvorstellung zur Voraussetzung.

Die „Gleichheitsforderung der liberalen Partei [war] seit je auf die Schichten von Besitz und Bildung beschränkt“ (Lenk/Neumann 1968: XXXVI), deren Interesse es zu vertreten galt. Insbesondere der moralisch-ethische Wert, den die bürgerliche Mitte Besitz und Eigentum zuschreibt, ist natürlich weder mit der Gleichheits-, noch mit der Gerechtigkeitsidee der Linken vereinbar. In diesem Sinn fordert die DDP etwa „die völlige Gleichheit aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen vor dem Gesetz und in der Verwaltung ohne Rücksicht auf Stand, Klasse oder Bekenntnis“ (DDP 1918: 1). *Gleichheit* ist rechtliche Gleichstellung, die der demokratische Rechtsstaat zu gewährleisten hat. Hugo Preuß stützt in diesem Sinn die Gleichheitsidee mit einer gesellschaftlichen auf Schichtenunterschiede bezogenen Deutung aus. Er führt in seine Konzeption ein mit der Gesamtheit und damit – aus der Perspektive der politischen Mitte – im politischen Sinn Gleichheit schaffenden Funktion der Nationalversammlung:

Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen.

Unter dieser Voraussetzung wertet Preuß dann die linke Idee der proletarischen Vorherrschaft als Faktor der Ungleichheit, der die nichtproletarischen *Volksgenossen* ausschließt, als demokratischen Prinzipien nicht entsprechend ab:

Gewiß muß eine moderne Demokratie vom Geiste eines kräftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein; aber ihre politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen Schicht durch die andere bilden.

Mit dem Ziel der „Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen“ ruft Preuß als Handlungsmodus den friedlichen Austrag der „im Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung [...] unausbleiblichen sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft“ aus, um schließlich mit seiner Schlussparole die Adressaten seiner Botschaft zu offenbaren, die nicht die proletarischen Arbeiter sind, sondern das Bürgertum, das mit dem zentralen Reizwort (nicht nur) der Weimarer Zeit – *Bolschewismus* – zu erreichen ist: „Die Stellung zu der konstituierenden Nationalversammlung des deutschen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolschewismus?“ (Preuß 1918: 75)

Die universale Gültigkeit der Gleichheitsidee dokumentiert Friedrich Ebert in seiner demokratiegeschichtlich so bedeutenden Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung. Weder die Textsorte, noch die Redesituation, noch sein politisches Amt erlauben dem Sozialdemokraten eine eindeutig parteiliche – in seinem Fall gemäßigt linke – Positionierung. Stattdessen bietet er in seinem berühmten Schlussgelöbnis, sich der Autorität Fichtes bedienend, die Allgemeingültigkeit des Gleichheitskonzepts an:

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren, sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: „Wir wollen errichten ein Reich des Rech-

tes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt'.
(Ebert 1919a: 17)¹⁷³

Diese gleichsam überpolitische Idee einer *allgemeinen Menschengleichheit* thematisiert Carl Schmitt als das Problem einer *modernen Massendemokratie*. Ein parlamentarischer Betrieb und parlamentarische Einrichtungen setzten „substanzielle[...] Gleichheit und Homogenität“ voraus – nicht aber, so können wir schließen, allgemeine Gleichheit.¹⁷⁴

Indes: Die wichtigste Funktion des demokratischen Gleichheitskonzepts ist der Statusausgleich – damit ist die Konzeption der sozialen Gleichheit benannt, die in der frühen Weimarer Zeit vorzugsweise die extreme politische Linke vertritt. Für sie ist die parlamentarische Gleichheitsidee indiskutabel als ein die Klassenunterschiede überdeckender, aber sie nicht aufhebender Schein:

Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariersmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist. (Luxemburg 1918: 99)

Mit dem hier von Rosa Luxemburg mit Aggressivität vorgetragenen Ziel der Aufhebung von Klassenunterschieden versteht die extreme Linke dagegen *Gleichheit* weniger im Sinn von ‚Abwesenheit von Statusunterschieden und Ungleichbehandlung, unterschiedslose Ausstattung mit politischen und wirtschaftlichen Rechten‘ als demokratisches Ideal, weniger also im Sinn von ‚Ausgleich‘ als vielmehr im Sinn von ‚Umkehr der Machtverhältnisse‘ – eine Lesart, die wir bereits für das Gerechtigkeits-Konzept beschrieben haben. Das Konzeptelement der *Diktatur des Proletariats*, das die Linke als *volle Demokratie* deutet, stellt etwa Clara Zetkin mit der Zuschreibung *Gleichheit* legitimierend in einen

¹⁷³ Bei Fichte finden wir die Formel *Menschenantlitz trägt* in seiner Vorlesung „Über die Bestimmung des Menschen“. Ausgearbeitet im Kontext der Vorstellung einer „gemeinschaftliche[n] Vervollkommenung“, einer „Vervollkommenung seiner [des Menschen] selbst durch die frei benutzte Einwirkung anderer auf uns: und Vervollkommenung anderer durch Rückwirkung auf sie, als auf freie Wesen“ versteht Fichte die erhabene Idee „dieses allgemeinen Einwirkens des ganzen Menschengeschlechtes auf sich selbst, dieses unaufhörlichen Lebens und Strebens, dieses eifrigen Wettstreites zu geben und zu nehmen“ als „das edelste, was dem Menschen zu Theil werden kann“. Die „gemeinsame Triebfeder“ dieser Vervollkommnungsprozesse sei „die Freiheit“, und mit der abschließenden Vorstellung, dass „jeder sagen [kann], du der du nur Menschenantlitz trägst, du bist doch ein Mitglied dieser grossen Gemeine“ rückt Fichte die Gleichheitsidee derart in diesen Kontext, dass sie allgemeinpolitisch und überparteilich zitierfähig ist (Fichte 1794: 301–312).

¹⁷⁴ „Eine populäre Vorstellung sieht heute den Parlamentarismus in der Mitte zwischen Bolschewismus und Faschismus von zwei Seiten bedroht. Das ist eine einfache, aber äußerliche Gruppierung. Die Schwierigkeiten des parlamentarischen Betriebes und der parlamentarischen Einrichtungen erwachsen in Wahrheit aus den Zuständen der modernen Massendemokratie. Diese führt zunächst zu einer Krisis der Demokratie selbst, weil mit der allgemeinen Menschengleichheit das Problem der zu einer Demokratie notwendigen substanziellen Gleichheit und Homogenität nicht gelöst werden kann. Sie führt ferner zu einer von der Krisis der Demokratie wohl zu unterscheidenden Krisis des Parlamentarismus. Beide Krisen sind heute gleichzeitig aufgetreten und verschärfen sich gegenseitig, sind aber begrifflich und tatsächlich verschieden.“ (Schmitt 1926: 21)

ethisch-normativen Kontext. Nachdem sie die *Diktatur des Proletariats* als den „Weg zur vollen Demokratie“ bestimmt, versieht sie ihre Begründung mit der Gleichheitsidee: „angesichts der kapitalistischen Klassenherrschaft“ sei die Diktatur des Proletariats

das unvermeidliche Mittel, durch die Überführung der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum die volle wirtschaftliche und soziale Gleichheit aller herbeizuführen und damit die Herrschaft von Menschen über Menschen abzulösen durch die gleichberechtigte Verwaltung des gesellschaftlichen Reichtums, durch eine Verwaltung, ausgeübt von Gleichen und Freien. (Zetkin 1918b: 68)

Dass die Quantifizierung *alle* nicht im absoluten Sinn zu verstehen ist sondern im Sinn von ‚alle, die den arbeitenden Massen angehören‘, legt natürlich das linke Gesellschaftsmodell nahe, das bekanntlich auf die abhängig (vor allem in der Industrie) arbeitenden Männer und Frauen gerichtet ist.¹⁷⁵ Wir können feststellen: In der Formel *volle wirtschaftliche und soziale Gleichheit aller* verdichtet sich das linke Gleichheitskonzept, das damit dem bürgerlichen rechtlichen und parlamentarischen Gleichheitskonzept gegenübersteht.

Hinsichtlich der Gebrauchssphäre des Wertes, der mit *Gleichberechtigung* bezeichnet wird, erkennen wir eine ähnliche Struktur wie in Bezug auf *Gleichheit*: Abgesehen davon, dass natürlich auch *Gleichberechtigung* eine ethische Universalie bezeichnet¹⁷⁶, verlangen die Deutschen sie im Sinn von Gleichbehandlung im Chor der Völker¹⁷⁷, Frauen fordern Gleichberechtigung im Sinn von Gleichstellung mit den Rechten der Männer, Juden streben nach Gleichberechtigung und meinen damit Emanzipation.¹⁷⁸

¹⁷⁵ In ihrer ersten Rede im Weimarer Parlament wiederholt sie dieses linke Gleichheits-Ideal: „Sie wissen so gut wie ich, daß formale Gleichheit auf dem Papier keine wirkliche Gleichheit ist, keine wirtschaftliche und soziale Gleichheit.“ (Zetkin 1920a: 205)

¹⁷⁶ „Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.“ (Ebert 1919b: 20) In diesem Sinn ist auch die Forderung des Bürgerrats vom 20. November 1918 zu verstehen: „Der Bürgerrat verlangt nachdrücklich: [...] die unbedingte Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen politischen und wirtschaftlichen staatlichen Maßnahmen“ (Bürgerrat 1918: 18).

¹⁷⁷ „Wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und Gleichberechtigung im Weltverkehr für alle Völker“ (Zentrum 1918a: 198) – und also auch für die Deutschen. Der DDP-Aufruf ist wohl auch in dieser Lesart zu verstehen: „Wähler und Wählerinnen! In Eure Hand ist Eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewaltherrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste, zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der stimme für die Deutsche Demokratische Partei!“ (DDP 1918: 3)

¹⁷⁸ „so müssen wir heute darauf hinweisen, daß für uns die Forderung der Gleichberechtigung gleichbedeutend ist mit der Forderung der Anerkennung unserer jüdischen Art. Gleichberechtigt sind wir erst dann, wenn wir als jüdische Volksgemeinschaft in Deutschland nach unseren Wünschen unser jüdisches Leben einrichten können und wir gleichzeitig vollen Anteil am Leben des deutschen Staates haben. Abgesehen davon, daß uns der deutsche Staat diese kollektive Gleichberechtigung nicht mehr versagen kann, nachdem offenbar geworden ist, daß das Glück und die Zukunft Deutschlands davon abhängt, ob es lernen wird, ohne Überheblichkeit Fremdartiges zu verstehen

Alle diese Gebrauchszusammenhänge sind Ausdeutungen bzw. Spezifizierungen eines (allgemeinen) Demokratiekonzepts.

Gleichberechtigung indes im Kontext einer gesellschaftspolitischen demokratiekonstituierenden Programmatik bezieht sich auf die im Diskurs profilierte Unterscheidung zwischen politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung.¹⁷⁹ In dieser Hinsicht können wir beim Gebrauch der Kategorie *Gleichberechtigung* einen Einstellungsunterschied bei der Linken beschreiben. Während sie die Kategorie *Gerechtigkeit* mit dem Prädikat ‚bürgerlich‘ versieht und insofern im Wesentlichen abwertend darauf Bezug nimmt, scheint die Kategorie *Gleichberechtigung* nicht mit diesem bürgerlichen Stigma versehen zu sein, weshalb etwa Clara Zetkin im März 1919 bekennen kann:

Es steht Demokratie gegen Demokratie. Hier die leere bürgerliche formale, politische Demokratie; dort die blutstrotzende, kampffrohe proletarische, sozialistische Demokratie, die die wirtschaftliche Befreiung und Gleichberechtigung der Arbeiter zur Voraussetzung hat. (Zetkin 1919a: 102)

Gleichberechtigung umfasst im linken Sprachgebrauch die beiden Aspekte *politisch* und *wirtschaftlich*, deren Summe erst *Gleichberechtigung* in ihrem Sinn schafft, die sie dann auch *volle Gleichberechtigung* nennt:

Das Proletariat muss die formale Demokratie zu überwinden suchen. Es kann sich nicht mit der politischen Gleichberechtigung begnügen, es muss die wirtschaftliche Gleichberechtigung, die Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln erstreben. (Müller 1921)¹⁸⁰

So stellt die Linke *kapitalistische Wirtschaft* und *politische Gleichberechtigung* als Gegensatz dar¹⁸¹, formuliert als Ziel die Diktatur des Proletariats mit der Perspektive: „die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller herbeizuführen“ (Zetkin 1919a: 103).

Wir hatten gesehen, dass das linke Gerechtigkeits- wie das linke Gleichheitskonzept als Austauschprinzip konzipiert wird, nicht als Prinzip des Ausgleichs, wie von der politi-

und mit dem Respekt zu würdigen, den es vor den Besonderheiten jeder schaffenden Gemeinschaft haben muß, müssen wir ohne jede Rücksicht auf das Reagieren der Öffentlichkeit unsere Forderungen erheben, da nur die Bewilligung dieser Forderungen wahre Gleichberechtigung bedeutet.“ (Blumenfeld 1918: 248)

¹⁷⁹ Letztere scheint immerhin derart einen Wert im allgemeinen Bewusstsein darzustellen, dass der Text der Kundgebung des Evangelischen Deutschen Kirchentags ein entsprechendes Bekenntnis formuliert: „Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgelohnt zu werden braucht, sondern gleichzuachtende Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und seelischen Bedürfnisse haben und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nicht unterbunden werden darf.“ (Kirchentag 1924: 759)

¹⁸⁰ Bei Clara Zetkin ist eine Variante mit *Gleichheit* belegt, die zeigt, dass die Kategorien z.T. auch austauschbar sind: „Die politische Gleichberechtigung, die politische Demokratie, bleibt eine formale, äußerliche und unvollkommene Sache, solange sie nicht die wirtschaftliche Gleichheit als Grundlage hat.“ (Zetkin 1918b: 63)

¹⁸¹ „unter der kapitalistischen Wirtschaft bleibt die politische Gleichberechtigung ein leerer Wahn. Kann man von Freiheit reden, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft dem Unternehmer verkaufen muss, wenn der Besitzende den Besitzlosen ausbeutet?“ (Müller 1921)

schen Mitte und gemäßigten Linken gedacht. In der Konzeption von *Gleichberechtigung* bestätigt sich diese Lesart: „Das Räteystem schließt die Besitzenden, die Ausbeuter von der politischen Gleichberechtigung aus.“ (Müller 1921)¹⁸²

Während für die extreme Linke (und die sozialistischen Nationalisten) *Gleichberechtigung* in keinen anderen denn in den politischen Kontext gehört, bezeichnet die konservativ-nationalistische Rechte mit *Gleichberechtigung* keinen unbedingten, politisches Handeln prinzipiell bestimmenden Wert. Dies zeigt z.B. eine Formulierung in den Grundsätzen der DVP vom Oktober 1919 (nachdem die Reichsverfassung also die politische Gleichberechtigung bereits institutionalisiert hat). Zwar ist *politische Gleichberechtigung* feste Formel, die darüber hinaus mit *voll* intensiviert und die als Forderung und damit als Handlungsziel repräsentiert wird – dies allerdings in dem argumentativen Muster der Konzession, mit der dann die eigentliche Aussage fokussiert wird und die heißt *freiwillige, vertrauensvolle Gefolgschaft*:

Sie [die DVP] fordert volle politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger; sie erblickt aber in der freiwilligen, vertrauensvollen Gefolgschaft, die das Volk seinen selbstgewählten Führern leistet, eine wesentliche Vorbedingung für Deutschlands Freiheit und Aufstieg. (DVP 1919: 127)

Diese Gegensatzbildung zwischen „volle politische Gleichberechtigung“ einerseits, „freiwillige, vertrauensvolle Gefolgschaft, die das Volk seinen selbstgewählten Führern leistet“ andererseits ist ein Dokument wenn nicht rechter Führerideologie, dann doch einer autoritären Weltsicht eher als das Bekenntnis zu dem ethischen demokratischen Wert.¹⁸³

5 Wissensrahmen ‚Demokratie‘ – Kontinuität und Umbruch

Die Frage, inwiefern die Kodierungen von Instanzen des Wissensrahmens ‚Demokratie‘, die im politischen Diskurs der frühen Weimarer Zeit aktualisiert werden, einen demokratiegeschichtlichen Umbruch markieren, ist nach folgenden Aspekten zu präzisieren:

- Welches sind gesellschaftlich geprägte und historisch entwickelte Wissenselemente, konkret also Elemente, die insbesondere seit dem 19. Jahrhundert den Bestand des

¹⁸² An das linke Gerechtigkeitskonzept ist auch das des sozialistischen Nationalisten anschlussfähig, der für die Gleichberechtigung des Handarbeiters votiert: „Ich bin Sozialist wie Ihr und erstrebe die Gleichberechtigung des Handarbeiters als Staatsbürger mit allen anderen schaffenden Ständen, sowie die Vernichtung des Faulenzer- und Drohnentums und die Abschaffung arbeits- und mühelosen Gewinnes.“ (Drexler 1919: 20)

¹⁸³ Dies bestätigt dann der Text der Grundsätze im weiteren Verlauf: „Die Deutsche Volkspartei sieht die Lösung der sozialen Frage nicht in äußeren Formen des Wirtschaftslebens, die mit erhöhtem Zwang nur seine Leistungsfähigkeit mindern, sondern in der innerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und der sittlichen Überwindung aller Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern.“ (DVP 1919: 132)

Wissensrahmens ‚Demokratie‘ ausmachen und die in der frühen Weimarer Zeit diskursiv reaktiviert werden?

- Welches sind ereignishaftige Wissensmodularitäten oder -varianten, konkret also Elemente, die 1918/19ff temporär den Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ beeinflussen ohne ihn dauerhaft zu verändern?
- Welches sind Elemente, die von der Ebene des Ereignisses auf die Ebene der Tradition, der Kontinuität gelangen, Elemente m.a.W., die seit 1918/19ff zum stabilen Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ zählen?

5.1 Bestätigung historisch geprägten Wissens

Bei den Aktualisierungen des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ handelt es sich um gesellschaftlich geprägte und historisch entwickelte Wissens Elemente, konkret also um Elemente, die insbesondere seit dem 19. Jahrhundert den Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ ausmachen und die in der frühen Weimarer Zeit diskursiv reaktiviert werden.

‚Demokratie‘ zur Bezeichnung der Staats- und Regierungsform verweist auf den ursprünglich rein institutionengeprägten Kontext als die von Monarchie, Aristokratie/Oligarchie oder Diktatur unterscheidbare Staatsform. Der Wissensrahmen ‚Demokratie‘ ist insofern mit seinen lexikalisch-semanticen Elementen als historisch entwickelte und kulturell geprägte Institution Demokratie kollektiv präsent und aktiviert. Insofern wird in Texten der frühen Weimarer Zeit zur Konstituierung der Institution eingeführtes und nicht erst im Zuge des politischen Umbruchs zu einer repräsentativen Demokratie erzeugtes Wissen repräsentiert.

Demokratisches Institutionenwissen ist ein im Zuge der politischen Zäsur von 1918/19 nicht erst zu entwickelndes und zu etablierendes Wissen. Die Verfassung von 1848 ist zwar nie in Kraft getreten, ihre Inhalte wurden aber zu großen Teilen in die Weimarer Verfassung von 1919 übernommen. So weist auch die Reichsverfassung von 1919 alle institutionellen Elemente einer parlamentarischen Demokratie auf, und der syntaktische Kontext dieser Elemente macht deutlich, dass es sich um eingeführte, nicht mehr zu erklärende Kategorien des politischen Diskurses handelt. Die Konzeption der Institution ‚Demokratie‘ markiert in der Frühphase der Weimarer Republik insofern keine sprachliche Zäsur, als die Institution konzeptionell elaboriert ist. Die bekannten die Institution konzipierenden Elemente sind z.T. bereits Konstituenten des ersten Demokratieversuchs von 1848, und sie stellen insgesamt Konstanten des Demokratiediskurses dar – über sämtliche Zäsuren hinweg: das Volk-als-Souverän-Prinzip, das Vertretungsprinzip, das Wahlprinzip, das Öffentlichkeitsprinzip, das Grundrechteprinzip sind institutionelle Basisinstanzen einer parlamentarischen Demokratie und mit Kodierungen wie (*Volks-*) *Vertretung, allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen, Parlament, Partei* in institutionell-ausdrucksseitiger Hinsicht als Konstanten der sprachlichen Demokra-

tiegeschichte historisch entwickelt und kulturell geprägt, kollektiv präsent und aktivierbar.

In Demokratiediskursen verleihen die Kodierungen der Grundwerte als demokratiegeschichtliche Universalien dem Konzept ‚Demokratie‘ eine ethische Dimension. Sie haben legitimatorische Funktion. In dieser ethischen Dimensionierung liegen die historischen Ursprünge der konzeptionellen Demokratiegeschichte. Die frühen demokratiekonstituierenden philosophischen Konzepte (Rousseau, Kant) sind Konzepte der Ethik, und demokratiegeschichtliche Diskurse sind seit der Französischen Revolution von ethische Werthaltungen bezeichnenden Elementen wie *Freiheit, Recht, Gleichheit, Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Würde des Menschen* usw. durchzogen. Seit der Französischen Revolution werden politische Programme mit Kategorien der Ethik und Moral ausgestattet, und die mit *liberté, égalité, fraternité* bezeichneten Leitideen konstituieren das zentrale politische Konzept erstmals in der Verfassung von 1848 – die allerdings nie den Status der Gültigkeit erhielt.

5.2 Temporalität von Wissenselementen

Der Diskurs ist geprägt von ereignishaften Wissensmodularitäten oder -varianten, konkret also von Kodierungen, die 1918/19ff temporär den Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ beeinflussen, dann aber auch rasch wieder bedeutungslos werden. Mit der Französischen Revolution und der Ausdifferenzierung und Intensivierung der am politischen Diskurs Partizipierenden sowie mit der Entstehung des Parteienstaats setzt die Ideologisierung ein. Allerdings erfordert die parlamentarische Demokratie eine neue kommunikative Praxis des Kampfs der Parteien um Macht, und die parteispezifische Ausdeutung gesellschaftspolitischer Leitvokabeln ist das zentrale Umbruchphänomen der ideologischen Dimension der parlamentarischen Demokratie, die temporär den Weimarer Diskurs prägt.

Zwar ist bekenntnisgebundenes ideologisches Reden ein Merkmal politischen Redens überhaupt und daher an sich kein Umbruchphänomen. Bekenntnisgebundenes Reden ist jedoch von auffallend hoher Evidenz, wenn Demokratie, wie 1918/19, noch nicht politische Routine ist. Um 1919 ist das Demokratiekonzept alles andere als gefestigt, und der Instabilität des Konzepts entspricht die Instabilität der Gesellschaft und Politik, deren politische Extreme ja bekanntlich auch den politischen Mord noch nicht vollkommen tabuisiert haben.¹⁸⁴ Instabilität manifestiert sich auch darin, dass in hohem Maß antidemokratische hoch ideologisierte Diskurse Hoheit beanspruchen.

In Umbruchdiskursen, deren Spezifik hier in Bezug auf den politischen Diskurs der frühen Weimarer Zeit zu beschreiben ist, erhält die ideologiegebundene Rede insofern eine höhere Relevanz, als nicht nur eventuelle Machtpositionen umzubesetzen, sondern

¹⁸⁴ Insofern ist auch das Kriminalisierungsvokabular – darauf sind wir bei der Analyse nicht eingegangen – Teil der diskursiven demokratischen Wirklichkeit und zum Vokabular der „Schule der Demokratie“ zählen *Terror, Mord* und *Mörderbande, Gewalt* und *Verbrecher*.

überhaupt erst zu schaffen und damit ganz neu zu konzipieren sind. Dass diese Konstellation der Neuetaблиerung – in unserem Fall der Demokratie – ideologiegebundenes Sprechen in hohem Maß evoziert, ist offensichtlich. Die ideologisch gebundenen temporären Modifikationen des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ in der frühen Weimarer Zeit¹⁸⁵ hat zur Folge, dass der Wissensrahmen hinsichtlich seiner Bestandselemente vorübergehend erweitert oder reduziert wird. Diese Erweiterung bzw. Reduktion hat bei der staatstragenden liberalen Mitte oder der gemäßigten Linken die Funktion, den Wissensrahmen zu stabilisieren, was lexikalisch kodiert wird mit Alternativlosigkeit ausdrückenden Zuschreibungen wie *unabdingbar*, *unaufhaltsam*, *keine andere/bessere Organisationsform*, *Unentbehrlichkeit*.

Bei der extremen Linken wie bei der extremen Rechten hat Ideologisierung dagegen die Funktion der Destabilisierung oder Zerstörung und entspricht deren antidemokratischer Haltung. Die (extreme) politische Linke versucht den Wissensrahmen zu verändern, indem sie *Demokratie* einerseits mit Zuschreibungen wie *formal*, *bürgerlich*, *leer* etc. und *Betrug*, *verlogen*, *Schwindel* delegitimiert, andererseits mit Prädikationen wie *sozialistisch*, *wahr*, *voll* etc. qualifiziert und als Ausdrucksalternative *Diktatur des Proletariats*, *Proletarierdiktatur*, *Klassenherrschaft des Proletariats*, *Räteordnung/-modell/-system*, *Kommunismus*, *Sozialismus* verwendet.

Die politische Rechte greift in den Wissensrahmen ein, indem sie *Demokratie* mit antisemitisch-rassistischen Zuschreibungen wie *jüdisch*, *liberal*, *westlich*, *undeutsch* zu delegitimieren versucht.

5.3 Traditionsbildung demokratischer Instanzen

Als Kontinuität schaffende Umbruchphänomene sind diejenigen Instanzen zu beschreiben, die als sprachliche Innovation von der Ebene des Ereignisses auf die Ebene der Tradition, der Kontinuität gelangen, um Elemente m.a.W., die seit 1918/19ff zum stabilen Bestand des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ zählen.

Seit 1919, seit das Parlament der Weimarer Republik die konstitutionelle Monarchie abgelöst hat, hat das Konzept ‚Demokratie‘ insofern sozusagen einen institutionellen Schub erfahren, als die sprachlichen Repräsentationen seither zum festen Inventar der demokratischen Rede zählen: die Bezeichnungen demokratischen Handelns, das Organisationsvokabular des demokratischen Parlamentarismus, das Lexikon der repräsentativen Demokratie.

- *Wahl* und *wählen* sind 1919 natürlich keine Bezeichnungen politischer Innovationen. Bei aller demokratiekonzeptionellen Nähe insbesondere zur Paulskirchenverfassung offenbart indes ein Vergleich den demokratiegeschichtlichen Schub, der mit der

¹⁸⁵ Natürlich müssen wir uns bewusst sein, dass bereits die Institution an sich, ihre Einführung, die Verhinderung ihrer Einführung, und ihre institutionelle Konzipierung Gegenstand der politischen Kontroverse und diese Kontroverse weltanschaulich („ideologisch“) gebunden repräsentiert wird.

- Weimarer Verfassung manifest wird und der den Status der Wahlen betrifft. Innovation des Wissensbestands ist die Wahl und Wählbarkeit von Frauen. Die seit Mitte des 19. Jahrhunderts bekannte Formel *allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen* erfährt insofern eine Bedeutungserweiterung, als der Referenzbereich nunmehr dem Ausdruck entspricht. Ein weiterer Beitrag zur Demokratisierung der deutschen Sprache ist, als sprachliche Repräsentierung dieser Neuerung, das Vorkommen von *Frau* als Bezeichnungs- und Kommunikationselement politisch Handelnder im Diskurs und die Einführung movierter Formen (*Schriefführerin, Politikerin, Parlamentarierin*). Das institutionalisierte Wahlrecht der Weimarer Verfassung ist daher insofern als Zäsurindikator des politischen Diskurses der frühen Weimarer Zeit auszuweisen, als die Standardwerte *allgemein, gleich, unmittelbar und geheim* sowie *Männer und Frauen*, ebenso wie die seither gebräuchlichen movierten Formen konzeptionelle Umbruchindikatoren der Institution ‚Demokratie‘ sind.¹⁸⁶
- Wir haben exemplarisch Konzeptionen des berufsbezogenen Vertretungsmodells analysiert, dessen Grundideen in dem Rätemodell der extremen Linken formuliert, und dann in der Verfassung des liberalen Weimarer Rechtsstaats repräsentiert ist. Dieses Konzept, lexikalisch kodiert mit *Betriebsrat*, ist insofern von der Ebene des Ereignisses in der frühen Weimarer Zeit auf die Ebene des Kontinuums gelangt, als es seither (z.B. als Element des Bonner Grundgesetzes) sprachliche Routine ist.

Insofern die „normative Entwicklung der Menschenrechte [...] im Rahmen nationaler Verfassungen stattgefunden“ hat und „Menschenrechte im rechtlichen Sinn [...] erst seit der Herausbildung von Verfassungen“ (Nowak 2002: 27) überhaupt existieren, können wir in ethischer Hinsicht für die Weimarer Verfassung festhalten: Nachdem die Menschenrechte in der Paulskirchenverfassung erstmals konstitutionalisiert und diese Konstitutionalisierung mit den Verfassungen von 1867 und 1871 gleichsam wieder rückgängig gemacht wurde, ist die (Wieder-)Einführung der Grundrechte 1919 der zweite Versuch, den die Grund- und Menschenrechte repräsentierenden sprachlichen ethisch gebundenen

¹⁸⁶ Dass diese Bestimmungen einen Umbruch markieren, zeigt die Geschichte des Frauenwahlrechts, die spätestens mit Olympe de Gouges berühmter ‚Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin‘ von 1791, die nicht nur eine Transponierung der ‚Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte‘ von 1789 in die weibliche Perspektive sondern ein echtes Gleichstellungsdokument darstellt. Diese Geschichte setzt sich im 19. Jahrhundert fort, indem nach und nach in Amerika, Neuseeland und Europa das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, und zwar unumkehrbar. So legt auch Artikel 38 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes fest: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“ Allerdings: Das Grundgesetz der Bundesrepublik verzichtet auf die Sichtbarmachung beider Geschlechter. Absatz 2 von Artikel 38 lautet: „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.“ Die Sichtbarmachung der Geschlechter haben die Autorinnen und Autoren offenbar für überflüssig gehalten, wohl weil die Stellung der Geschlechter bereits in den Grundrechten geregelt ist. Artikel 2 lautet bekanntlich: „(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes [usw.] benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Einheiten als Konstituenten des Wissensrahmens ‚Demokratie‘ den Status obligatorischer Standardwerte zu verleihen.

Unter dieser Voraussetzung ist der Transfer ethischer Wissens Elemente in den institutionellen Status als Umbruchphänomen zu beschreiben. Die Grenze zwischen ethischem und institutionellem Wissen wird im Text der Weimarer Reichsverfassung aufgehoben insofern, als mit der Normierungsfunktion die ethischen zu institutionellen Elementen des Wissensrahmens werden.¹⁸⁷ Da ein Verfassungstext das Resultat eines agonalen, im Kontext der Politik eines in hohem Maß ideologisch geführten Diskurses ist, da er also ein Einigungsprodukt darstellt, hat er normsetzende Kraft. Diese Funktion institutionalisiert auch die ethische Dimension der Konzeptelemente und ist für den Weimarer Diskurs umbruchsignifikant.

6 Fazit

Wir können also festhalten: Die ‚Demokratisierung der deutschen Sprache in der Weimarer Republik‘ ist hinsichtlich der sprachlichen Konzeption der Institution und des dieser Institution kommunikativ und interaktionell entsprechenden (Sprach-)Handelns ein Phänomen sowohl der Kontinuität als auch des Umbruchs.

Fünzig Jahre vor der ersten Demokratisierungsphase des deutschen Reichs 1918/19 wird das Konzept ‚Demokratie‘ in den drei Dimensionen, Institution, Ethik und Ideologie repräsentiert. Demokratisches Wissen, in den Kodierungen der Wissensarten institutionelles, ethisches und ideologisches Wissen, ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts im parteiprogrammatischen Kontext sowie auf der Ebene der Verfassungstexte vorhanden. Es ist ein im Zuge der politischen Zäsur von 1918/19 nicht nur nicht erst zu entwickelndes und zu etablierendes Wissen, sondern ein solches, auf dessen Kodierungen man im Kontext politischen Handelns und Redens zugreift.

Die stabilen historisch entwickelten Wissensbestände werden in der frühen Weimarer Zeit um die Hinzufügung neuer und/oder die Vernichtung alter Kodierungen von Wissens Elementen institutionell und in ethischer Hinsicht erweitert und verstetigt und ideologisch temporär verändert.

¹⁸⁷ Vgl. auch Haß-Zumkehr (1998: 239).

7 Literatur

7.1 Forschungsliteratur

Linguistik

- Burkhardt, Armin (2003): *Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation*. Tübingen: Niemeyer.
- Busse, Dietrich (1987): *Historische Semantik. Analyse eines Programms*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busse, Dietrich (2004): „Architekturen des Wissens. Zum Verhältnis von Semantik und Epistemologie“. In: Ernst Müller (Hg.): *Begriffsgeschichte im Umbruch?* Hamburg: Felix Meiner, 43–57.
- Campe, Joachim Heinrich (1813): *Wörterbuch zur Erklärung und Verdeutschung der unserer Sprache aufgedrungenen fremden Ausdrücke. Ein Ergänzungsband zu Adelungs Wörterbuche*. ND Hildesheim: Olms 1970.
- Clason, Synnöve (1970): *Schlagworte der ‚Konservativen Revolution‘. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933*. Stockholm: Schriften des deutschen Instituts Universität Stockholm.
- Dasypodius, Petrus (1536): *Dictionarium latinogermanicum*. Straßburg. ND Hildesheim, New York: Olms. 1974.
- DFWB: *Deutsches Fremdwörterbuch*. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler. 2. Auflage, völlig Neubearbeitet im Institut für Deutsche Sprache. Berlin/New York: de Gruyter, 1995ff.
- Dieckmann, Walther (1972): „Sprache und Ideologie“. In: ders.: *Politische Sprache. Politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe*. Heidelberg 1981: C. Winter, 43–56.
- Dijk, Teun A. van (2009): *Discourse and Context. A Sociocognitive Approach*. Cambridge: Cambridge University Press.
- DWB: *Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm*. Leipzig: Hirzel 1854ff.
- Felder, Ekkehard (2008): „Sprachliche Formationen des Wissens. Sachverhaltskonstitution zwischen Fachwelten, Textwelten und Varietäten“. In: Ekkehard Felder/Marcus Müller (Hgg.): *Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerks „Sprache und Wissen“*. Berlin, New York: de Gruyter, 21–77.
- Girnth, Heiko (2002): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. Tübingen: Niemeyer.
- Grünert, Horst (1974): *Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der ‚Paulskirche‘*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Haß-Zumkehr, Ulrike (1998): „Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption“. In: Heidrun Kämper/Hartmut Schmidt (Hgg.): *Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte*. Berlin/New York, 225–249.
- Hoffmann, Ludger (2010): „Wissensgenerierung: der Fall der Strafverhandlung“. In: Ulrich Dausend-schön-Gay/Christine Domke/Sören Olhus (Hgg.): *Wissen in (Inter-)Aktion. Verfahren der Wissensgenerierung in unterschiedlichen Praxisfeldern*. Berlin/New York: de Gruyter, 249–279.
- Kämper, Heidrun (2008): „Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte – Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung“. In: Heidrun Kämper/Ludwig M. Eichinger (Hgg.): *Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*. Berlin/New York: de Gruyter, 198–224.
- Kämper, Heidrun (2011): „Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche. Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Sprachgeschichte“. In: Bettina Bock/Ulla Fix/Steffen Pappert (Hgg.): *Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche*. Berlin: Frank und Timme, 31–50.
- Klein, Josef (1989) (Hg.): *Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Klein, Josef (2000): „Textsorten im Bereich politischer Institutionen“. In: Brinker, Klaus u.a. (Hgg.): *Text- und Gesprächslinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*. Berlin/New York: de Gruyter, 732–755.
- Ladendorf, Otto (1906): *Historisches Schlagwörterbuch*. Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Straßburg 1906. Hildesheim: Olms 1968.
- Lakoff, George/Johnson, Mark (1980): *Metaphors we live by*. Chicago: University of Chicago Press.
- Lobenstein-Reichmann, Anja (2002): „Liberalismus – Demokratie – Konservatismus. Moeller van den Bruck, das Begriffssystem eines Konservativen zu Beginn der Weimarer Republik“. In: Angelika Linke/Dieter Cherubim/Karlheinz Jakob (Hgg.): *Neue deutsche Sprachgeschichte. Mentalitäts-, kultur- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Paul, Hermann (2002): *Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschatzes*. 10. überarbeitete und erweiterte Auflage von Helmut Henne, Heidrun Kämper und Georg Objartel. Tübingen: Niemeyer.
- Polenz, Peter von (1980): „Möglichkeiten satzsemantischer Textanalyse“. In: *Zeitschrift für Germanistische Linguistik* 8, 133–153.
- Schwarz, Monika (2008): *Einführung in die Kognitive Linguistik*. 3. Auflage. Tübingen/Basel: A. Francke.
- Warnke, Ingo H. (2008): „Die sprachliche Konstituierung von geteiltem Wissen in Diskursen“. In: Ekkehard Felder/Marcus Müller (Hgg.): *Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes ‚Sprache und Wissen‘*. Berlin, New York: de Gruyter, 113–140.
- Zedler, Johann Heinrich (1732–1754): *Grosses vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste*. Nachdruck der Ausgabe Halle 1732ff. Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt.

Geschichte und sonstige

- Alexy, Robert (1995): *Theorie der Grundrechte*. 2. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bavaj, Riccardo (2005): *Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik*. Bonn: Dietz.
- Berger, Peter L./Thomas Luckmann (1965/1999): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. 16. Auflage. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch 1999.
- Beyme, Klaus von (2009): *Geschichte der politischen Theorien in Deutschland 1300 – 2000*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bialas, Wolfgang (1996): „Intellektuellengeschichtliche Facetten der Weimarer Republik“. In: Wolfgang Bialas/Georg G. Iggers (Hgg.): *Intellektuelle in der Weimarer Republik*. Frankfurt/M. u.a.: Lang. 13–30.
- Bollmeyer, Heiko (2007): *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*. Frankfurt/M.: Campus.
- Bussche, Raimund von dem (1998): *Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen*. Heidelberg: Winter.
- Dann, Otto (1996): *Nation und Nationalismus in Deutschland. 1770–1990*. Dritte, überarb. und erw. Aufl. München: Beck.
- Engels, Friedrich (1845/46): „Das Fest der Nationen in London“. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke. Band 2*. Berlin: Dietz 1972, 610–624.
- Engels, Friedrich (1878): „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Werke. Band 20*. Berlin: Dietz 1962, 1–303.
- Fichte, Johann Gottlieb (1794): „Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten. 2. Vorlesung: Über die Bestimmung des Menschen in der Gesellschaft“. In: *Johann Gottlieb Fichtes sämtliche Werke. Band 6*. Berlin 1845/1846, 301–312.
- Föllmer, Moritz/Rüdiger Graf (2005): *Die Krise der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*. Frankfurt/M.: Campus.

- Funke, Manfred u.a. (1987) (Hgg.): *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*. Düsseldorf: Droste.
- Gangl, Manfred (1994): „Mythos der Gewalt und Gewalt des Mythos. George Sorels Einfluß auf rechte und linke Intellektuelle der Weimarer Republik“. In: Gangl/Raulet (1994) (Hgg.), 171–195.
- Gangl, Manfred/Raulet, Gérard (1994) (Hgg.): *Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- GG: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck. 8 Bände. Stuttgart: Klett-Cotta 1972–1997.
- Goelbel, Denis (1994): „Revolution“, Sozialismus und Demokratie: Bedeutungswandel dreier Grundbegriffe am Beispiel von Moeller van den Bruck“. In: Gangl/Raulet (Hgg.), 37–51.
- Görtemaker, Manfred (2005): *Thomas Mann und die Politik*. Frankfurt/M.: S. Fischer.
- Gusy, Christoph (1997): *Die Weimarer Reichsverfassung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Gusy, Christoph (2000) (Hg.): *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*. Baden-Baden: Nomos 2000.
- Gusy, Christoph (2000a): „Einleitung: Demokratisches Denken in der Weimarer Republik – Entstehungsbedingungen und Vorfragen“. In: Gusy (2000) (Hg.), 11–36.
- Gusy, Christoph (2000b): „Fragen an das demokratische Denken in der Weimarer Republik“. In: Gusy (2000) (Hg.), 635–663.
- Harpprecht, Klaus (1996): *Thomas Mann. Eine Biographie. Band I*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hense, Thomas (2002): Konrad Beyerle. Sein Wirken für Wissenschaft und Politik in Kaiserreich und Weimarer Republik. Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang.
- Honneth, Axel (2011): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jeismann, Michael (2003): „Die Nationalhymne“. In: Etienne François/Hagen Schulze (2003) (Hgg.): *Deutsche Erinnerungsorte III*. München: C. H. Beck, 660–664.
- Kant, Immanuel (1786): „Muthmaßlicher Anfang der Menschengeschichte“. In: *Kant's gesammelte Schriften Band VIII*. Herausgegeben von der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Reimer 1911, 107–123.
- Kant, Immanuel (1793): „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“. In: *Kant's gesammelte Schriften Band VIII*. Herausgegeben von der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Reimer 1911, 273–313.
- Kant, Immanuel (1795): „Zum ewigen Frieden“. In: *Kant's gesammelte Schriften Band VIII*. Herausgegeben von der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin: Reimer 1911, 341–386.
- Keller, Reiner (2001): „Wissensoziologische Diskursanalyse“. In: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (2001) (Hgg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Band 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske & Budrich, 113–145.
- Kolb, Eberhard (2005): *Der Frieden von Versailles*. München: Beck.
- Kuhne, Jörg Detlef (2000): „Demokratisches Denken in der Weimarer Verfassungsdiskussion – Hugo Preuß und die Nationalversammlung“. In: Gusy (2000) (Hg.), 115–133.
- Lenk, Kurt/Franz Neumann (1968): *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*. Neuwied: Luchterhand.
- Mann, Thomas (1950): „Meine Zeit“. In: *Thomas Mann: Essays 1945–1955*. Frankfurt/M.: Fischer 1997, 160–182.
- Mehring, Reinhard (2000): „Thomas Manns Bekenntnis zur Demokratie. Skizze einer philosophischen Gesamtbetrachtung“. In: Gusy (2000) (Hg.), 134–154.
- Mergel, Thomas (2005a): *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*. Düsseldorf: Droste (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 135)

- Mergel, Thomas (2005b): „Führer, Volksgemeinschaft und Maschine. Politische Erwartungsstrukturen in der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus 1918–1936“. In: Wolfgang Hardtwig (2005) (Hg.): *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 91–127.
- Moeller, Horst (1987): „Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des ‚besonderen‘ Weges zum parlamentarischen Regierungssystem“. In: Funke u.a. (1987) (Hgg.), 140–157.
- Mommsen, Wolfgang J. (2004): *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Neuss, Beate (2003): „Demokrat – Europäer – Weltbürger“. In: Michael Braun/Birgit Lermen (2003) (Hg.): *Man erzählt Geschichten, formt die Wahrheit. Thomas Mann. Deutscher – Europäer – Weltbürger*. Frankfurt, 81–102.
- Nipperdey, Thomas (1995): *Deutsche Geschichte 1866–1918. Band II: Machtstaat vor der Demokratie*. 3. durchges. Aufl. München: Beck.
- Nowak, Manfred (2002): *Einführung in das internationale Menschenrechtssystem*. Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.
- Pauly, Walter (2004): *Grundrechtslaboratorium Weimar. Zur Entstehung des zweiten Hauptteils der Reichsverfassung vom 14. August 1919 unter Mitarbeit von Olaf Hünemörder*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Peukert, Detlev J. K. (1987): *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Raithel, Thomas (2005): „Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus“. In: Föllmer/Graf (2005) (Hgg.), 243–266.
- Rosenberg, Arthur (1928/1988): *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*. Hg. und eingel. von Kurt Kersten. Frankfurt/M.: Athenäum.
- Solso, Robert (2005): *Kognitive Psychologie*. Heidelberg: Springer.
- Sontheimer, Kurt (1975): „Thomas Mann als politischer Schriftsteller“. In: Helmut Koopmann (1975) (Hg.): *Thomas Mann*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 165–226.
- Sontheimer, Kurt (1978): *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Sontheimer, Kurt (1987): „Der ‚deutsche Geist‘ als Ideologie. Ein Beitrag zur Theorie vom deutschen Sonderbewußtsein“. In: Manfred Funke u.a. (1987) (Hgg.): *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*. Düsseldorf: Droste, 35–45.
- Wirsching, Andreas (2000): „Demokratisches Denken in der Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik“. In: Gusy (2000) (Hg.), 71–95.
- Wirsching, Andreas (2008): „‚Vernunftrepublikanismus‘ in der Weimarer Republik. Neue Analysen und offene Fragen“. In: Wirsching/Eder (2008) (Hgg.), 9–26.
- Wirsching, Andreas/Eder, Jürgen (2008) (Hgg.): *Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft*. Stuttgart: Franz Steiner.

7.2 Quellen

Sammlungen

- DuM II/VII: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hg.) (1966): *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Reihe II: 1914–1945. Band 7: Februar 1919 – Dezember 1923. 1. Halbband: Januar 1922 – Dezember 1923. Berlin: Dietz.
- Hohlfeld III: Hohlfeld, Johannes (Hg.): *Die Weimarer Republik 1919–1933* (=Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung Bd. 3), Berlin: Wendler & Co.

- Huber, Ernst Rudolf/Huber, Wolfgang (Hgg.) (1988): *Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik* (= Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, 4). Berlin: Duncker u. Humblot.
- Könnemann, Erwin/Schulze, Gerhard (Hgg.) (2002): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch*. Dokumente. München: Olzog.
- Longerich, Peter (Hg.) (1992): *Die Erste Republik*. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates. München: Piper.
- Michaelis III: Michaelis, Herbert u.a. (Hgg.) (o.J.): *Der Weg in die Weimarer Republik* (=Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte Bd. 3), Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co.
- Michaelis V: Michaelis, Herbert u.a. (Hgg.) (o.J.): *Die Weimarer Republik/Das kritische Jahr 1923* (=Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte Bd. 5), Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co, 439.]
- Michaelis VI: Michaelis, Herbert u.a. (Hgg.) (o.J.): *Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924–1928. Rapallo – Dawesplan – Genf.* (=Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte Bd. 6), Berlin: Dokumenten-Verlag Dr. Herbert Wendler & Co.
- Michalka, Wolfgang/Niedhardt, Gottfried (Hgg.) (1980): *Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Reinharz, Jehuda (Hg.) (1981): *Dokumente zur Geschichte des deutschen Zionismus 1882–1933*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Treue, Wolfgang (Hg.) (1968): *Deutsche Parteiprogramme seit 1861* (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte, 3). 4. Auflage. Göttingen: Musterschmidt.
- Tyrell, Albrecht (Hg.) (1969): *Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP*. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf: Droste Verlag.

Einzeltexte

- ADAV (1867): „Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. In: Treue 1968, 68–69.
- Adenauer, Konrad (1922): „Ansprache des Präsidenten Konrad Adenauer zur Eröffnung des Katholikentags in München“. In: Huber 1988, 385–386.
- Alldeutscher Verband (1919): „Bamberger Erklärung“. In: Michaelis III, 216–220.
- Aufruf (1918): „Aufruf führender Persönlichkeiten der ehemaligen Nationalliberalen Partei vom 18. Dezember 1918“. In: Michaelis III, 177.
- Baden, Max von (1917): „Max von Baden an Chamberlain, Salem 30.12. 1917“. In: Karina Urbach/Bernd Buchner: *Prinz Max von Baden und Houston Stewart Chamberlain. Aus dem Briefwechsel 1909–1919*. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/2004, 121–177.
- Beyerle, Konrad (1919a): *Stenografische Berichte, 19. Sitzung, 3. März 1919*, 464; 470.
- Beyerle, Konrad (1919b): *Stenografische Berichte, 54. Sitzung, 11. Juli 1919*, 1502.
- Bischofskonferenz (1924): „Mahnung der Fuldaer Bischofskonferenz August 1924“. In: Huber 1988, 411–413.
- Blumenfeld, Kurt (1918): „Der deutsche Zionismus am Ende des Ersten Weltkriegs“. In: Reinharz 1981, 245–254.
- Bund christlicher Demokraten (1919): „Aufruf des Bundes christlicher Demokraten (evangelischer Zweigverein der Zentrumsparlei) vom 7. Januar 1919“. In: Huber 1988, 373–374.
- Bürgerrat (1918): „Flugblatt des Bürgerrats von Groß-Berlin vom 20.11.1918“. In: Michaelis III, 18–19.
- Cohn, Oskar (1919): *Stenografische Berichte, 54. Sitzung, 11. Juli 1919*, 1502.
- Cohen-Reuß, Max (1918): „Rede des Vollzugsratsmitglieds Max Cohen-Reuß auf dem Ersten Rätekon-
greß über Nationalversammlung oder Räte-system, 19. Dezember 1918“. In: Longerich 1992, 67–72.

- Coudenrove-Kalergi, Richard Nikolaus (1923a): *Krise der Weltanschauung*. Wien: Pan-Europa Verlag.
- Coudenrove-Kalergi, Richard Nikolaus (1923b): *Pan-Europa*. Wien: Pan-Europa Verlag.
- Däumig, Ernst (1918): „Rede des Vollzugsratsmitglieds Ernst Däumig auf dem Ersten Rätekongreß über Nationalversammlung oder Räteystem, 19. Dezember 1918“. In: Longerich 1992, 72–76.
- DDP (1918): „Wahlaufuf der Deutschen Demokratischen Partei, 5. Dezember 1918“. In: Hohlfeld III, 1–3.
- DDP (1919): „Programm der Deutschen Demokratischen Partei, 13.–15. Dezember 1919“. In: Treue 1968, 135–140.
- Delbrück, Clemens von (1919): „Aus einer Rede des Abgeordneten von Delbrück“, DNVP, 2. Juli 1919. In: Michaelis III, 461–463.
- Deutsche Arbeiterpartei (1919): „Richtlinien der Deutschen Arbeiterpartei, 5. Januar 1919“. In: Michaelis III, 212–214.
- Deutsche Fortschrittspartei (1861): „Gründungsprogramm der Deutschen Fortschrittspartei, 9. Juni 1861“. In: Treue 1968, 62–63.
- Deutsch-Konservative Partei (1876): „Gründungsaufuf der Deutsch-Konservativen Partei, 7. Juni 1876“. In: Treue 1968, 74–76.
- Deutsche Freisinnige Partei (1884): „Programm der Deutschen Freisinnigen Partei, 5. März 1884“. In: Treue 1968, 85.
- DNVP (1918a): „Aufuf vom 24. November 1918“. In: Michaelis III, 203–204.
- DNVP (1918b): „Wahlaufuf der Deutschnationalen Volkspartei, Dezember 1918“. In: Hohlfeld III, 4–5.
- DNVP (1918c): „Richtlinien für die Wahlen zur Nationalversammlung, 27. Dezember 1918“. In: Michaelis III, 205–206.
- DNVP (1920a): „Stellungnahme der DNVP zum Putsch, 14. März 1920“. In: Könnemann/Schulze 2002, 176–177.
- DNVP (1920b): „Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei, 1920“. In: Treue 1968, 120–127.
- Drexler, Anton (1919): „Anton Drexlers politisches Erwachen“. In: Tyrell 1969, 27–28.
- DVP (1919): „Grundsätze, 19. Oktober 1919“. In: Treue 1968, 127–135.
- Ebert, Friedrich (1918a): „Ansprache vom 1. Dezember 1918“. In: Michaelis III, 155–156.
- Ebert, Friedrich (1918b): „Rede des Volksbeauftragten Ebert beim Einzug der Berliner Truppen am 10. Dezember 1918“. In: Lothar Berthold/Helmut Neef (Hg.) (1958): *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918*. Eine Dokumentation. Berlin: Rütten und Loening, 166–168.
- Ebert, Friedrich (1919a): „Eröffnungsrede des Volksbeauftragten Ebert bei der Eröffnung der Nationalversammlung in deren Sitzung am 6. Februar 1919“. In: Hohlfeld III, 14–17.
- Ebert, Friedrich (1919b): „Antrittsrede als Reichspräsident in der 5. Sitzung am 11. Februar 1919“. In: Hohlfeld III, 19–20.
- Ebert, Friedrich (1919c): „Friedrich Ebert während der Beratungen zu Entwurf I am 14. Januar 1919“. Zit. nach Pauly 2004, 10.
- Ebert, Friedrich (1922): „Kundgebung zum Verfassungstag am 11. August 1922“. In: Michaelis VI, 245.
- Ebert, Friedrich (1923): „Aufuf Friedrich Eberts anlässlich des Hitler-Putschs, 9. November 1923“. In: Michaelis V, 439.
- Freikonservative Partei (1867): „Programm der Freikonservativen Partei, 27. Oktober 1867“. In: Treue 1968, 67–68.
- Freisinnige Volkspartei (1894): „Programm der Freisinnigen Volkspartei, 24. September 1894“. In: Treue 1968, 91–94.
- Goetz, Walter (1924): „Die deutsche Geschichtsschreibung der Gegenwart“. In: Walter Goetz (1957): *Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze*. Köln/Graz: Böhlau, 415–424.
- Gröber, Adolf (1919): „Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung. 18. Sitzung des Verfassungsausschusses, 31. März 1919“. Weimar 1919, 183.

- Hantke, Arthur (1918): „Die Aufgaben des Zionismus nach der Novemberrevolution“. In: Reinharz 1981, 237–240.
- Hergt, Oskar (1923): „Aus einer Rede des Abgeordneten Hergt (DNVP) im Reichstag, 20. November 1923“. In: Michaelis V, 445–446.
- Hirtenschreiben (1918): „Hirtenschreiben der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe vom 17. Dezember 1918“. In: Huber 1988, 25–27.
- Hitler, Adolf (1922): „Denkschrift über den Ausbau der NSDAP“. In: Tyrell 1969, 47–55.
- Hitler, Adolf (1923): „Aus einer Rede Hitlers auf einer Kundgebung in München am 21. August 1923“. In: Michaelis V, 181–184.
- Hitler, Adolf (1924): „Hitlers Schlussrede vor dem Münchner Volksgericht am 27. März 1924“. In: Longerich 1992, 198–200.
- Hitler, Adolf (1925/26): *Mein Kampf. Band 1: Eine Abrechnung*. München: Zentralverlag der NSDAP, 851–855. Auflage 1943.
- Jäger, Samuel (1924): „Aufruf von Samuel Jäger zur Gründung christlich-sozialer Gesinnungsgruppen vom 13. März 1924“. In: Huber 1988, 411–413.
- Juchacz, Marie (1919): *Stenografische Berichte, 11. Sitzung, 19. Februar 1919*, 177.
- Kahl, Wilhelm (1919): „Debatte der Nationalversammlung über den Friedensvertragsentwurf, 22. Juni 1919“. In: Michalka/Niedhardt 1980, 124–132.
- Kapp, Wolfgang (1920): „Aufruf des ‚Reichskanzlers‘ Kapp an das Deutsche Volk, 13. März 1920“. In: Hohlfeld III, 113–114.
- Katholische Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine (1921): „Programm der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, Mai 1921“. In: Huber 1988, 409–411.
- Kirchentag (1924): „Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentags, 17. Juni 1924“. In: Huber 1988, 756–759.
- Koch, Erich (1919a): *Stenografische Berichte, 70. Sitzung, 30. Juli 1919*, 2123.
- Koch, Erich (1919b): *Stenografische Berichte, 54. Sitzung, 11. Juli 1919*, 1500f.
- KPD (1919): „Leitsätze der Zentrale der KPD vom 19. Mai 1919 zum Versailler Friedensvertrag“. In: DuM II/VII, 86–91.
- KPD (1919b): „Leitsätze über den Parlamentarismus“. In: DuM II/VII, 134–136.
- KPD (1920a): „KPD-Aufruf zu den Reichstagswahlen, April 1920“. In: DuM II/VII, 257–261.
- KPD (1920b): „Richtlinien für die Frauenagitation“. In: DuM II/VII, 396–403.
- KPD (1920c): „Aufruf der Zentrale der KPD vom 13. März 1920 zum Kampf gegen die Militärdiktatur der Kapp-Lüttwitz“. In: DuM II/VII, 211–213.
- KPD (1920d): „Aufruf der KPD vom 14. März 1920 zum Kampf für den Sturz der Kapp-Lüttwitz“. In: DuM II/VII, 215–217.
- Liebkecht, Karl (1918): „Ausrufung der Republik am 9. November 1918“. In: Longerich 1992, 46–47.
- Luxemburg, Rosa (1918): „Was will der Spartakusbund? Kundgebung, 14. Dezember 1918“. In: Treue 1968, 99–102.
- Luxemburg, Rosa (1920): *Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung*. In: Rosa Luxemburg – *Gesammelte Werke Band 4*. Dietz Verlag Berlin (Ost) 1983.
- Mann, Thomas (1918): *Betrachtungen eines Unpolitischen*. Frankfurt a.M.: S. Fischer 1983.
- Mann, Thomas (1924): *Der Zauberberg*. Frankfurt/M.: S. Fischer 1991.
- Mann, Thomas (1922): *Von deutscher Republik*. In: *Gesammelte Werke Band XI*. Frankfurt a.M.: S. Fischer, 809–852.
- Meinecke, Friedrich (1919): „Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik“. In: Friedrich Meinecke: *Politische Schriften und Reden*. Hg. und eingel. von Georg Kotowski. Darmstadt: Toeche-Mittler Verlag 1958 (Friedrich Meinecke Werke Band 2), 280–298.
- Moeller van den Bruck, Arthur (1923): *Das dritte Reich*. Berlin: Ring Verlag.
- Monarchisch-Nationale Reichspartei (1872): „Programm der Monarchisch-Nationalen Reichspartei, 14. Mai 1872“. In: Treue 1968, 72–74.
- Müller-Franken, Hermann (1928): *Die November-Revolution. Erinnerungen*. Berlin: Buchdruckerkreis.

- Nationalliberale Partei (1907): „Ziele und Bestrebungen der Nationalliberalen Partei, Januar 1907“. In: Treue 1968, 95–99.
- Naumann, Friedrich (1919): *Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung. 18. Sitzung des Verfassungsausschusses, 31. März 1919*. Weimar 1919, 179.
- Naumann, Friedrich (1919b): *Stenografische Berichte, 71. Sitzung, 31. Juli 1919*, 2190.
- NSDAP (1920): „Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“. In: Treue 1968, 156–159.
- NSDAP (1921): „Satzung der NSDAP“. In: Tyrell 1969, 31–36.
- Preuß, Hugo (1918): „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?“. In: Ders. (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 73–75.
- Preuß, Hugo (1919): „Das Verfassungswerk von Weimar“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 87–93.
- Preuß, Hugo (1919b): *Stenografische Berichte, 14. Sitzung, 24. Februar 1919*, 292.
- Preuß, Hugo (1919c): *Stenografische Berichte, 54. Sitzung, 11. Juli 1919*, 1502.
- Preuß, Hugo (1921): „Unser Parlamentarismus und unsere auswärtige Lage“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 189–191.
- Preuß, Hugo (1921b): „Parlamentarische Regierungsbildung“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 214–220.
- Preuß, Hugo (1923a): „Reichsverfassungsmäßige Diktatur“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 523–536.
- Preuß, Hugo (1923b): „Deutschlands Republikanische Reichsverfassung“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 307–365.
- Preuß, Hugo (1923c): „Zur ‚Agonie des deutschen Parlamentarismus‘“. In: Hugo Preuß (2008): *Gesammelte Schriften. Band 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Detlef Lehnert und Christoph Müller. Tübingen: Mohr Siebeck, 253–255.
- Regierung Bayern (1918): „Programm der Regierung des Volksstaates Bayern, 15. November 1918“. In: Michaelis III, 107–111.
- Reichsregierung (1919): „Programm der Reichsregierung, Erklärung des Reichsministerpräsidenten Scheidemann in der Sitzung am 13. Februar 1919“. In: Hohlfeld III, 20–22.
- Rote Fahne (1920): „Leitartikel der ‚Roten Fahne‘ zum Streikabbruch und zur Bildung einer Arbeiterregierung. Berlin, 27. März 1920“. In: Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hgg.) (2002): *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*. München: Olzog, 414–416.
- Sammelauf Ruf (1925): „Sammelauf Ruf zur Reichspräsidentenwahl, 26.4.1925“. In: Huber 1988, 774.
- Schmidt, Richard (1919): „Richard Schmidt brieflich an Konrad Beyerle am 18. Mai 1919“. Zit. nach Pauly 2004, 116.
- Schmitt, Carl (1926): *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 2. Aufl. Berlin: Duncker und Humblot. 6. Aufl. 1985.
- SDAP (1869): „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, August 1869“. In: Treue 1968, 69–70.
- SDAP (1875): „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Mai 1875“. In: Treue 1968, 76–77.
- Sinzheimer, Hugo (1919): „Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung. 18. Sitzung des Verfassungsausschusses, 31. März 1919“. Weimar 1919, 183f.
- Spahn, Peter (1919): *Stenografische Berichte, 17. Sitzung, 28. Februar 1919*, 379.
- SPD (1891): „Programm der Sozialdemokratischen Partei, 21. Oktober 1891“. In: Treue 1968, 86–87.
- SPD (1918): „Aufruf des Vorstands vom 17.10.1918“. In: Michaelis II, 359–361.

- SPD (1919): „Aufruf des Parteivorstandes vom 9. Mai 1919 anlässlich der Veröffentlichung des Entwurfs des Versailler Friedensvertrages“. In: DuM II/VII, 77–79.
- SPD (1921): „Görlitzer Programm der ‚Sozialdemokratischen Partei‘ vom 23. September 1921“. In: Treue 1968, 111–116.
- Spartakusbund (1918): „Aufruf der Reichskonferenz des Spartakusbundes an die deutsche Bevölkerung vom 7. Oktober 1918“. In: Lothar Berthold/Helmut Neef (Hgg.) (1958): *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation*. Berlin: Rütten und Loening, 81–83.
- Stresemann, Gustav (1925): „Dem Reichspräsidenten zum Gedächtnis“. In: Michaelis VI, 251–253.
- Tönnies, Ferdinand (1922): *Kritik der öffentlichen Meinung*. Berlin: Springer.
- Troeltsch, Ernst (1918–1922): *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1924.
- USPD (1919a): „Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 5. Dezember 1919“. In: Treue 1968, 108–111.
- USPD (1919b): „Das Revolutionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 6. März 1919“. In: Hohlfeld III, 23–25.
- USPD (1919c): „Richtlinien der USPD für den Aufbau des Räteystems, vorgelegt auf dem 2. Reichsrätekongress vom 8. bis 14. April 1919“. In: DuM II/III, 372–373.
- USPD (1920): „Aufruf der Zentralleitung der USPD vom 20. April 1920 zu den Reichstagswahlen“. In: DuM II/VII, 262–264.
- Vorwärts (1925): „Leitartikel zum Tod Friedrich Eberts“. In: Michaelis VI, 249–251.
- VSPD (1922): „Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“. In: DuM II/VII, 141–144.
- Weber, Max (1919): „Politik als Beruf“. In: Peter Wende (Hg.) (1994): *Politische Reden III 1914–1945*. Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag, 176–243.
- Wirth, Joseph (1921): „Regierungserklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth vom 1. Juni 1921“. In: Michaelis IV, 352–358.
- Wirth, Joseph (1922): „Aus einer Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth, 25. Juni 1922“. In: Michaelis IV, 210–214.
- WRV (1919): „Weimarer Reichsverfassung“. In: *Reichsgesetzblatt Nr. 152*, Sp. 1383–1418.
- Zentrum (1871): „Programmtext für die Zentrumsfraktion“. In: Treue 1968, 71–72.
- Zentrum (1894): „Sozialpolitischer Programmtext für das Zentrum“. In: Treue 1968, 90–91.
- Zentrum (1918a): „Leitsätze der Deutschen Zentrumspartei (Christliche Volkspartei) vom 30. Dezember 1918“. In: Michaelis III, 197–199.
- Zentrum (1918b): „Aufruf des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 30. Dezember 1918“. In: Michaelis III, 196.
- Zetkin, Clara (1918a): „Ein Jahr proletarischer Revolution in Rußland“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 43–54.
- Zetkin, Clara (1918b): „Um Schein oder Sein voller Demokratie“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 61–70.
- Zetkin, Clara (1918c): „Die Revolution und die Frau“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 55–60.
- Zetkin, Clara (1919a): „Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 93–115.

- Zetkin, Clara (1919b): „Die Revolution als Friedensmacht, Mai 1919“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 138–146.
- Zetkin, Clara (1920a): „Das erste Wort der Kommunisten im Deutschen Reichstag“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 195–222.
- Zetkin, Clara (1920b): „Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 260–289.
- Zetkin, Clara (1922): „Gegen den weißen Terror. Rede auf dem 117. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 5. November 1922“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 592–596.
- Zetkin, Clara (1923): „Um Deutschlands nationales Lebensrecht“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band II: Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 646–664.
- Zetkin, Clara (1925): „Was die Frauen Lenin verdanken“. In: Clara Zetkin (1960): *Ausgewählte Reden und Schriften. Band III: Auswahl aus den Jahren 1924 bis 1933*. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin: Dietz, 161–177.

7.3 Webnachweise

- Hoffrogge, Rolf (2009): Das Ende einer Revolution. Novemberrevolution 1918 und Märzstreiks 1919. Online unter: <http://www.bdwi.de/suchen/2380904.html?searchshow=hoffrogge> <28.08.2013>.
- Hübner, Emil (2003): Parlament und Regierung. Online unter: <http://www.blz.bayern.de/blz/web/100025/> <28.08.2013>.
- Müller, Richard (1921): Das Räte-system in Deutschland. Online unter: <http://www.sozialismus.info/2002/08/10026/> <28.08.2013>.